



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„ Der Wandel der Ostpolitik der Bundesrepublik
Deutschland in der öffentlichen Wahrnehmung – Eine
Medienanalyse zweier deutscher Printmedien 1965-
1975“

verfasst von

Yessica Saskia Weidner

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, März 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 313 353

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Lehramtsstudium UF Geschichte, Sozialkunde, Politische Bildung, UF
Spanisch

Betreut von:

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Eidesstattliche Erklärung:

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig und ohne Benutzung andere als die angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, am 23.03.2014

Unterschrift:

Yessica Weidner

Danksagung

Allen voran danke ich an dieser Stelle meinen Eltern, die mir die Möglichkeit gaben, mein Studium an der Universität Wien aufzunehmen und mich die ganzen Jahre hindurch sowohl finanziell als auch seelisch unterstützten. Und auch meiner Schwester Vanessa sei an dieser Stelle für viele schwesterliche Ratschläge und sonstige schwesterliche Aktionen gedankt.

Dann gilt mein Dank an dieser Stelle vor allen Dingen meinem Betreuer Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb, für die Unterstützung bei der Themenfindung und bei der aufwendigen Suche nach der in Wien „verschollenen“ Süddeutschen Zeitung aber vor allen Dingen möchte ich mich für die vielen konstruktiven Ratschläge, die ständige Erreichbarkeit und die schnellen, präzisen Informationen und Antworten bedanken.

Mein Dank gilt auch Christoph Bahn von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und Michael Langgärtner von der *Süddeutschen Zeitung* für die schnelle und kooperative Auskunft bezüglich ihrer Zeitungen.

Auch sei für die Erstellung dieser Diplomarbeit einerseits Thomas Fabian gedankt, der mir durch seine Hilfe meine Verzweiflung über die Formatierung ersparte und andererseits Jelena Azanjac, die viele Stunden für mich aufbrachte, um diese Arbeit Korrektur zu lesen und zu verbessern.

Generell möchte ich mich an dieser Stelle bei meinen Freunden Luanda Dzoneski, Jelena Azanjac, Doris Petek, Julia Haas, Thomas Fabian, Benjamin Gottwald und Florian Bartl bedanken, die mir mit Rat und Tat während dieser Diplomarbeit, während der Prüfungen und anderen universitären Dingen zur Seite standen, die mich in schwierigen Zeiten immer unterstützten und das Studium zu einer unvergesslichen Zeit werden ließen.

Inhaltsverzeichnis

1	Forschungsinteresse und Vorgehensweise	11
1.1	Das Forschungsinteresse und der bisherige Forschungsstand	11
1.2	Die forschungsleitenden Fragestellungen	12
1.3	Die Hypothesen	12
1.4	Der Aufbau	13
2	Historischer Überblick	13
2.1	Die Vorgeschichte unter der Ära Adenauer	13
2.2	Die Ostpolitik in der Ära Erhard	14
2.2.1	Die Friedensnote.....	15
2.2.2	Die Ergebnisse Schröders „Politik der Bewegung“	16
2.3	Die Ostpolitik der Großen Koalition 1966-1969 unter Kiesinger	16
2.4	Die Ostpolitik in der Ära Brandt	17
2.4.1	Die Treffen von Erfurt und Kassel	19
2.4.2	Der Moskauer Vertrag.....	20
2.4.3	Der Warschauer Vertrag	21
2.4.4	Das Vier-Mächte Abkommen über Berlin	23
2.4.5	Der Grundlagen-Vertrag mit der DDR.....	24
2.5	Die KSZE als eine Folge der Ostverträge.....	26
3	Forschungsmethode	27
3.1	Die Wahl der Printmedien.....	27
3.1.1	Die Frankfurter Allgemeine Zeitung	27
3.1.2	Die Süddeutsche Zeitung.....	28
3.2	Die kommunikative, linguistische Presseanalyse	29
3.3	Spezifische Presseberichtsformen	30
3.4	Spezifische Vorgehensweise bei der Medienanalyse.....	32
4	Die Analyse der Printmedien.....	33
4.1	Analyse der „Friedensnote“ 24.-28.3.1966	33
4.1.1	Quantitative und kommunikative Analyse	33
4.1.2	Sprachliche und inhaltliche Analyse einiger ausgewählter Artikel.....	36
4.1.3	Ergebnis der Analysen	39
4.2	Analyse des Treffens in Erfurt zwischen Willy Brandt und Willi Stoph 18.- 22.3.1970	40
4.2.1	Quantitative und kommunikative Analyse	40

4.2.2	Sprachliche und inhaltliche Analyse einiger ausgewählter Artikel.....	50
4.2.3	Ergebnis der Analysen.....	55
4.3	Analyse des Treffen in Kassel zwischen Willy Brandt und Willi Stoph 20.-23.5.1970	56
4.3.1	Quantitative und kommunikative Analyse	56
4.3.2	Sprachliche und inhaltliche Analyse einiger ausgewählter Artikel.....	67
4.3.3	Ergebnisse der Analysen	74
4.4	Analyse des Moskauer Vertrages 12.08.-14.08.1970.....	75
4.4.1	Quantitative und kommunikative Analyse	75
4.4.2	Sprachliche und inhaltliche Analyse einiger ausgewählter Artikel.....	85
4.4.3	Ergebnisse der Analysen	88
4.5	Analyse des Warschauer Vertrages 07.-09.12.1970 und 17.-19.05.1972 ...	89
4.5.1	Quantitative und kommunikative Analyse	89
4.5.2	Sprachliche und inhaltliche Analyse einiger ausgewählter Artikel.....	97
4.5.3	Ergebnisse der Analysen	100
4.6	Analyse des Grundlagenvertrages 21.12.-23.12.1972 und 11.-13.05.1973 101	
4.6.1	Quantitative und kommunikative Analyse	101
4.6.2	Sprachliche und inhaltliche Analyse einiger ausgewählter Artikel.....	107
4.6.3	Ergebnisse der Analysen	110
4.7	Analyse der „Schlussakte von Helsinki, KSZE“ 01.-05.08.1973	111
4.7.1	Quantitative und kommunikative Analyse	111
4.7.2	Sprachliche und inhaltliche Analyse einiger ausgewählter Artikel.....	114
4.7.3	Ergebnisse der Analysen	114
5	Die Auswertung der Medienanalyse: Ein Vergleich der Ergebnisse mit der Sekundärliteratur	114
5.1	Die Friedensnote	114
5.2	Das Treffen von Erfurt	116
5.3	Das Treffen von Kassel	119
5.4	Der Moskauer Vertrag	121
5.5	Warschauer Vertrag	123
5.6	Der Grundlagenvertrag.....	127
5.7	Die KSZE.....	129
6	Die Ergebnisse der Forschung.....	130
6.1	Die Ergebnisse bezüglich der Haltung der beiden Zeitungen.....	130

6.2	Die inhaltlichen Ergebnisse	133
6.3	Die Ergebnisse verglichen mit den Hypothesen	134
6.4	Die Zusammenfassung des Forschungsergebnisses	135
7	Lieraturverzeichnis	137
7.1	Primärquellen	137
7.2	Sekundärliteratur	137
7.3	Online- Quellen.....	139
8	Anhang.....	141
8.1	Tabelle 1.....	141
8.2	Tabelle 2.....	142
	Abstract	143
	Lebenslauf	145

1 Forschungsinteresse und Vorgehensweise

1.1 Das Forschungsinteresse und der bisherige Forschungsstand

Über die Ostpolitik Deutschlands und deren Wandel im Laufe der sechziger Jahre wurde schon viel und ausführlich geforscht und es gibt viele veröffentlichte Bücher zu diesem Thema. Hierbei ist vor allen Dingen die „neue Ostpolitik“ unter Willy Brandt ein Thema, zu dem viel veröffentlicht wurde und auch die verschiedenen Ostverträge sind weitgehend genau erforscht und veröffentlicht worden. Vertretungsweise seien an dieser Stelle Griffiths „Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland“¹, Benders „Die ‚Neue Ostpolitik‘ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Wiedervereinigung“², Uschners „Die Ostpolitik der SPD. Sieg und Niederlage einer Strategie“³ und Zündorfs „Die Ostverträge“⁴ als einige grundlegende Werke zu nennen.

Auch Egon Bahr und Willy Brandt veröffentlichten einige Bücher über ihre Erfahrungen und Erinnerungen ihrer Zeit in der Politik, von denen für dieses Projekt vor allen Dingen Bahrs „Zu meiner Zeit“⁵ und „Das musst du erzählen“⁶ und Brandts „Erinnerungen“⁷, „Begegnungen und Einsichten“⁸ und „Friedenspolitik in Europa“⁹ zu nennen sind.

Eine Untersuchung der medialen Berichterstattung in den 60er Jahren durch eine sowohl sprachliche, als auch metaphorische Analyse hat es noch nicht gegeben und es handelt sich somit um ein bis jetzt unerforschtes, beziehungsweise ein noch nicht publiziertes Themengebiet.

Das Interesse dieser Diplomarbeit liegt darin, mit Hilfe einer Medienanalyse zu untersuchen, wie sich die Berichterstattung und somit auch die öffentliche Meinung über die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1965 bis 1975 wandelt.

¹ William E. Griffiths, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland (Stuttgart 1981).

² Peter Bender, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung (München 1995).

³ Manfred Uschner, Die Ostpolitik der SPD. Sieg und Niederlage einer Strategie (Berlin 1991).

⁴ Benno Zündorf, Die Ostverträge (München 1979).

⁵ Egon Bahr, Zu meiner Zeit (München 1996).

⁶ Egon Bahr, „Das musst du erzählen“ (Berlin 2013).

⁷ Willy Brandt, Erinnerungen (München 2003).

⁸ Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960- 1975 (Hamburg 1976).

⁹ Willy Brandt, Friedenspolitik in Europa (Frankfurt a.M. 1986).

Hierfür war es wichtig, zwei Zeitungen zu wählen, die das Meinungsbild der Öffentlichkeit bekanntermaßen beeinflusst haben, täglich erschienen sind und vor allen Dingen auch überregional verkauft wurden, um ein aussagekräftiges Bild über die öffentliche Meinung zu erarbeiten. Die Wahl fiel hierbei auf die *Süddeutsche Zeitung* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*; eine Wahl, die später noch, so wie die genaue Vorgehensweise bei der Medienanalyse, erläutert wird.

1.2 Die forschungsleitenden Fragestellungen

- Wie veränderte sich die Ostpolitik der BRD von 1965 – 1972?
- Wie viel wurde in den Zeitungen publiziert?
- Zu welchen Anlässen gab es ein größeres Medieninteresse?
- Wie wurde in den Zeitungen über die Ostpolitik publiziert?
 - Handelt es sich um eine objektiv gehaltene, informative Berichterstattung oder um eine wertende, subjektive und emotional beeinflusste Berichterstattung?
 - Welches Bild der Ostpolitik wird vermittelt?
 - Änderte sich die Art und Weise der Berichterstattung im Laufe der Jahre?
- Gibt es einen Unterschied in der Berichterstattung beider Zeitungen?

1.3 Die Hypothesen

- Die Berichterstattung über die Ostpolitik nimmt im Laufe der 60er Jahre zu.
- Die die DDR betreffende Ostpolitik erhält das größte mediale Interesse.
- Bei der Berichterstattung handelt es sich zumeist um eine subjektive, emotional gefärbte Berichterstattung.
- Die Berichterstattung wird im Laufe der Jahre positiver.

1.4 Der Aufbau

Um die Hintergründe und auch die Wichtigkeit der einzelnen Ereignisse in der Ostpolitik zu verstehen, wird diese Arbeit zunächst einen historischen Überblick liefern, in dem explizit auf die Ostpolitik der Bundesrepublik zwischen 1965 und 1975 eingegangen wird.

Daraufhin wird eine genaue Erklärung der Medienanalyse und auch die Begründung der Zeitungswahl erfolgen, bevor es dann zum eigentlichen Forschungsteil der Arbeit geht: Die mediale Untersuchung ausgewählter Ereignisse in den beiden gewählten Zeitungen.

Im dritten Teil dieser Arbeit sollen dann die Ergebnisse dieser Zeitungsanalysen zum einen mit der Sekundärliteratur, aber auch mit Memoiren verglichen werden, um die Richtigkeit der Berichterstattung zu überprüfen, einzelne Dinge zu unterstreichen oder zu widerlegen und auch um Begründungen für gewisse Ergebnisse der medialen Analyse zu finden.

Zum Schluss soll diese Ergebnisfindung dann noch einmal zusammengefasst, in Bezug auf die Forschungsfragen dargestellt und auch mit den zuvor aufgestellten Hypothesen verglichen werden.

2 Historischer Überblick

2.1 Die Vorgeschichte unter der Ära Adenauer

Konrad Adenauers Ziel nach dem Zweiten Weltkrieg war ganz klar: Die Integration der Bundesrepublik Deutschland in ein vereinigtes Westeuropa. Er sah in der Ost-West-Teilung Europas die Möglichkeit, sein Ziel aus den 20er Jahren zu realisieren: Die Aussöhnung mit Frankreich und eine wirtschaftliche Zusammenarbeit. Seine sogenannte „Politik der Stärke“ erschien ihm der einzige Weg, um eine Wiedervereinigung herbeizuführen und er hielt somit Verhandlungen oder Zugeständnisse an Moskau und Ost-Berlin für überflüssig. So konzentrierte sich Adenauers Außenpolitik auf Frankreich. Auch die USA stellten einen wichtigen

Partner dar, da sie in Adenauers Augen die militärische Gefahr der Sowjetunion mildern konnten, aber er wollte auch eine Vorherrschaft der USA über Europa verhindern und an der Ostpolitik war Adenauer nicht interessiert.¹⁰

1953, nach dem Tod Stalins, wurde Chruschtschow Parteichef der KPdSU und begann eine Politik der Entspannung mit dem Westen aufzunehmen. Diese Änderung des sowjetischen Kurses führte zu Reaktionen aus dem Westen und hatte auch Einfluss auf die Ostpolitik der Bundesrepublik. Adenauer befürchtete durch die Entspannung zwischen West und Ost eine Gefährdung der Westintegration der Bundesrepublik, sowie einer Verbesserung ihrer Position und misstraute der sowjetischen Entspannungspolitik. So begann Adenauers Hinhaltepolitik, bei der er versuchte die Entspannung zu verhindern, indem er die Lösung der deutschen Frage zur Vorbedingung von Verhandlungen machte.¹¹

Als 1961 Gerhard Schröder Bundesaußenminister unter Adenauer wurde, setzte eine neue Ostpolitik ein. Er wollte den Handel der Bundesrepublik in den osteuropäischen Staaten stärken und auch einen höheren Kulturaustausch und Tourismus erreichen. Allerdings beinhaltete diese neue Ostpolitik nicht die DDR. Schröder erhoffte sich durch die Isolierung der DDR einen Druck Moskaus auf Ost-Berlin, Bonn größere Zugeständnisse zu machen, was ihm allerdings nicht gelang. Die osteuropäischen Staaten standen Schröders neuer Ostpolitik gespalten gegenüber – Erleichterte sie ihnen auf der einen Seite den Austausch mit westdeutschen Technologien, so vergrößerte ihr Erfolg andererseits den Einfluss der Bundesrepublik im Osten und isolierte die DDR. So lehnten vor allen Dingen die DDR und Moskau Schröders sogenannte „Politik der Bewegung“ ab, solange sie auf die Isolierung der DDR abzielte.¹²

2.2 Die Ostpolitik in der Ära Erhard

Nach dem erzwungenen Rücktritt Adenauers wurde 1963 der ehemalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard zum Kanzler gewählt, der, genau wie Schröder, pro-amerikanisch war. Auch wenn Erhard im Grunde genommen Schröders Ostpolitik

¹⁰ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 59-79.

¹¹ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 93-97.

¹² Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 167-168.

unterstütze, so verlangsamte er sie doch durch seine Unentschlossenheit. Die Handelsbeziehungen mit Osteuropa und auch der DDR verbesserten sich unter Erhard, während jene mit Moskau sich verschlechterten.¹³

Unter Erhard kam es auch zu einem offenen Brief an alle SPD-Mitglieder durch die SED, in dem sie einen Dialog zwischen den beiden Parteien vorschlugen. Die SPD nahm diesen Vorschlag an und ergriff sogleich die Initiative, aber die SED betrieb eine Art Verzögerungstaktik. Als die SPD bei ihrem Parteitag

„ein qualifiziertes, geregeltes, zeitlich begrenztes Nebeneinander mit der DDR, unterhalb der Ebene einer Anerkennung de jure, aber auf der Basis völkerrechtlicher Vereinbarungen[...]"¹⁴

vorschlug, erfüllte das nicht die Hoffnungen der DDR, war aber schon ein Vorbote für die spätere Ostpolitik der SPD. Die SED sagte das Treffen unter einem Vorwand ab, aber trotz alledem half das Konzept „Wandel durch Annäherung“ der SPD durch eine breite Unterstützung der Öffentlichkeit.¹⁵

2.2.1 Die Friedensnote

Die Friedensnote war das wichtigste Dokument, das durch Schröders Außenpolitik in der Ära Erhard entstand. Am 25.03.1966 wandte sich die Bundesrepublik mit der Friedensnote an alle osteuropäischen Staaten, ausgenommen der DDR. Die Note enthielt allerdings nichts wirklich Neues, eine einzige Änderung sah man in dem Angebot Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen. Aber die Bundesrepublik wollte keiner Verringerung der Atomwaffen zustimmen, sie erklärte gegenüber Prag, keine territorialen Ansprüche zu haben ohne das Münchener Abkommen jedoch als ungültig erklären zu wollen, sie kritisierte in Warschau die Grenzfrage und erklärte, dass „Deutschland in den Grenzen von 1937 fortbesteht.“¹⁶

¹³ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 170-172.

¹⁴ Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 174.

¹⁵ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 173-174.

¹⁶ Vgl. Peter Bender, Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau zum Moskauer Vertrag (München 1986), 112-114.

2.2.2 Die Ergebnisse Schröders „Politik der Bewegung“

Die neue Richtung von Schröders Politik erreichte einige Fortschritte in Osteuropa, aber ihre eigentliche Zielsetzung konnte sie nicht erreichen. Sie überschätzte die Handlungsfähigkeit der osteuropäischen Länder, denn diese waren an die Sowjetunion gebunden und durch den Ausschluss der DDR und damit auch Moskaus verhinderte sie, dass die anderen Länder sich Bonn annähern konnten. Durch die Weigerung in der Friedensnote, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, verhinderte sie auch jeden Fortschritt mit Polen. Trotzdem brach diese „Politik der Bewegung“ das Eis schon etwas auf und erleichterte damit den Weg der Großen Koalition.¹⁷

2.3 Die Ostpolitik der Großen Koalition 1966-1969 unter Kiesinger

Kurt Georg Kiesinger war der Kanzler der ersten Großen Koalition. Die Entspannungspolitik war für die Westmächte von großem Interesse und theoretisch war auch die Große Koalition mit ihnen im Einklang, jedoch war das Interesse der Westmächte an der Entspannung zwischen Ost und West größer als das der Bundesrepublik. CDU/CSU und SPD einigten sich auf eine unabhängigere Außenpolitik, die unabhängiger von den USA und Frankreich und aktiver gegenüber dem Osten sein sollte. Das Grundkonzept der Ostpolitik beinhaltete, dass es zu einer Wiedervereinigung nur als ein Ergebnis von Entspannung kommen könnte. Brandt sprach in dieser Zeit schon von einem europäischen Sicherheitssystem, das den Gewaltverzicht, den Verzicht auf Atomrüstung und die Truppenreduzierung beinhalten sollte. Die Isolation der DDR wurde also zu Gunsten eines „geregelten Nebeneinanders“ aufgegeben und auch wenn die Bundesrepublik an ihrem Alleinvertreteranspruch festhielt, war sie nun bereit, die noch in der Friedensnote ausgeschlossene DDR in die Gewaltverzichtsabmachungen mit einzubeziehen und versuchte auch nicht mehr, die osteuropäischen Staaten gegen Moskau auszuspielen.¹⁸

Die Ostpolitik der Großen Koalition passte nicht zu ihrer Zeit oder zu ihren Ereignissen. Sie war den Ereignissen zu weit voraus, weil die entgegenkommendere

¹⁷ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 179-180.

¹⁸ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 184-185.

Haltung Moskaus gegenüber der BRD erst nach dem Abtritt der Großen Koalition kam, und war gleichzeitig weit hinterher, weil sie keinerlei Zugeständnisse machte, die Moskau forderte, wie die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie oder der DDR. Während die SPD zu dem Schluss kam, dass eine Wiedervereinigung nur durch Annäherung und somit durch Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und der DDR möglich sei, so lehnte die CDU/CSU dies ab und so kam es zwangsläufig zu Kompromissen. Doch legte sie den Grundstein für die spätere Ostpolitik und vermittelte der SPD Erfahrungen und realistische Vorstellungen über das, was sie erreichen könnten.¹⁹

2.4 Die Ostpolitik in der Ära Brandt

Durch die knappe Bundestagswahl 1969 kam es zur SPD/FDP-Koalition unter Brandt. Die Außenpolitik war keines der großen Wahlthemen gewesen: Wenn sie zur Sprache kam, dann in Bezug auf die Oder-Neiße-Linie und die DDR. Allein die SPD hatte die Entspannungspolitik hervorgehoben. Die Bevölkerung war nun bereit, eine Entspannung zu unterstützen, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen und zumindest die Beziehungen zur DDR zu verbessern und so kam es, dass die SPD mehr Stimmen gewann.²⁰

Die neue Ostpolitik hatte nun den gleichen Wert wie die Westpolitik und verlief unter einer „Philosophie“ der Anerkennung. Brandt schrieb schon 1977:

„Wir haben von den heutigen Tatsachen auszugehen, wenn wir die Tatsachen verändern wollen.“²¹

Hinter dieser Aussage stand die Überlegung des „Wandels der Annäherung“: der Osten kann sich dem Westen gegenüber nur öffnen, wenn er sich von diesem nicht mehr bedroht fühlt und nur wenn die Grenzen anerkannt sind, lassen sie sich für Kooperationen mit dem Ausland öffnen. Somit war die Anerkennung des Status quo

¹⁹ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 230-231.

²⁰ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 233-234.

²¹ Vgl. Brandt, Friedenspolitik in Europa, 132.

nicht mehr einfach nur eine Anerkennung der Realität, sondern durchaus auch ein politisches Mittel der Außenpolitik.²²

Insgesamt lässt sich sagen, dass die neue Ostpolitik unter Brandt und Scheel das Ziel der Selbstbestimmung und der Wiedervereinigung keineswegs aus den Augen verloren hatte, aber sie versuchten neue und vor allen Dingen realistischere Methoden anzuwenden, um dieses Ziel zu erreichen, denn man wusste, dass es nur langfristig zu erreichen sein würde. Für Brandt und Scheel war die Ostpolitik den deutschen Zielen mehr verpflichtet als den europäischen.²³

Die Regierungserklärung Brandts vom 28.10.1969 legte die wichtigsten Änderungen der neuen Ostpolitik, die Anerkennung zweier deutscher Staaten, dar:

„Diese Regierung geht davon aus, daß die Fragen, die sich für das deutsche Volk aus dem zweiten Weltkrieg und aus dem nationalen Verrat durch das Hitlerregime ergeben haben, abschließend nur in einer europäischen Friedensordnung beantwortet werden können. Niemand kann uns jedoch ausreden, daß die Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung haben wie alle anderen Völker auch.

Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird [...]

Zwanzig Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschlands und der DDR müssen wir ein Auseinanderleben der deutschen Nationen verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen [...] Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen können nur von besonderer Art sein.“²⁴

Die Bundesrepublik gab zunächst einem Abkommen mit Moskau Priorität, denn sie erhofften sich, dass Moskau daraufhin Ost-Berlin dazu bewegen würde, den Kontakt zur Bundesrepublik zu verstärken. Sie wollten Moskau Gewaltverzichtserklärungen, die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und die Anerkennung der DDR anbieten und erwarteten sich von Moskau, dass es die öffentliche Feindseligkeit aufgab und

²² Vgl. Peter Bender, Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau zum Moskauer Vertrag (München 1986), 162.

²³ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 244.

²⁴ Brandt, Begegnungen und Einsichten, 191-193.

akzeptierte, dass die Bundesrepublik die DDR „de facto“ aber nicht „de jure“ anerkennen würde.²⁵

Die Verhandlungen zwischen Ost und West können also in drei Perioden eingeteilt werden:

- 1969/1970: Die Verhandlungen zwischen der BRD und der SU stehen im Vordergrund, aber es werden auch Verhandlungen mit der DDR und Polen geführt.
- 1971/1972: Die Berlin-Verhandlungen stehen im Vordergrund, aber es finden auch Verhandlungen mit der DDR statt.
- 1973: Die Verhandlungen mit der DDR stehen im Mittelpunkt.²⁶

Somit enthielt die neue Ostpolitik sieben konkrete Schritte, in denen die nacheinander folgenden kurzfristigen Ziele verankert sind:

1. Der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen und stärkere wirtschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion.
2. Ein ähnliches Abkommen mit Polen inklusive der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.
3. Ein Viermächte-Abkommen über West-Berlin.
4. Ein Abkommen mit der DDR mit besonderen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.
5. Menschliche Erleichterungen für die Menschen der BRD und DDR.
6. Verträge mit anderen osteuropäischen Staaten und die Aufnahme der BRD und DDR in die Vereinten Nationen.
7. Die Teilnahme der beiden deutschen Staaten an der KSZE.²⁷

2.4.1 Die Treffen von Erfurt und Kassel

Während Egon Bahr mit Gromyko schon in Moskau über einen Vertrag verhandelte, kam es zu den ersten beiden innerdeutschen Treffen auf höchster Regierungsebene

²⁵ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 234-235.

²⁶ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 238.

²⁷ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 245.

zwischen Willy Brandt und Willi Stoph, dem Ministerpräsidenten der DDR, am 19.03.1970 in Erfurt und am 21.05.1970 in Kassel.

Das Treffen in Kassel war schon ein Symbol für die faktische Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik. Zu Beginn des Treffens kam es zu großen Sympathiebekundungen für Brandt durch die Erfurter Bevölkerung, die auch im Fernsehen der Bundesrepublik übertragen wurden und für viele Einwohnerinnen und Einwohner der Beweis dafür waren, dass die Bevölkerung der DDR sich eine nähere Beziehung zur Bundesrepublik wünschte. Die offiziellen Reden Brandts und Stophs wiederholten eigentlich nur die bekannten Standpunkte: Stoph verweigerte eine Verhandlung, solange die Bundesrepublik die DDR nicht „de jure“ anerkenne, während Brandt dies ablehnte und auf einen Fortschritt in den Berlin-Verhandlungen und der Entspannung zwischen den beiden deutschen Staaten bestand.²⁸

Bei dem folgenden Treffen in Kassel ließen sich keine großen Änderungen in den Standpunkten Brandts und Stophs erkennen. Das Treffen wurde zu Beginn sogar durch linke und rechte Demonstrationen gestört. Brandt machte Stoph in Kassel mit seinem 20-Punkte-Programm bekannt, das Gewaltverzichtserklärungen, territoriale Integrität der beiden deutschen Staaten, die Aufgabe der Hallstein-Doktrin, die Beibehaltung der Viermächte-Verantwortung für Deutschland, eine Intensivierung des Kontakts zwischen den beiden deutschen Staaten, eine Mitgliedschaft beider deutscher Staaten in der NATO und Bevollmächtigte in den beiden deutschen Hauptstädten beinhaltete, doch Stoph lehnte dieses ab. Die beiden Treffen schlugen also fehl, da die Bundesrepublik eine substantielle und die DDR eine formale Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten erreichen wollte, aber dennoch brachten sie einander näher.²⁹

2.4.2 Der Moskauer Vertrag

Die entscheidenden Verhandlungen für den Moskauer Vertrag führte Egon Bahr mit Gromyko in Moskau. Bahr musste jedoch erst durch die Vorlage des gesamten Plans der Ostpolitik der BRD das Misstrauen bei Gromyko beseitigen, damit dieser von

²⁸ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 252-253.

²⁹ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 253-254.

seiner alten Forderungsliste abweichen würde. Den schwierigsten Punkt stellte hierbei wohl die deutsche Einheit dar. Gromyko gab zwar die Bedingung auf, die Bundesrepublik müsse dieser abschwören, doch wollte er das Recht auf Einheit Deutschlands nicht in den Vertrag eintragen lassen. Bahr erreichte jedoch eine Art Nebenabrede, die sich später auch bei allen anderen Ostverträgen finden lässt: Wenn man keine Einigung finden kann, gibt man seine Auffassung formell zur Kenntnis. So schrieb Scheel Gromyko den „Brief zur deutschen Einheit“.³⁰

Die Ergebnisse wurden im März 1970 aufgeschrieben und als sogenanntes Bahr-Papier bekannt. Die ersten vier Punkte enthielten den Wortlaut des späteren Moskauer Vertrages. Scheel brachte später nur noch kleine Korrekturen zur Absicherung gegen Kritiker ein.³¹

Im Vertrag verzichtete die Bundesrepublik auf den Alleinvertretungsanspruch, erklärte die Grenzen für unverletzlich, verpflichtete sich der territorialen Integrität und erklärte, dass sie keine Gebietsansprüche habe. Der zweite Artikel verpflichtete beide Seiten zu Gewaltverzicht gemäß der Charta der Vereinten Nationen.³²

Die Aussage Brandts nach der Vertragsunterzeichnung ist die einzig richtige Antwort auf die Kritiken dieses Vertrages:

„[...] mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht schon längst verspielt worden war.“³³

2.4.3 Der Warschauer Vertrag

Die öffentliche Meinung der Bundesrepublik war immer mehr für einen Vertrag mit Polen, auch wenn dieser die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie bedeutete. In den meinungsbildenden linken Kreisen der Intellektuellen wurde sie sogar für eine moralische Verpflichtung gehalten. Die kulturelle Seite Polens, die Musik oder die Kunst, war in der Bundesrepublik sehr beliebt und es gab auch viele persönliche

³⁰ Vgl. Bender, Neue Ostpolitik, 171-172.

³¹ Vgl. Bender, Neue Ostpolitik, 174.

³² Vgl. Frank R. Pfetsch, Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992 (München 1993), 174.

³³ Willy Brandt in seiner Fernsehansprache an die Bevölkerung nach der Vertragsunterzeichnung des Moskauer Vertrages, 12.08.1970, online unter :http://www.willy-brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Zitate_von_Willy_Brandt_120608.pdf (05.03.2014).

Kontakte nach Polen. Sowohl die katholische, als auch die protestantische Kirche unterstützte eine Normalisierung mit Polen und der Einfluss des Bundes der Vertriebenen, der gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie war, hatte abgenommen und Polen war auch für die Wirtschaft ein interessanter Absatzmarkt.³⁴

Am 05.02.1970 begannen bereits die Verhandlungen mit Warschau durch Ferdinand Duckwitz, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der als erwiesener Gegner Hitlers ein guter Verhandlungspartner für Polen war. Durch die parallel in Moskau ablaufenden Verhandlungen kam es immer wieder zu Problemen: Einmal als Gomulka hörte, dass Breschnew im Moskauer Vertrag schon die Oder-Neiße-Linie sichern wolle, was wieder ein „Geschenk“ der Russen und kein Eigenverdienst Polens gewesen wäre, und noch einmal als man erfuhr, dass die schon vorher ausgehandelte Grenzformel des Warschauer Vertrages nun die gleiche sein sollte, wie die des Moskauer Vertrags, was für das Selbstvertrauen der Polen schlecht war. Um Polen entgegenzukommen, machte die Bundesrepublik die Grenzfeststellung zum ersten Artikel des Vertrages und verschob den Gewaltenverzicht in den zweiten Artikel, wodurch der Warschauer Vertrag zu etwas wurde, was der Moskauer Vertrag zumindest formal nicht ist – ein Grenzvertrag.³⁵

Das Problem der Ausreise Volksdeutscher aus Polen war eines der schwierigsten, das es noch zu lösen galt. Für Bonn war es wichtig, Polen jedoch wollte keine Facharbeiter verlieren. Erst im November wurden nach Verhandlungen Scheels das Rote Kreuz der Bundesrepublik und Polens damit beauftragt, sich um dieses Problem zu kümmern und darüber zu verhandeln, doch tatsächlich wurde dieses Problem erst mit der Schlussakte von Helsinki gelöst.³⁶

Am 07.12.1970 unterschrieb Brandt den Vertrag in Warschau. Doch nicht nur die Vertragsunterzeichnung an sich, sondern auch der Kniefall Brandts, bilden eines der wichtigsten Ereignisse dieses Tages.

Nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland legte der Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Ehrenmal der Helden des Ghettos in Warschau, das an die 1943 bei dem Aufstand des Ghettos von den Deutschen umgebrachten Juden erinnert, einen Kranz nieder

³⁴ Vgl. *Griffith*, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 260.

³⁵ Vgl. *Bender*, Neue Ostpolitik, 176-177.

³⁶ Vgl. *Griffith*, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 261.

und verharrte dabei nicht wie üblich stehend, sondern kniete sich eine Zeit lang schweigend nieder, bevor er sich wieder erhob und an der Spitze seiner Delegation davon ging. Diese Geste war nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern auch für die Gastgeber und die Delegation überraschend.³⁷

Brandt selbst sagte dazu:

„Unter der Last der jüngsten deutschen Geschichte tat ich, was Menschen tun, wenn die Worte versagen.“³⁸

Und Brandt notierte ebenfalls die Aussage eines Augenzeuges seines Kniefalls:

„Dann kniet er, der der das nicht nötig hat, für alle die es nötig haben, aber nicht knien – weil sie es nicht wagen oder nicht können oder nicht wagen können.“³⁹

Diese Zitate Brandts und eines Augenzeugen belegen die symbolische Kraft, die dieser Kniefall hatte und die Peter Bender in einem seiner Werke gut zusammenfasst und interpretiert:

„[...] zum Vertrag kam die Geste, zur Realität das Symbol. Durch den Vertrag fand die Bundesrepublik sich damit ab, daß Deutschland den Zweiten Weltkrieg verloren hat und fast ein Viertel des ehemaligen Reichsgebiets für alle Zukunft polnisch bleibt. Mit dem Kniefall bekundet Brandt, daß Deutschland den Krieg begonnen und durch systematische Massenvernichtung und Versklavung von Juden und Polen eine Schuld auf sich geladen hatte, die ohne Beispiel ist in der neueren Geschichte Europas.“⁴⁰

2.4.4 Das Vier-Mächte Abkommen über Berlin

Da das Inkrafttreten des Moskauer Vertrages an das Berlin-Abkommen gekoppelt war, wurde am 03.09.1971 das Berlin-Abkommen unterzeichnet, das den Status West-Berlins in verschiedenen Punkten regelte. Moskau versprach Besserungen im Zugang zu West-Berlin, die drei Westmächte erklärten, dass ihre drei Berlin-Sektoren

³⁷ Vgl. Christine Kruse, Der Kniefall von 1970 – Ein symbolischer Durchbruch (Norderstedt 2006), 3.

³⁸ Brandt, Begegnungen und Einsichten, 525.

³⁹ Brandt, Begegnungen und Einsichten, 525.

⁴⁰ Bender, Neue Ostpolitik, 179.

nicht Teil der Bundesrepublik seien, Moskau versprach Verbesserungen bezüglich der Reise- und Kommunikationsmöglichkeiten West-Berlins mit seinen Nachbarn und das Recht zur Außenvertretung West-Berlins wurde durch die Westmächte bestätigt. Die versprochenen Verbesserungen fanden schließlich ihr Ziel im Transitabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR am 12.12.1971 und im Verkehrsabkommen zwischen West-Berlin und der DDR vom 20.12.1971. Somit war West-Berlin zwar kein Teil der Bundesrepublik, aber die Zugänge wurden erleichtert.⁴¹

2.4.5 Der Grundlagen-Vertrag mit der DDR

Nach dem Treffen in Kassel herrschte zwischen der BRD und der DDR eine „Denkpause“, deren Ende sich erst mit dem Berlin-Abkommen abzeichnete. Nach dem Abschluss des Moskauer Vertrages signalisierte Stoph der BRD wieder Interesse an einem Meinungsaustausch ohne die Vorbedingung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR.⁴²

Die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR begannen am 06.09.1971, als Bonns Position schon besser war als die Ost-Berlins, denn die Ratifizierung der Moskauer und Warschauer Verträge hing von der Einhaltung der von der BRD und DDR vereinbarten Durchführungsbestimmungen zum Berlin-Abkommen ab, und somit stand Ost-Berlin unter dem Druck Moskaus.⁴³

Am 30.09.1971 unterzeichnete die DDR ein Abkommen über die Verbesserungen im Post- und Fernmeldewesen, 12.12.1971 das Transitabkommen und am 12.05.1972 das Verkehrsabkommen.⁴⁴

Bonn und Ost-Berlin gerieten unter Zeitdruck: Am 19.11.1972 sollten Bundestagswahlen stattfinden, denn Brandt hatte Neuwahlen veranlasst und auch die vorbereitenden Gespräche für die KSZE sollten am 22.12.1972 beginnen.

⁴¹ Vgl. *Pfetsch*, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, 176-177.

⁴² Vgl. *Pfetsch*, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, 179.

⁴³ Vgl. *Griffith*, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 277-279.

⁴⁴ Vgl. *Griffith*, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 279-280.

Sowohl Bonn als auch Moskau wollten den Vertrag zwischen der BRD und der DDR vor den Wahlen unterzeichnet haben, um der SPD zu helfen.⁴⁵

Am 15.06.1972 begannen wieder Gespräche zwischen den beiden Unterhändlern Egon Bahr und Michael Kohl, dem Staatssekretär für westdeutsche Fragen. Sie präsentierten den Grundlagenvertrag, in dem sich drei ähnliche Elemente des Verkehrsvertrags fanden: die Formalisierung des zwischenstaatlichen Verhältnisses, menschliche Erleichterungen und die Sachgebiete, auf denen man in Zukunft zum Vorteil beider zusammenarbeiten wollte. Bei der Formalisierung ging es darum, die DDR als Staat anzuerkennen ohne sie völkerrechtlich anzuerkennen, das heißt die Bundesrepublik musste ihren Alleinvertretungsanspruch und die Hallstein-Doktrin aufgeben. Unter *menschliche Erleichterungen* fiel der kleine Grenzverkehr, in dem Familien und Nachbarn, die durch die Grenze getrennt waren, wieder in Verbindung gebracht werden sollten. So erhielten sechs Millionen Menschen eine einfachere Möglichkeit in grenznahe Gebiete auf der anderen Seite zu gelangen, was zu einer Annäherung führen konnte.⁴⁶

Der Grundlagenvertrag wurde am 08.11.1972 von Bahr und Kohl unterzeichnet und im Dezember vom Bundestag ratifiziert, in einer Abstimmung bei der sich vier CDU-Politiker für und der Rest gegen den Grundlagenvertrag aussprachen.⁴⁷

Durch diesen Vertrag erreichte Brandt eines der Hauptziele seiner Ostpolitik: Die Normalisierung der Beziehungen zwischen BRD und DDR über die „de facto“ aber nicht „de jure“ Anerkennung der DDR und auf diese Weise eine Verbesserung der menschlichen Beziehungen. Aber auch Moskau und Ost-Berlin erreichten wichtige Ziele: Die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Linie und somit die Anerkennung des territorialen Status quo.⁴⁸

⁴⁵ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 289.

⁴⁶ Vgl. Bender, Neue Ostpolitik, 192-194.

⁴⁷ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 289.

⁴⁸ Vgl. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 291.

2.5 Die KSZE als eine Folge der Ostverträge

Nach dem phänomenalen Wahlsieg 1972 mussten 1974 die beiden Hauptfiguren Scheel und Brandt abtreten. Scheel zog sich aus der aktiven Politik zurück und wurde Bundespräsident während Brandt nach vielen Problemen in der Wirtschaft, den Finanzen, durch die Öl-Krise und letztendlich durch die Guillaume-Affäre, der Entlarvung eines seiner persönlichen Referenten als DDR-Spion, im Mai 1974 zurücktrat.⁴⁹

Aber der Erfolg ihrer Ostpolitik und die daraus folgende Entspannung in Europa fanden unter der Regierung Helmut Schmidts im Juli 1975 in Helsinki ihren Höhepunkt, denn dort versammelten sich alle Staats- oder Regierungschefs Europas und Nordamerikas und unterschrieben nach zweieinhalbjähriger Verhandlung von 35 Delegationen am 01.08.1975 die „Schlussakte von Helsinki“.⁵⁰

Die KSZE, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, setzte das fort, was in den sechziger Jahren in Europa begonnen hatte und durch Brandts Ostpolitik ermöglicht wurde. Die Schlussakte enthielt drei sogenannte „Körbe“, ein System ähnlich den Ostverträgen. „Korb 1“ enthielt Grundsätze und Grenzen, „Korb 2“ die Zusammenarbeit, vor allem in wirtschaftlichen Dingen, und „Korb 3“ menschliche Erleichterungen und Informationsaustausch. Es war ein Kompromiss in vielen Dingen, der beide Seiten befriedigte.⁵¹

Doch wie Brandt schon kurz nach Helsinki schrieb:

„Weder die Sowjetunion noch der Westen waren auf einen neuen Abschnitt ihrer Beziehungen so vorbereitet, wie es möglich und notwendig gewesen wäre.“⁵²

Zwar setzte sich die KSZE in Folgekonferenzen fort, wurde aber wenig genutzt oder missbraucht. Erst Anfang der achtziger Jahre zeigte sich, dass trotz vieler Streitereien eine Veränderung in Europa von statten gegangen war. Während sich die Großmächte nach der sowjetischen Besetzung Afghanistans wieder verfeindeten, förderten die Europäer zunehmend die Ruhe in ihrem Kontinent und so ergaben sich

⁴⁹ Vgl. Bender, Neue Ostpolitik, 202.

⁵⁰ Vgl. Bender, Neue Ostpolitik, 203.

⁵¹ Vgl. Bender, Neue Ostpolitik, 204.

⁵² Vgl. Brandt, Begegnungen und Einsichten, 558.

Meinungsverschiedenheiten zwischen europäischen Ländern und ihrer Vormacht, denn Europa war nach wie vor ideologisch geteilt und Warschau und Moskau verlangten Bündnisdisziplin. Doch so wurde durch Afghanistan der Grundgedanke der KSZE wieder aktuell: Europa durch Zusammenarbeit zu stabilisieren, sodass es von der Weltpolitik unabhängiger wurde. So sah man, dass das europäische Selbstbewusstsein mächtig gewachsen war.⁵³

Doch eines bleibt sicher, die KSZE zeichnete eine größere Bereitschaft zur dauerhaften Entspannung aus, die zuvor noch niemals so feierlich und so hoch demonstriert worden war. Und dies wäre ohne die Ostpolitik der Bundesrepublik, vor allen Dingen unter Brandt, nicht möglich gewesen.

3 Forschungsmethode

3.1 Die Wahl der Printmedien

Um der Wandel der Ostpolitik in der öffentlichen Wahrnehmung zu untersuchen, war für mich die Wahl zweier deutscher Tageszeitungen wichtig. Die wichtigen punktuellen Ereignisse sollten und konnten somit in den vorhergehenden und vor allen Dingen auch in den nachgehenden Tagen analysiert werden. Hierdurch war es möglich, schon an Hand der Quantität und der Qualität der Artikel die Wichtigkeit der Ereignisse für die Bevölkerung zu interpretieren.

Auf der anderen Seite erschien es mir sinnvoll, zwei Zeitungen zu wählen, die eine möglichst weite Verbreitung und eine große Auflagenzahl hatten. So fiel die Wahl auf die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *Süddeutsche Zeitung*. Beide Zeitungen sind nicht nur in großen Teilen Deutschlands eine oftmals abonnierte Zeitung, sondern sie sind in fast allen Zeitungsläden in Deutschland zu kaufen.

3.1.1 Die Frankfurter Allgemeine Zeitung

Die Erste Ausgabe der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit der Unterüberschrift „Zeitung für Deutschland“ erschien am 01.11.1949. Sie entwickelte sich aus der

⁵³ Vgl. Bender, Neue Ostpolitik, 205.

Allgemeinen Zeitung aus Mainz und beschäftigte auch einige ehemalige Mitglieder der *Frankfurter Zeitung*. Sie veröffentlichten in ihrer ersten Ausgabe den Anspruch, eine neue Art von Zeitung zu sein, für die die Wahrheit heilig, die Berichterstattung sachlich und die Gerechtigkeit gegenüber Andersmeinenden wichtig sei.⁵⁴

Sie wurde schnell eine der überregional verbreiteten Qualitätszeitungen in der Bundesrepublik und erreichte Anfang der sechziger Jahre sogar die führende Marktposition der auflagenstärksten Zeitungen.⁵⁵

So betrug die Auflage der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zwischen 1965 und 1975 zwischen 240.000 und 284.000 Exemplare im Jahr.⁵⁶

Da die Zeitung vor allen Dingen in gesellschaftlichen Führungsschichten gelesen wurde und auch immer wieder andere Medien den Artikeln der Zeitung Aufmerksamkeit widmen, hatte sie schon immer großen Anteil an politischen Debatten in der Bundesrepublik und beeinflusste somit die öffentliche Wahrnehmung.⁵⁷

Hierbei ist sie in ihrer politischen Orientierung als konservativ und gemäßigt rechts einzustufen.⁵⁸

3.1.2 Die Süddeutsche Zeitung

Die erste Ausgabe der *Süddeutschen Zeitung* erschien am 06.10.1945 und sie ist somit die erste Zeitung nach dem 2. Weltkrieg in Bayern. In dieser berichteten sie, dass sie zwar „von der politischen Notwendigkeit begrenzt aber durch keine Zensur gefesselt“ seien.⁵⁹

⁵⁴ Vgl. Zeitung für Deutschland. In: FAZ 01.11.1949, 1.

⁵⁵ Vgl. FÜ, Frankfurter Allgemeine Zeitung. In: Axel Schildt (Hg.), Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon (München 2005), 161.

⁵⁶ Vgl. Tabelle 1 Anhang

⁵⁷ Vgl. FÜ, Frankfurter Allgemeine Zeitung. In: Axel Schildt (Hg.), Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon (München 2005), 161.

⁵⁸ Vgl. Davide Brocchi, Die Presse in Deutschland. In: cultura21, 06.12.2008, online unter <http://magazin.cultura21.de/kultur/wissen/die-presse-in-deutschland.html> (09.03.2014).

⁵⁹ Vgl. Zum Geleit. In: SZ 06.10.1945, 1.

In der Zeit von 1965-1975 baute sie ihr Auslandskorrespondentennetz aus und wurde so auch eine der bekanntesten überregionalen und meinungsbildenden Zeitungen in der Bundesrepublik.⁶⁰

So betrug die Auflage der *Süddeutschen Zeitung* 1965-1975 zwischen knapp 240.000 und 282.000 Exemplare im Jahr.⁶¹

Laut ihrem Redaktionsstatut will und wollte die Zeitung „*freiheitliche, demokratische Gesellschaftsformen nach liberalen und sozialen Grundsätzen*“⁶² und ist in ihrer politischen Orientierung als konservativ und gemäßigt links einzustufen.⁶³

3.2 Die kommunikative, linguistische Presseanalyse

Die Analyse der Presseberichterstattung soll in Form einer kommunikativen Analyse stattfinden, da gerade für die hier gestellte Forschungsproblematik die „Pressekommunikation“ von großer Bedeutung ist. Diese Art der kommunikativen Untersuchung hebt sich von der normalen sprachwissenschaftlichen Analyse ab.⁶⁴

Bei dieser Form der Untersuchung stehen nicht nur einzelne Texte oder einzelne Phrasen im Vordergrund, sondern es geht um die Verwendung der Texte hinsichtlich der Pressekommunikation – So geht es zum einen um die Beitragskonstellation, also welche Art von Beiträgen zu einem Thema innerhalb einer Zeitungsausgabe veröffentlicht werden, dann aber auch um Beitragsserien, also um zusammenhängende Berichte über mehrere Ausgaben hinweg und letztendlich um die Auswirkungen dieser Presseberichte in der Öffentlichkeit und in anderen Medien.⁶⁵

⁶⁰ Vgl. Geschichte des Süddeutschen Verlages, online unter: <http://www.sueddeutscher-verlag.de/info/facts/geschichte> (09.03.2014).

⁶¹ Vgl. Tabelle 2 Anhang

⁶² Ludwig Maaßen, *Die Zeitung: Daten-Deutungen-Porträts* (Heidelberg 1986), 95.

⁶³ Vgl. Davide Brocchi, *Die Presse in Deutschland*. In: *cultura21*, 06.12.2008, online unter <http://magazin.cultura21.de/kultur/wissen/die-presse-in-deutschland.html> (09.03.2014).

⁶⁴ Vgl. Hans-Jürgen Bucher, *Pressekommunikation* (Tübingen 1986), 1.

⁶⁵ Vgl. Bucher, *Pressekommunikation*, 2.

Diese sogenannte ‚Kommunikationsanalyse der Presseberichterstattung‘ zeichnet sich durch folgende für die Forschungsarbeit wichtige Fragestellungen aus:⁶⁶

- Der öffentliche Kommunikationszusammenhang: Hierbei geht es um den historischen Zusammenhang des Beitrags, also die Aktualität des Themas, den Verlauf der Dinge und Ähnliches.
- Die journalistischen Handlungsformen und Handlungsmöglichkeiten: Hierbei geht es um die Darstellungsformen, also um die verschiedenen möglichen Textsorten, die allesamt unterschiedliche Merkmale aufweisen, welche später noch genauer bestimmt werden.
- Die sprachlichen Ausdrücke: Hierbei geht es sowohl um den lexikalischen, als auch um den syntaktischen Teil der Analyse. Es handelt sich also um eine traditionelle sprachwissenschaftliche Analyse, die den Stil, die Syntax, die Wortwahl und rhetorische Figuren berücksichtigt.

3.3 Spezifische Presseberichtsformen

Wie schon zuvor erwähnt, macht auch die Analyse der Berichtsform einen wichtigen Teil aus, da alle Berichtsformen unterschiedliche Merkmale und somit unterschiedliche Funktionen haben.

Hier sollen nun die für die Forschungsarbeit wichtigen Formen aufgelistet und charakterisiert werden.

- Die Nachricht / Die Meldung: Diese sind immer Neuigkeiten und befassen sich mit aktuellen Ereignissen, die für die Bevölkerung als relevant beziehungsweise interessant angesehen werden können und einen bestimmten formalen Aufbau haben. Das Wichtigste gehört an den Anfang; dies ist der sogenannte *Lead*. Der *Lead* kann vielfältig aufgebaut sein, muss aber auf einige wichtige W-Fragen (wer, was, wie, wo, wann, warum) antworten können. Des Weiteren soll diese Form prägnant sein und keine verschachtelten Sätze und unnötige Bindsätze enthalten. Und vor allen

⁶⁶ Vgl. Bucher, Pressekommunikation, 3-4.

Dingen soll sie neutral gehalten sein. Die Nachrichten / Meldungen können hierbei in Langform oder als Kurznachricht auftauchen.⁶⁷

- Der Bericht: Dieser ist den Nachrichten sehr ähnlich, ist aber genauer und gründlicher. Im Gegensatz zu den Nachrichten sind Berichte jedoch durch die Sicht des Autors, also durch dessen Subjektivität, die Schilderung der Umgebung und der Atmosphäre geprägt. Auch sie haben an der Spitze den sogenannten *Lead*, doch ist dieser meist länger als bei Nachrichten.⁶⁸
- Das Interview: Das Interview kann in der Zeitung in verschiedenen Formen auftauchen. So kann es die klassische Form (Antwort-Frage), eine Mischform (Interview und Schilderung der Umgebung und der Person) oder eine Meldung über ein Interview (eine Meldung darüber mit wörtlichen Zitaten) sein.⁶⁹
- Der Kommentar: Dieser ist nicht nur informativ, sondern auch wertend, da der Autor seine Stellung vertritt. Der Autor eines Kommentars wertet ein Ereignis, als gut oder schlecht, als wichtig oder unwichtig. Die Formen können ganz unterschiedlich sein. Heute tritt oftmals der Kurzkomentar auf der ersten Seite, oder anderen festgelegten Seiten auf, der auf das aktuelle Tagesthema Bezug nimmt. Eine weitere Form ist auch die sogenannte *Glosse*, die dem Kurzkomentar sehr ähnlich ist, aber sie arbeitet stark mit Ironie und auch Spott und endet zumeist in dessen Spitze.⁷⁰
- Der Leitartikel: Der Leitartikel war früher eine eindeutige Stellungnahme zu dem wichtigsten Ereignis, an dessen Stelle heutzutage der Kommentar beziehungsweise der Kurzkomentar auf der ersten Seite gerückt ist. Heute ist der Leitartikel oftmals „nur“ noch eine Meldung / Nachricht über das wichtigste Ereignis des Tages auf der ersten Seite.⁷¹

⁶⁷ Vgl. Fritz *Csoklich*, Nachricht in der Zeitung. In: Heinz *Pürer* (Hg.): Praktischer Journalismus (Salzburg 1984), 50-56.

⁶⁸ Vgl. Fritz *Csoklich*, Bericht in der Zeitung. In: Heinz *Pürer* (Hg.), Praktischer Journalismus (Salzburg 1984), 76-77.

⁶⁹ Vgl. Gerhard *Neureiter*, Interview in der Zeitung. In: Heinz *Pürer* (Hg.), Praktischer Journalismus (Salzburg 1984), 96-97.

⁷⁰ Vgl. Gerhard *Maurer*, Meinung in der Zeitung. In: Heinz *Pürer* (Hg.), Praktischer Journalismus (Salzburg 1984), 188-189.

⁷¹ Vgl. Gerhard *Maurer*, Meinung in der Zeitung. In: Heinz *Pürer* (Hg.), Praktischer Journalismus (Salzburg 1984), 188-189.

3.4 Spezifische Vorgehensweise bei der Medienanalyse

Die Analyse der beiden Zeitungen soll an Hand wichtiger politischer Ereignisse erfolgen:

- Friedensnote 25.3.1966: 24.-28.3.1966
- Treffen in Erfurt zwischen Brandt und Stoph 19.3.1970: 18.-22.3.1970
- Treffen in Kassel zwischen Brandt und Stoph 21.5.1970: 20.-23.5.1970
- Moskauer Vertrag 12.8.1970: 12.-14.8.1970
- Warschauer Vertrag 7.12.1970: 7.-9.12.1970
- Ratifizierung Warschauer Vertrag 17.5.1972: 17.-19.5.1972
- Grundlagenvertrag 21.12.1972: 21.-23.12.1972
- Ratifizierung Grundlagenvertrag 11.5.1973: 11.-13.5.1973
- Die Schlussakte von Helsinki (KSZE) 01.08.1975: 31.7.-07.08.1975

Im ersten Schritt sollen zu jedem dieser Ereignisse eine quantitative und eine kommunikative Presseberichterstattungsanalyse erfolgen. Hierbei soll neben der Anzahl der Artikel, gemäß den ersten beiden Fragestellungen der kommunikativen Analyse auf deren Berichtsform und ihre inhaltlichen Schwerpunkte eingegangen werden, um das von ihnen vermittelte Bild zu analysieren.

In einem zweiten Schritt sollen einzelne dieser Artikel, die besonders aussagekräftig erscheinen, in der dritten Fragestellung der kommunikativen Presseberichtsanalyse untersucht werden, also auf ihrer sprachlichen, syntaktischen, stilistischen und metaphorischen Ebene. Diese einzelnen Artikel sollen das vermittelte Bild weiter veranschaulichen und belegen, sowie einen Interpretationsraum für die Auswirkungen auf die Öffentlichkeit bieten.

4 Die Analyse der Printmedien

4.1 Analyse der „Friedensnote“ 24.-28.3.1966

4.1.1 Quantitative und kommunikative Analyse

Der Untersuchungsraum umfasst hierbei den Tag vor der Aussendung der Friedensnote, den 24.3.1966, bis einschließlich den 28.3.1966.

In der *Süddeutschen Zeitung* finden wir in diesem Untersuchungsraum nur am Tag nach der Aussendung Artikel zu diesem Ereignis.

Am 26.3.1966 erscheint auf der Titelseite der Zeitung der Leitartikel „Bonn lässt die Friedensnote überreichen. Vorschläge zur Abrüstung und Atompolitik“, der seine Fortsetzung auf der zweiten Seite findet. Auf der ersten Seite hebt der Artikel die Adressaten der Friedensnote hervor und betont, dass dies vornehmlich die Ostblock-Staaten seien, ausgenommen der DDR. Es wird sich explizit zu dem Verhältnis zu Polen und zur Tschechoslowakei geäußert, sowie zu den Vorschlägen der Bundesregierung bezüglich der Abrüstung und der Atompolitik. Hervorzuheben ist in diesem Teil des Artikels auch noch der größer gedruckte Hinweis, dass sich die Friedensnote in ihrem Wortlaut auf Seite sechs der Ausgabe finden lässt. Auf der zweiten Seite des Artikels lassen sich neben den restlichen Vorschlägen der Bundesregierung in der Friedensnote die Reaktionen des Bundeskanzlers Erhard und der drei Fraktionsvorsitzenden Barzel (CDU/CSU), Kühlmann-Stumm (FDP) und Wehner (SPD) bei der Bekanntgabe des Inhalts der Note vor dem Bundestag nachlesen, wobei mit direkten und indirekten Zitaten gearbeitet wird. Am Ende dieses Artikels schließt sich noch eine kurze Nachricht der dpa über die Reaktionen in der DDR mit dem Titel „Ost-Berlin Propaganda-Note“ an, sowie eine solche Nachricht über die Reaktion in Frankreich mit dem Titel „Paris stimmt zu“ an.⁷²

In diesem Artikel werden somit die Leserinnen und Leser über die Übergabe der Friedensnote, ihren Inhalt und ihre Adressaten informiert und im zweiten Teil über die Reaktionen und Meinungen verschiedener deutscher Politiker zu dem Inhalt der Note, die alle durchwegs positiv sind. Die kurzen Meldungen über die Reaktionen aus der DDR und aus Frankreich zeigen auf, dass gerade die Reaktionen dieser beiden Staaten aufgrund der besonderen Beziehung zur DDR und auch der

⁷² Vgl. re, Bonn lässt Friedensnote überreichen. In: SZ 26.3.1966, 1-2.

historischen Beziehung zu Frankreich eine große Rolle spielen und ihnen damit ein größerer Wert zugemessen wird, als Reaktionen aus Polen oder der Tschechoslowakei. Der Abdruck der kompletten Friedensnote in dieser Ausgabe gibt dem Leser und der Leserin die Möglichkeit, genau das zu lesen, was die anderen Länder empfangen haben und so nicht nur den Inhalt zu erfahren, sondern auch den Wortlaut und den Ton, in dem diese Note verfasst wurde.

Der zweite Artikel dieser Ausgabe trägt den Titel „Vom Ernst der Lage“ und ist der Kommentar von Hermann Proebst auf der zweiten Seite. Dieser widmet sich eigentlich und zunächst dem Auftreten des Alt-Bundeskanzlers Adenauer beim Parteitag der CDU, als dieser überraschend auf die friedliche Natur der Sowjetunion hinwies, nachdem jene zuvor immer der „Feind“ gewesen war und Adenauer noch einige Zeit zuvor vor einer Einkesselung der BRD gewarnt hatte. Erst im letzten Drittel dieses Kommentars steht inhaltlich die Friedensnote im Mittelpunkt, die, nach Sicht des Autors, einen zu plumpen, direkten, fordernden und vermutlich enttäuschenden Versuch der Bundesregierung darstellt. Die genauere Analyse dieses Kommentars wird im nächsten Punkt zu finden sein.⁷³

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* lassen sich im Untersuchungszeitraum am 26.3.1966 zwei Artikel und am 28.3.1966 3 Artikel über die Friedensnote finden.

Am 26.3., dem Tag nach der Überreichung der Friedensnote, lässt sich auch hier ein Leitartikel auf der ersten Seite finden, der sich auf der vierten Seite fortsetzt. Bei dieser langen Meldung/Nachricht geht es inhaltlich auch um die Adressaten, den Inhalt und auch um die Atompolitik, wie der Titel „Vorschlag der Atom-Sperrverträge von der SPD unterstützt“ zeigt. Auch hier werden in der Fortsetzung des Artikels vor allen Dingen die Reaktionen der Fraktionsvorsitzenden in den Vordergrund gestellt.⁷⁴

Direkt darunter auf der vierten Seite findet sich eine Nachricht mit dem Titel „Geringe Fortschritte im Verhältnis zu Polen“. Inhaltlich geht diese kurze Meldung drauf ein, dass es sich bei der Note um einen Wunsch der Bundesregierung handle, die Beziehungen zu den Ostblockstaaten zu verbessern doch sie stellt gleichzeitig fest, dass so mit Polen nur geringe Fortschritte gemacht werden können. Es werden einige inhaltliche Punkte der Friedensnote, wie die Abrüstung und das Vorgehen

⁷³Vgl. Hermann Proebst, Vom Ernst der Lage. In: SZ 26.3.1966, 2.

⁷⁴ Vgl. Vorschlag der Atom-Sperrverträge von der SPD unterstützt. In: FAZ 26.3.1966, 1/4.

gegen die Atomwaffenverbreitung, kurz angeschnitten. Im nächsten Punkt soll auch auf diesen Kommentar näher eingegangen werden.⁷⁵

In der *Süddeutschen Zeitung* finden sich am Tag nach der Aussendung der Note also ähnliche Artikel wie in der FAZ, sie betreffen vorrangig den Inhalt der Note, die Adressaten und die Reaktionen der einheimischen Politiker.

Am 28.3. erscheinen noch drei weitere Artikel, die allesamt als Schwerpunkt die Reaktionen auf die Friedensnote haben. Der Leitartikel auf der ersten Seite, der sich wieder auf der vierten Seite fortsetzt und den Titel „Die Bonner Friedensnote in Paris kühl aufgenommen“ trägt ist somit eine Meldung/Nachricht, welche sich auch explizit mit der Reaktion in Frankreich beschäftigt. Diese beschreibt inhaltlich die relativ gleichgültige Aufnahme des Inhalts der Friedensnote in Paris, da man darin nur eine wiederholende Darstellung der Position der BRD und ihrer Forderungen sehe und geht dann in die Darstellung der französisch-sowjetischen Beziehungen über. Auf der vierten Seite werden dann noch die Reaktionen aus Washington, London und Warschau dargestellt, wobei die Beschreibung der Reaktionen der amerikanischen und britischen Seite positiv, die der polnischen Seite negativ ausfällt, da diese die Friedensnote als „großen Bluff“ bezeichneten.⁷⁶

Direkt darunter auf der vierten Seite findet sich ein letzter Kommentar zur Friedensnote, der sich jedoch beinahe unter dem Mantel einer Nachricht versteckt. Mit dem Titel „Peinliches Schweigen in Prag“ wird hier beschrieben, dass die persönliche Übergabe der Friedensnote in Prag, sowie deren spezieller Inhalt bezüglich der Tschechoslowakei dort in den Medien verheimlicht wurden. Die Analyse dieses kurzen Kommentars wird im nächsten Punkt noch aus sprachwissenschaftlicher Sicht erfolgen.⁷⁷

Insgesamt lässt sich also sagen, dass sich beide Zeitungen inhaltlich nicht sehr voneinander unterscheiden. Bei der Berichterstattung über Inhalt und Reaktionen der einheimischen Politiker am 26.3. gleichen sich beide Zeitungen sehr. Allerdings zeigt die FAZ mit den Artikeln am 28.3. ein größeres Spektrum der Reaktionen im Ausland auf die Friedensnote, während dafür die SZ den gesamten Inhalt der Friedensnote abdrucken ließ.

⁷⁵ Vgl. Geringe Fortschritte im Verhältnis zu Polen. In: FAZ 26.3.1966, 4.

⁷⁶ Vgl. Jan Roß, Die Bonner Friedensnote in Paris kühl aufgenommen. In: FAZ 28.3.1966, 1/4.

⁷⁷ Vgl. Andreas Razumovsky., Peinliches Schweigen in Prag, In: FAZ 28.3.1966, 4.

4.1.2 Sprachliche und inhaltliche Analyse einiger ausgewählter Artikel

4.1.2.1 Kommentar „Vom Ernst der Lage“⁷⁸

Dieser Artikel stellt eine Art zweigeteilten Kommentar über den Auftritt Adenauers beim Parteitag und über die Friedensnote dar. Der Autor schreibt hierbei, dem Wesen eines Kommentars entsprechend, aus seiner subjektiven, wertenden Sicht. Schon das Bild, das von Konrad Adenauer vermittelt wird, ist ein eindeutig Ironisches. Ausdrücke wie der „unverwüstliche Alte“, „unvergleichliche Vereinfacher“ und der „Bewegliche von allen“ vermitteln ein zweiseitiges Bild Adenauers: Zum einen das der Einzigartigkeit und Unverwüstbarkeit, aber zum anderen auch das eines alten, alles versimpelnden Mannes. Man könnte es sozusagen als eine Mischung eines Euphemismus und eines Dysphemismus ansehen; das Adjektiv hebt seine Qualität hervor, das Substantiv denunziert ihn dann jedoch wieder. Allein durch diese Wahl der Umschreibungen für die Person Adenauers, vermittelt der Autor ein bestimmtes Bild seiner Person.

Auch bedient er sich des Stilmittels der rhetorischen Frage, „Aber inwieweit ist Adenauer selbst in dieser Sache noch ernst zu nehmen?“, und unterstreicht auch mit Hilfe dieses Stilmittels die von ihm vermittelte Figur Adenauers: Eines Mannes, den es also schon ewig gibt, der unverwüstlich und einzigartig erscheint, aber der heute sozusagen nicht mehr in der Lage ist, etwas zu ändern.

Er kritisiert in diesem Teil auch die Politiker in seinem Satz:

„Die Neigung, jene Politik, die unser Schicksal ist, niemals so ernst zu nehmen wie die Lage es eigentlich gebietet, ist eben doch unausrottbar in diesem Land.“⁷⁹

Dieser Satz unterstreicht die kritische Haltung des Autors gegenüber den Politikern und vielleicht auch gegenüber der Gesellschaft. Er sieht die Politik als das „Schicksal“ an, also als etwas Unausweichbares, das wir nicht ändern können, aber von dem wir noch versuchen es nicht wahrzunehmen und durch Humor wegzulachen.

⁷⁸ Vgl. Hermann Proebst, Vom Ernst der Lage. In: SZ 26.3.1966, 2.

⁷⁹ Hermann Proebst, Vom Ernst der Lage. In: SZ 26.3.1966, 2.

Auch im eigentlich inhaltlich wichtigen letzten Drittel wertet der Autor ganz klar durch einfache Sätze.

„Sie fällt nämlich gleich mit der Tür ins Haus, indem sie als Forderung an den Anfang stellt, was im allergünstigsten Fall das Endergebnis langwieriger Entwicklung sein kann.“⁸⁰

Mit diesem Satz kritisiert er nicht nur den Inhalt der Friedensnote, sondern weist auch gleichzeitig darauf hin, dass das, was in dieser Note und von der Politik als selbstverständlich und als das Recht des Landes angesehen wird, die Wiedervereinigung, nur durch Bemühungen und langwierige Arbeit erreicht werden könne. Die Verwendung des feststehenden Ausdrucks „mit der Tür ins Haus fallen“ ist ein weiteres Symbol für die überhastete, unüberlegte und vor allen Dingen unsensible Vorgehensweise der Regierung. Auch die Unterüberschrift „Eine Note macht noch keinen Frieden“ und der Satz „Daß man ihn als Beweis für guten Willen nehme, steht zu hoffen“ unterstreichen die Wertung des Autors, dass diese Friedensnote nicht genug sei.

Er benutzt auch die Metapher des „Zankapfels“, der in diesem Fall vor allen Dingen für die Grenzen Polens, also die Oder-Neiße-Linie, und auch die Wiedervereinigung steht, denn diese stellen den Grund für die bislang fehlende und gescheiterte Beziehung der BRD zu den Ostblockstaaten dar. Durch die Verwendung dieser Metapher verdeutlicht der Autor den Leserinnen und Lesern wie groß der Konflikt eigentlich schon ist und gleichzeitig weiß jeder und jede, was gemeint ist.

Sprachlich auffällig ist des Weiteren an diesem Kommentar, dass der Autor durch die Verwendung eines gewissen Tempus seinen Standpunkt klar macht. In den Sätzen „Ihre Friedensnote wird in mancher Hinsicht eher enttäuschen“ und „Der Ernst der Lage jedoch duldet kaum Entschlüsse, von denen es heißen wird: zu kleinlich und zu spät“ verwendet er statt des Konjunktivs das Futur, wodurch diese Sätze keine möglichen Folgen mehr darstellen, sondern in der Zukunft sichere Ereignisse, von denen der Autor ausgeht und so vermittelt er dem Leser und der Leserin, dass dies auch genauso geschehen wird.

⁸⁰ Hermann Proebst, Vom Ernst der Lage. In: SZ 26.3.1966, 2.

Somit schafft es der Autor in diesem Kommentar durch den Einsatz gezielter rhetorischer Stilmittel und der Syntax seine Kritik an der Friedensnote zu verdeutlichen, sie zu erklären und vor allen Dingen auch die für ihn unausweichlichen Folgen aufzuzeigen.

4.1.2.2 Nachricht „Geringe Fortschritte im Verhältnis zu Polen“⁸¹

In dieser Kurznachricht widmet sich der Autor, wie zuvor beschrieben, den inhaltlichen Punkten der Friedensnote, die sich mit dem Verhältnis zu Polen beschäftigen. Der Autor verwendet hierfür auch immer wieder Zitate aus der Friedensnote, um diese Punkte zu unterstreichen.

Sprachlich ist dieser Kommentar sehr auffällig, da hier eine Personifikation der Friedensnote stattfindet: So beginnt jeder der drei Absätze mit „Die Note“ und einem Verb, also ist das handelnde Subjekt dieses Kommentars immer die Friedensnote selbst.

Des Weiteren fällt auch die Wahl der Verben selbst auf: So heißt es „Die Note hebt hervor/wünscht/schlägt vor“. Bei all diesen Verben handelt es sich um eher passive Verben, denn keines von ihnen beinhaltet eine wirkliche Handlung oder Tätigkeit sondern eher Vorschläge, Wünsche, Vorstellungen.

Somit lässt sich durch die Personifikation der Friedensnote und die Wahl der Verben auf einen passiven Charakter dieser Friedensnote schließen. Sie lassen es nicht weiter verwunderlich erscheinen, dass es im Verhältnis zu Polen nur geringe Fortschritte geben kann.

4.1.2.3 Kurzkomentar „Peinliches Schweigen in Prag“⁸²

Bei diesem kurzen Artikel handelt es sich um einen Kurzkomentar unter dem Mantel einer Kurznachricht, denn es handelt sich nicht nur um eine pure

⁸¹ Vgl. Geringe Fortschritte im Verhältnis zu Polen. In: FAZ 26.3.1966, 4.

⁸² Vgl. Andreas Razumovsky, Peinliches Schweigen in Prag. In: FAZ 28.3.1966, 4.

Beschreibung der Reaktionen der tschechoslowakischen Medien, sondern man bemerkt am Ende die Präsenz und die ironische Darstellung des Autors.

Nachdem der Autor beschreibt, dass der Prager Zeitungsleser nur die Pressemeldung des tschechoslowakischen Pressedienstes und ausgewählter ausländischer Pressedienste erfährt, endet er mit folgendem Absatz:

„So kann der Prager Zeitungsleser – was ihm höchst selten passiert – die Meinung der ‚Times‘ und des ‚Figaro‘ erfahren, freilich bloß in winzigen Zitatfragmenten aus dem Zusammenhang, welche zu einem sorgfältig schattierten Mosaikbild weltweiter Ablehnung und ‚Entlarvung‘ der deutschen Friedensbemühungen zusammengefügt sind.“⁸³

Dieser Absatz ist im vollen ironischen Stil geschrieben und verwendet genau dieses Stilmittel, um dem Leser und der Leserin nicht nur die Absurdität der Information der tschechoslowakischen Bevölkerung zu vermitteln, sondern auch um die dortigen „Zustände“, die Pressezensur, hervorzuheben. Des Weiteren steht die Metapher des „sorgfältig schattierten Mosaikbildes“ für die zusammengestückelten Presseberichte der Friedensnote, aber auch vermutlich für die generell zusammengestückelten und wohlüberlegt zusammengefügt Berichterstattungen der tschechoslowakischen Presse und somit für die Bemühungen der Regierungen der Ostblock-Staaten, ein möglichst schlechtes Bild der BRD zu vermitteln.

4.1.3 Ergebnis der Analysen

Nach der Analyse der Berichterstattung lassen sich folgende Schlussfolgerungen festhalten:

- Die quantitativ geringfügige Berichterstattung der Friedensnote lässt auf einen geringeren Stellenwert dieses politischen Ereignisses zur damaligen Zeit schließen.
- Die Nachrichten/Meldungen umfassen eine objektiv gehaltene Information der Bevölkerung über den Inhalt der Friedensnote, vor allen Dingen in der *Süddeutschen Zeitung* durch den Abdruck der kompletten Note.

⁸³ Andreas Razumovsky, Peinliches Schweigen in Prag. In: FAZ 28.3.1966, 4.

- Die Information über die Reaktionen der Westmächte ist größer und scheint somit interessanter und wichtiger zu sein, als die Reaktion des Ostblocks.
- Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vermittelt ein negatives und feindliches Bild der östlichen Medien.
- In den Kommentaren wird die Friedensnote kritisch hinterfragt und auch kritisiert. Es wird ihr zu dieser Zeit auch kein allzu großer Wert zugemessen.

4.2 Analyse des Treffens in Erfurt zwischen Willy Brandt und Willi Stoph 18.-22.3.1970

4.2.1 Quantitative und kommunikative Analyse

Im besagten Untersuchungsraum finden sich in der *Süddeutschen Zeitung* über das Erfurter Treffen vom 19.3.1970 15 Artikel.

Am Tag vor dem Treffen in Erfurt, dem 18.3.1970, finden sich in der *Süddeutschen Zeitung* drei Artikel. Auf der ersten Seite findet sich der Leitartikel mit dem Titel „Brandt will mit Stoph auch über Lage Berlins sprechen“.⁸⁴ In dieser Meldung bezieht man sich auf ein Interview der *Süddeutschen Zeitung* mit Willy Brandt, in dem er über sein Vorhaben und seine Ziele in Erfurt interviewt wurde. Das Interview in seinem Wortlaut ist ein weiterer Artikel und auf der dritten Seite dieser Ausgabe zu finden. Die Meldung auf der ersten Seite stellt eine Zusammenfassung der wichtigsten Fragen und Antworten dieses Interviews dar. Wie dieser Titel auf der ersten Seite zeigt, ist von der Redaktion der Aspekt der Lage Berlins als der wichtigste und interessanteste Aspekt dieses Treffens gewertet worden und wurde somit zum Aufmacher dieser Ausgabe gemacht.

Ein zweiter Artikel auf der ersten Seite ist die Nachricht/Meldung mit dem Titel „Verhandlungsrahmen abgesteckt“.⁸⁵ Diese Nachricht, die sich auf der zweiten Seite durch die ergänzenden Berichte anderer Zeitungen fortsetzt, berichtet kurz über den Ablauf in Erfurt und beschreibt einige positive Reaktionen deutscher Politiker.

⁸⁴ Vgl. Brandt will mit Stoph auch über Lage Berlins sprechen. In: SZ 18.3.1970, 1.

⁸⁵ Vgl. dr, Verhandlungsrahmen abgesteckt. In: SZ 18.3.1970, 1.

Am Ende des Artikels und auf der zweiten Seite werden dann kurze Meldungen/Nachrichten anderer Zeitungen aus Ost-Berlin, Moskau und Prag, in denen die Bevölkerung unter anderem vor zu großen Erwartungen an dieses Treffen gewarnt wird, veröffentlicht. Die Abbildung dieser verschiedensten Meldungen benutzt die *Süddeutsche Zeitung* dazu, dem Leser und der Leserin zu vermitteln, welches schlechte Bild die östlichen Medien von der BRD zeichnen. Des Weiteren fällt unter diesen Kurznachrichten die Nachricht „Bundesbürger geteilter Meinung über Chancen des Erfurter Treffens“⁸⁶ der dpa auf. In diesem Artikel, der später im Zusammenhang mit den anderen eingeflochtenen Artikeln genauer untersucht werden soll, wird über eine Umfrage in der BRD berichtet, bei der sich Dreiviertel aller Befragten für und ein Drittel der Befragten gegen das anstehende Treffen aussprachen.

Eigentlich sind es somit die kurzen Nachrichten aus verschiedenen Zeitungen, die diesen Artikel interessant erscheinen lassen.

Am Tag des Treffens selbst erscheinen zwei Artikel. Zum einen gibt es die große Meldung/Nachricht auf der ersten Seite „Bonn gegen zu große Hoffnungen auf das Erfurter Gipfeltreffen“⁸⁷, die sich auf der zweiten Seite fortsetzt. Diese am Tag des Treffens veröffentlichte Meldung wurde natürlich schon am vorherigen Tag geschrieben. In diesem Artikel wird zunächst genau beschrieben wie dieses Treffen ablaufen soll, und zwar von der Ankunft Brandts über die Gespräche und das Mittagessen bis hin zum Besuch des Konzentrationslagers Buchenwald. Das dem Leser und der Leserin somit vermittelte Bild der Ankunft Brandts an diesem Tag wird durch eine Fotografie des Erfurter Bahnhofes unterstützt.

Nach einer kurzen Erklärung der Inhalte der Reden wird darauf hingewiesen, dass dies das erste Treffen seit zwanzig Jahren sei und es wird der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick zitiert, der erklärte, dass man von diesem Treffen nicht zu viel sondern vor allen Dingen eine Erleichterung für die Menschen durch eine Aufnahme von Verhandlungen sehen solle. Am Ende des Artikels geht man auch noch auf das CSU-Organ Bayernkurier ein, in dem dieses Treffen als Fehler bezeichnet wird, bei dem sich Brandt in die Fänge der DDR begeben würde.

⁸⁶ Vgl. dpa, Bundesbürger geteilter Meinung über Chancen des Erfurter Treffens. In: SZ 18.3.1970, 2.

⁸⁷ Vgl. Dr, Bonn gegen zu große Erwartungen des Erfurter Gipfeltreffens. In: SZ 19.3.1970, 1-2.

Dieser Artikel vermittelt somit dem Leser und der Leserin ein gutes und ausführliches Bild des ablaufenden Treffens und warnt gleichzeitig davor, sich zu viel von diesem Tag zu erwarten.

Auf der Seite befindet sich auch noch der Kurzbericht „Erfurt rechnet mit langen Tagen“⁸⁸, in dem die strengen Sicherheitsvorkehrungen und die Vorbereitungen Erfurts beschrieben werden. Doch zum Schluss dieses Artikels stellt der Autor ein Bild von Erfurt dar, das nicht zu dem Gipfeltreffen passt, denn es wird beschrieben, man sei mehr vorbereitet für die anstehenden Kommunalwahlen, als für das anstehende Gipfeltreffen. Die Auswirkungen auf das dem Leser und der Leserin vermittelte Bild werden durch die folgende sprachliche Analyse dieses Artikels noch deutlicher.

Am Tag nach dem Gipfeltreffen, dem 20.3., findet sich mit fünf Artikeln die größte Quantität im Untersuchungszeitraum. Der Leitartikel „Brandt und Stoph wollen Dialog fortsetzen“⁸⁹, der auf der zweiten Seite weiter geht, titelt somit das wichtigste Ergebnis dieses Gespräches und ist schon eine Art Vorankündigung des späteren Treffens in Kassel. Im Bericht wird der genaue Verlauf des Treffens zwischen den beiden beschrieben und auch wichtige Fragmente aus ihren Erklärungen zitiert. Am Ende des Artikels wird die freudige und fröhliche Begrüßung Willy Brandts durch die anwesenden Zuschauern beschrieben. Diese vermittelt dem Leser und der Leserin das Bild eines freundlichen und erfreuten Publikums, das Willy Brandt wie einen Star bejubelt und begrüßt.

Dieses vermittelte Bild wird auch durch das darunter abgebildete Foto verstärkt. Hierauf sieht man eine Kette von Polizisten, die versucht, die Menschenmenge vom Platz fern zu halten. Durch die Beschreibungen und das Foto werden dem Rezipienten und der Rezipientin allerdings nicht nur das Bild eines erfreuten Publikums, das Willy Brandt bejubelt, sondern auch das Bild einer DDR-Regierung, die versucht, die erfreuten Bewohner von Willy Brandt fernzuhalten, vermittelt.

Hierdurch vermittelt sich dem Leser und der Leserin das Bild, dass Willy Brandt ein sehr beliebter und willkommener Gast bei der Bevölkerung der DDR ist, aber dass

⁸⁸ Vgl. Hans Reiser, Erfurt rechnet mit langen Tagen. In: SZ 19.3.1970, 2.

⁸⁹ Vgl. Hans Reiser, Brandt und Stoph wollen Dialog fortsetzen. In: SZ 19.3.1970, 2.

die Regierung mit aller Macht verhindern will, dass sich das Bild einer dem Bundeskanzler der BRD zujubelnden Menschenmasse in der DDR ergibt.

Dieses dargestellte Bild wird auch durch den Bericht „Der Tag an dem Deutsche jubeln und weinen“⁹⁰, der später noch sprachlich genauer untersucht werden wird, auf der dritten Seite verstärkt.

In dieser Ausgabe finden sich auch zwei Kommentare. Zunächst einmal befasst sich der Kommentar „Erste Station Erfurt“⁹¹ noch einmal mit einer Art Gesamtüberblick über die Ereignisse in Erfurt – mit dem freudigen Empfang Brandts durch die Bevölkerung, mit den wichtigsten Aussagen Stophs und Brandts, wobei in diesem Kommentar Stoph als eine Art Handlanger Ulbrichts dargestellt wird, und zum Schluss mit dem wichtigsten Ergebnis dieses Treffens: Dem Ende der Isolierung der DDR und dem Beschluss eines weiteren Treffens, um die Bemühungen fortzusetzen, denn

„diesmal geht es nicht nur um ein Alibi für das Nichtzustandekommen, sondern um die Normalisierung selbst.“⁹²

Somit vermittelt dieser abschließende Kommentar ein positives Bild des ersten Gipfeltreffens, bei dem Brandt sehr viel geleistet hat.

„Das Streiflicht“⁹³ auf der ersten Seite befasst sich auch mit dem Gipfeltreffen, doch auf andere Art und Weise. Es beschreibt, warum dieses Treffen so lange warten musste – und warum es gut war, dass dieses Treffen nicht schon früher stattgefunden hat. Dieser Kommentar vermittelt, wie die spätere genaue sprachliche Analyse zeigen wird, das Bild eines entfremdeten Volkes, das einen Mann wie Brandt benötigte, um wieder miteinander in eine Beziehung zu treten.

Die letzten Artikel finden sich am 21.3.1970. Der Leitartikel „Brandt über Erfurter Treffen“⁹⁴ berichtet über Brandts Ankunft in Bonn, seine darauffolgende Erklärung über das Treffen in Erfurt und über das anstehende Treffen in Kassel vor der Bundesregierung. Hierbei wird vor allen Dingen hervorgehoben, dass Erfurt nur ein Anfang gewesen sein könne und dass es nötig gewesen wäre, die tiefen Differenzen

⁹⁰ Vgl. Hans Ulrich *Kempski*, Der Tag an dem Deutsche jubeln und weinen. In: SZ 20.3.1970, 3.

⁹¹ Vgl. Hans *Schuster*, Erste Station Erfurt. In: SZ 20.3.1970, 4.

⁹² Hans *Schuster*, Erste Station Erfurt. In: SZ 20.3.1970, 4.

⁹³ Vgl. Das Streiflicht. I: SZ 20.3.1970, 1.

⁹⁴ Vgl. Dr. Brandt über Erfurter treffen. In: SZ 21.3.1970, 1-2.

zu Tage zu bringen, um diese beseitigen zu können. Es findet sich dann auch die Ankündigung, dass der Wortlaut dieser Erklärung sich auf Seite sechs finden lässt.

Auf dieser Seite befindet sich auch die Meldung „Stoph: Die Begegnung war nützlich“⁹⁵, in der die Erklärung Stophs zitiert wird. Das Ende dieser Meldung beschäftigt sich wieder einmal mit den Medien der DDR: Diese hätten am Freitag noch keine Beiträge zu dem Gipfeltreffen, sondern nur die Erklärungen Stophs und Brandts abgedruckt. Einzig die SED-Zeitungen berichteten über Demonstrationen, die das Vertrauen in die DDR und ihre Regierung ausgedrückt hätten und bezogen sich damit auf die „DDR anerkennen“-Rufe einiger Menschen in Erfurt, erwähnten aber dafür die jubelnde Menge nicht. So wird auch hier wieder das Bild der negativ über die BRD berichtenden Medien der DDR, das aber nicht mit der Realität in der Bevölkerung übereinstimmt, vermittelt.

Es gibt auch einen abschließenden Bericht mit dem Titel „Die Realität zu sehen war die Reise wert“⁹⁶, der über die Lehren spricht, die Willy Brandt aus dieser Reise zieht. Er beschreibt, was geschehen ist, was Brandt sehen konnte, und was der Redakteur an Brandt während seiner Rückreise sieht. Brandt bezeichnet dieses Treffen als „ungewöhnlich ertragreiches menschliches Ereignis“, für das er noch Zeit brauche, um es zu verarbeiten. Bei den Beschreibungen der Verabschiedung Brandts und Stophs vermittelt sich dem Leser und der Leserin das Bild zweier Männer, die ausgelaugt sind und viel geleistet haben, die, wenn sie unter vier Augen waren, unverkrampft miteinander sprechen konnten, aber in der Öffentlichkeit in ihre Rollen zurück mussten, oder, in Bezug auf Stoph, in ihre Steifheit.

Auch die treffende Karikatur auf dieser Seite zeigt die beiden Männer bei ihren Gesprächen mit gefesselten Händen und verdeutlicht, wie sehr beide an die Politik ihrer Regierung gebunden sind und wie sehr diese ihnen die Beweglichkeit nimmt.

Dennoch zeigt dieser Bericht dem Leser und der Leserin auf, dass die Realität in der DDR eine andere ist, als zuvor vermittelt und gedacht wurde und dass allein diese Erkenntnis ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sei.

⁹⁵ Vgl. Ki, Stoph: Die Begegnung war nützlich. In: SZ 21.3.1970, 1-2.

⁹⁶ Vgl. Hans Ulrich Kempfski, Die Realität zu sehen war die Reise wert. In: SZ 21.3.1970, 3.

Auch in dieser Ausgabe findet sich noch ein Kommentar mit dem Titel „Zwischen Erfurt und Kassel“⁹⁷. Dieser beschreibt die vorsichtig positive Wertung Brandts über die Gespräche in Erfurt als eine logische Taktik, um keine trügerischen Hoffnungen aufkommen zu lassen und wertet das Zustandekommen des Treffens in Kassel als eine Möglichkeit, aber keinesfalls eine sichere Basis, um Ergebnisse zu erzielen. Es wird aber auch wiederum das Bild einer DDR-Regierung beschrieben, die versucht die Realität zu verleugnen und eine Verbindung zur BRD zu verschleiern, und die dafür sorgte, dass nur „passende“ Leute in der Nähe des Erfurter Hofes waren und dass bei Brandts Kranzniederlegung in Buchenwald die Becherhymne gespielt wurde. Der Kommentar weist darauf hin, dass Erfurt nur eine erste Station gewesen sei, Kassel nur die zweite sein würde und dass es noch ein langer Weg sei, bis aus dem „Gegeneinander über ein Nebeneinander ein Miteinander“ werden könne, sowie dass dieses Treffen die Teilung Deutschlands für eine gewisse Zeit demonstriert habe, und dass dies eine weitaus tiefgreifendere Fortwirkung des Treffens sei, als die jubelnde Menschenmenge am Bahnhof.

Somit vermittelt dieser abschließende Kommentar die andere Seite des Treffens für den Leser und die Leserin: Die Tatsache, dass die BRD und die DDR nicht nur räumlich sondern auch politisch und geistig getrennt sind, dass dieser Zustand nicht von heute auf morgen zu verändern sei und dass es notwendig sei, sich erst einmal dieser Trennung bewusst zu werden, um sie irgendwann überwinden zu können.

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* finden sich im Untersuchungszeitraum 19 Artikel.

Am 18.3.1970, dem Tag vor dem Gipfeltreffen in Erfurt, gibt es zwei Nachrichten/Meldungen über das anstehende Gipfeltreffen. Die sich auf der vierten Seite fortsetzende Nachricht auf Seite eins trägt den Titel „Einigkeit im Kabinett über Brandts Erfurt-Reise“⁹⁸. Hierbei wird thematisch Brandts Präsentation seiner Erklärung für Erfurt vor den Ministern, deren Billigung des DDR-Vertragsentwurfs als Verhandlungsobjekt und der noch nicht bewilligte gemeinsame Besuch Stophs und Brandts in Buchenwald behandelt.

⁹⁷ Vgl. Hans Reiser, Zwischen Erfurt und Kassel. In: SZ 21.3.1970, 4.

⁹⁸ Vgl. D.C., Einigkeit im Kabinett über Brandts Erfurt-Reise. In: FAZ 18.03.1970, 1.

Des Weiteren befindet sich auf der zweiten Seite der Ausgabe der Bericht „Das Erfurter Treffen als Zäsur für die Einheitspolitik“.⁹⁹ In diesem Bericht hebt Cramer die Vorbereitungen in der DDR und die Konsequenzen dieses Treffens vor allen Dingen für die DDR hervor, die sich nach diesem Treffen einer neuen Dimension der Deutschlandpolitik stellen muss. Cramer sieht hierbei die größten Auswirkungen in der Bewusstseinsänderung der Bevölkerung, im Beilegen von Vorurteilen und Entfremdung.

Auch am Tag des Gipfeltreffens selbst finden sich wieder zwei Artikel. Die Nachricht/Meldung „Brandt auf dem Weg nach Erfurt“¹⁰⁰ beschäftigt sich einerseits mit der Reise, der geplanten Ankunftszeit und dem geplanten Programm in Erfurt und auf der anderen Seite mit den in Erfurt zugelassenen Journalisten und dem Versuch von Erklärungen für das Zulassen, Nicht-Zulassen beziehungsweise das fehlende Antworten auf Ansuchen um Zulassungen, die man in der Überforderung der Presseabteilung durch den immensen Arbeitsanfall sieht. Daran angeschlossen findet sich auch die Nachricht, dass der Sonderzug, mit dem Brandt nach Erfurt reist, als exterritorial angesehen wird.

Auf der gleichen Seite findet sich der Bericht „Was man in Erfurt spricht“¹⁰¹, in dem der Autor über seine Gespräche mit den Einwohnern Erfurts berichtet. Der wichtige Konsens dieses Berichtes ist die Tatsache, dass die Jungen, die neue Generation, einen möglichen Wandel sehen und andererseits die Haltung der BRD zur Anerkennung der DDR nicht verstehen, denn sie sehen in dieser keine politischen Schwierigkeiten mehr, da sie gegenüber dem Staat keine grundsätzlichen Bedenken mehr haben. Die Alten hingegen scheuten das Gespräch und äußerten sich nur vorsichtig über das anstehende Treffen.

Am 20.03.1970, dem Tag nach dem Gipfeltreffen, widmet sich der Leitartikel „Erfurt hat noch keine Annäherung gebracht“¹⁰² dem vorherigen Tag und seinen Ergebnissen. In diesem Artikel werden die wichtigsten Teile der Erklärungen Brandts und Stophs, vor allen Dingen seine Forderung der Anerkennung der DDR, zusammengefasst und auf der anderen Seite der Ablauf des Tages in seinen Einzelheiten beschrieben.

⁹⁹ Vgl. Dettmar Cramer, Das Erfurter Treffen als Zäsur für die Einheitspartei. In: FAZ 18.03.1970, 2.

¹⁰⁰ Vgl. D.C, Brandt auf dem Weg nach Erfurt. In: FAZ 19.03.1970, 1/4.

¹⁰¹ Vgl. Karlheinz Renfordt, Was man in Erfurt spricht. In: FAZ 19.02.1970, 2.

¹⁰² Vgl. Dettmar Cramer, Karlheinz Renfordt, Erfurt hat noch keine Annäherung gebracht. In: FAZ 20.03.1970, 1.

Von den beiden in Erfurt weilenden Korrespondenten gibt es auch jeweils noch einen Bericht. „Der Empfang des Bundeskanzlers in Erfurt mit spürbarer Herzlichkeit bei der Bevölkerung“¹⁰³ beschreibt noch einmal in bunten, lebendigen Worten den Ablauf des Treffens und die Rufe, das Jubeln und die Begeisterung der Erfurter Bevölkerung, welche später noch einmal genauer analysiert werden wird.

Der zweite Bericht beschäftigt sich mit der „Skepsis bei der Erfurter Bevölkerung“¹⁰⁴. Auch dieser beginnt mit der Beschreibung der jubelnden Menge, die trotz der Absperrung der Polizei zum Platz strömte und nach Willy Brandt verlangte, doch berichtet er auch über die Skepsis der älteren Bevölkerung über das Treffen, denn ihrer Meinung nach könne ein Dialog zwischen den beiden Staaten nur erfolgreich sein, wenn man sich gegenseitig akzeptiere und dafür sei noch ein langer Weg zu beschreiten. Am Ende dieses Artikels wird dann auch von der anders gestimmten Bevölkerung berichtet, die ab Mittag Willy Brandt durch Rufe zur Anerkennung der DDR aufforderte und zeigt somit beide Seiten der Medaille.

Auch die beiden Kommentare der ersten Seite widmen sich dem stattgefundenen Gipfeltreffen. In „Das Streitgespräch“¹⁰⁵, das später noch sprachlich untersucht wird, hebt der Autor die gegensätzlichen Standpunkte Stophs und Brandts bezüglich der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR hervor, die eine geregelte und für beide Seiten funktionierende Politik in nächster Zeit verhindern würden.

„Erfurt und danach“¹⁰⁶ schildert in einer sehr bildlichen Sprache, wie später noch zu sehen sein wird, die Wahrheit über die Existenz der beiden deutschen Staaten, aus der man versucht hat zu flüchten – Aber nun ist eine Anerkennung der Wahrheit unausweichlich.

Außerdem werden in dieser Ausgabe die Erklärungen Willy Brandts¹⁰⁷ und Willi Stophs¹⁰⁸ im Wortlaut abgedruckt und sind somit für jeden Leser und jede Leserin im Detail nachzulesen.

¹⁰³ Vgl. Dettmar *Cramer*, Der Empfang des Bundeskanzlers in Erfurt mit spürbarer Herzlichkeit bei der Bevölkerung. In: FAZ 20.02.1970, 2.

¹⁰⁴ Vgl. Karlheinz *Renfordt*, Skepsis bei der Erfurter Bevölkerung. In: FAZ 20.03.1970, 2.

¹⁰⁵ Vgl. N.B., Das Streitgespräch. In: FAZ 20.03.1970, 1.

¹⁰⁶ Vgl. Jürgen *Tern*, Erfurt und danach. In: FAZ 20.03.1970, 1.

¹⁰⁷ Vgl. F.A.Z., Brandt: Auch in Deutschland Gräben zuschütten. In: FAZ 20.03.1970, 5-6.

¹⁰⁸ Vgl. AP, Stoph: Normale völkerrechtliche Beziehungen. In: FAZ 20.03.1970, 6-8.

Am 20.03.1970 widmet sich der Leitartikel noch einmal dem vorausgegangenen Gipfeltreffen. „Die Opposition will den Weg zur Selbstbestimmung offen halten“¹⁰⁹ beschäftigt sich mit der Rede Brandts vor der Bundesregierung nach seiner Rückkehr, in der er das Treffen vorsichtig als richtig, notwendig und nützlich betitelte und sich für eine friedliche Koexistenz aussprach, wohingegen die Opposition eine Minderung der Selbstbestimmung fürchtete und somit ankündigte, nur Veränderungen zuzustimmen, die diese nicht gefährden würden.

Die wörtliche Rede Brandts vor dem Bundestag findet sich auch unter „Brandt hält zahlreiche weitere Gespräche für notwendig“¹¹⁰ auf Seite sieben.

Auch über die Meinung Stophs nach dem Treffen finden sich zwei Nachrichten/Meldungen: Einerseits gibt es eine Meldung des UPI über ein von Stoph gegebenes Interview im Fernsehen mit dem Titel „Stoph nennt Erfurter Treffen nützlich“¹¹¹, in dem er das Treffen als eine mögliche Grundlage für eine spätere Zusammenarbeit auf völkerrechtlicher Grundlage, zumindest von Seiten der DDR, bezeichnete. Andererseits gibt es eine Nachricht/Meldung des Korrespondenten in Erfurt über eben dieses Interview und die Berichterstattung in den dortigen Medien, mit dem Titel „Stoph wertet die Aussprache mit Brandt als nützlich“¹¹².

Auch der Kurzkomentar „Kritisches Echo“¹¹³ widmet sich dem Thema des Leitartikels und beschreibt die sich verstärkenden Gegensätze zwischen der Regierung und der Opposition bezüglich der Ostpolitik und vor allen Dingen der möglichen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR.

In dem Bericht „Zaungast in Erfurt“¹¹⁴ können die Leserinnen und Leser die Beobachtungen, Gedanken und Emotionen eines in Erfurt anwesenden Korrespondenten nachlesen, der das vergangene Treffen sehr emotional beschreibt, wie später noch sprachlich genauer analysiert werden wird.

„Was die Deutschen hüben und drüben bewegt“¹¹⁵ ist ein weiterer Bericht, in dem der Korrespondent die Eindrücke, die er von den Menschen der DDR und der BRD

¹⁰⁹ Vgl. R., Die Opposition will den Weg zur Selbstbestimmung offenhalten. In: FAZ 21.03.1975, 1/5.

¹¹⁰ Vgl. F.A.Z., Brandt hält weitere Gespräche für notwendig. In: FAZ 21.03.1970, 7.

¹¹¹ Vgl. UPI, Stoph nennt Erfurter Treffen nützlich. In: FAZ 21.03.1970, 5.

¹¹² Vgl. Karlheinz Renfordt, Stoph wertet die Aussprache mit Brandt als nützlich. In: FAZ 21.03.1970, 1.

¹¹³ Vgl. J.T., kritisches Echo. In: FAZ 21.03.1970, 1.

¹¹⁴ Vgl. Walter Henkels, Zaungast in Erfurt. In: FAZ: 21.03.1970, 2.

¹¹⁵ Vgl. Dettmar Cramer, Was die Deutschen hüben und drüben bewegt. In: FAZ 21.03.1970, 5.

bezüglich des Treffens gewonnen hat, beschreibt: Die jubelnden Menschen am Bahnhof und am Platz bei der Ankunft Brandts, die Menschenmassen am Straßenrand bei der Fahrt nach Buchenwald und das sich somit vermittelnden Gefühl „Wir sind doch alle Deutsche“, das sich auch bei der Rückkehr Brandts in Bebra durch die dort anwesenden Menschenmassen verstärkte.

Ein weiterer Bericht, „In Erfurt danach – Hoffnungen ohne Illusionen“¹¹⁶, beschreibt die Diskussionen der Erfurter Bevölkerung über die Ergebnisse des Gipfeltreffens. Diese sei allgemein zufrieden mit dem Treffen, auch wenn sie es nur für einen ersten Schritt auf einem langen Weg halten. Es wird auch über die Unzufriedenheit der Erfurter über die Berichterstattungen der Medien der DDR berichtet, die die herzliche Begrüßung Brandts in Erfurt verschwiegen hatten. Doch das Endergebnis des Korrespondenten nach vielen Gesprächen ist es, dass die meisten Erfurter das Treffen als positiven ersten Schritt werten, ohne sich dabei Illusionen für die Zukunft zu machen.

Nach diesem Teil der Analyse lässt sich sagen, dass sich beide Zeitungen thematisch nicht sehr voneinander unterscheiden: Beide legen einen Schwerpunkt auf die Beschreibung des Ablaufs in Erfurt, die Reaktionen der Erfurter Bevölkerung, wobei diese jedoch in der *Süddeutschen Zeitung* durch Fotos noch mehr hervorgehoben werden, und die Erklärungen Brandts und Stophs, die in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* im Gegensatz zur *Süddeutschen Zeitung* auch im Wortlaut nachzulesen sind. Die *Süddeutsche Zeitung* beschäftigt sich auch mit den Reaktionen der ausländischen Presse, welche in der Berichterstattung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* keine Rolle spielt, wohingegen die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* dafür mehrere Berichte von Gesprächen mit der Erfurter Bevölkerung abdruckte.

¹¹⁶ Vgl. Karlheinz Renfordt, In Erfurt danach – Hoffnungen ohne Illusionen. In: FAZ 21.03.1970, 6.

4.2.2 Sprachliche und inhaltliche Analyse einiger ausgewählter Artikel

4.2.2.1 *Nachricht „Verhandlungsrahmen abgesteckt“ – anschließende Kurzmeldungen*

Die an diese Nachricht/Meldung anschließenden Kurzmeldungen verschiedener Nachrichtenagenturen über verschiedene Länder, sowie die Umfrage einer Agentur in der Bundesrepublik vermitteln ein weitaus umfangreicheres Bild der Meinungen über das Erfurter Treffen in den europäischen Medien. Durch die Wahl dieser anschließenden kurzen Meldungen über Moskau¹¹⁷ und Prag¹¹⁸ vermittelt sich wieder einmal das Bild der osteuropäischen Medien, die ihren Bürgerinnen und Bürgern zum einen wichtige Informationen verschweigen, sie aber zum anderen auch in Bezug auf ihre Meinung über die Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen versuchen. Hierdurch wird den Bundesbürgern vermittelt, dass die Regierungen und Medien des Ostens ihre Bürgerinnen und Bürger bewusst gegen die Bundesrepublik einzustimmen versuchen.

Die Nachricht über die Umfrage unter den Bundesbürger und Bundesbürgerinnen¹¹⁹ vermittelt den Leserinnen und Lesern zwar zunächst die Information, dass die Hälfte der Bevölkerung negativ in Bezug auf die Ergebnisse des Treffens eingestimmt sei, hebt allerdings in der Folge der Nachricht hervor, welche unterschiedlichen guten Ergebnisse sich die Bevölkerung von diesem Treffen langfristig erhofft und rückt somit diese möglichen positiven Folgen in den Vordergrund der Nachricht.

4.2.2.2 *Bericht „Erfurt rechnet mit langen Tagen“¹²⁰*

Bei diesem Bericht handelt es sich um eine Art versteckten Bericht, da er zunächst den Anschein einer kurzen Meldung/Nachricht macht, in dem über die verschiedenen Vorbereitungen in Erfurt berichtet wird. Doch der sprachlich interessante Teil, der die Meldung sozusagen als Bericht „entlarvt“, ist der letzte Absatz, in welchem der Autor

¹¹⁷ Vgl. Jr, Moskau. In: SZ 18.03.1970, 2.

¹¹⁸ Vgl. UPI, Prag. In: SZ 18.03.1970, 2.

¹¹⁹ Vgl. Dpa, Bundesbürger geteilter Meinung über Chancen des Erfurter Treffens. In: SZ, 18.03.1970, 2.

¹²⁰ Vgl. Hans Reiser, Erfurt rechnet mit langen Tagen. In: SZ 19.03.1970, 2.

Erfurt „vorwirft“, mehr im Zeichen der anstehenden Kommunalwahlen als in dem des Gipfeltreffens zu stehen.

„Starke Regenschauer prasselten immer wieder auf DDR-Flaggen und rote Fahnen, die in großer Zahl an den öffentlichen Gebäuden gezeigt wurden, auf riesige Leninporträts und auf Transparente, in denen die DDR als Friedensstaat gefeiert und die Wahl der Kandidaten der Nationalen Front am Sonntag propagiert wird.“

Die Begründung seiner Einschätzung und Wertung erfolgt also durch eine Beschreibung der öffentlichen Gebäude: Hierbei wurden die Symbole der DDR-Flaggen, der roten Fahnen und der Leninporträts gewählt - somit allesamt Symbole für den Kommunismus und für die DDR. Die Flaggen und Fahnen an sich stehen nicht nur als Symbol für den Staat, sondern auch für die Eigenständigkeit des Staates, für seine Souveränität und Eigenverantwortlichkeit, womit der Autor den Bundesbürgerinnen und -bürgern vermittelt, dass die DDR sich als eigener Staat sieht und dies gegenüber der BRD auch demonstrieren will, wobei man es auch gleichfalls als offensichtlichen Affront gegen das anstehende Gipfeltreffen werten könnte.

4.2.2.3 Kommentar „Das Streiflicht“¹²¹

Dieses Streiflicht am Tag des Gipfeltreffens kommentiert, warum es so wichtig war, dass der seit 1966 mögliche Redneraustausch so lange gedauert hat, warum er unter solchen Schwierigkeiten steht und, dass ein Mann wie Brandt dafür nötig war.

Ein wichtiger sprachlicher Aspekt ist hierbei das Wortfeld „Gebirge“:

„[...] welch beschwerlicher Weg bis zu diesem Augenblick, dem sogenannten ‚deutschen Gipfel‘. [...] denn in Wahrheit trennt nicht einfach ein Graben die beiden deutschen Staaten, sondern ein Gebirge von Emotionen.“¹²²

Dieses Wortfeld vermittelt symbolisch auf der einen Seite die Größe, die Kraft und die Stärke, die von diesem Treffen ausgehen, aber auf der anderen Seite vermittelt es gleichzeitig auch die Wuchtigkeit und die Größe der Distanz zwischen den beiden

¹²¹ Vgl. Das Streiflicht. In: SZ 20.03.1970, 1.

¹²² Das Streiflicht. In: SZ 20.03.1970, 1.

deutschen Staaten. Mit diesem Treffen – dem Gipfeltreffen – wurde der Gipfel eines großen Berges erklommen, doch oben angekommen erkennt man, dass es kein Graben, den man einfach zuschütten könnte, war, der einen von diesem Gipfel getrennt hat, sondern ein ganzes Gebirge voller Höhen und Tiefen, das den Weg zum Gipfel beschwert hat, diesen Gipfel jetzt umgibt und bewältigt werden muss.

Ein weiteres Wortfeld, das der „Historik“, findet sich in folgendem Satz:

„Auch politisches Prestige drängelt sich an den Verhandlungstisch, der unbekömmlicherweise mit dem Wort historisch reich dekoriert ist, und in den Schlüssellöchern des Erfurter Hofs lauerten die professionellen Zeitbetrachter endlich herauszufinden, welcher Willy(i) am längeren Hebel sitzt [...]“¹²³

Die Wörter ‚historisch‘ und ‚Zeitbetrachter‘ betonen den wichtigen historischen Wert, den dieses Treffen hat und zur gleichen Zeit weist es auf die Gefahren hin, die das Treffen durch genau diese Bezeichnung bekommen hat. Von vorneherein das Treffen als ‚historisch‘ zu deklarieren, zu ‚dekoriern‘, bekam keinem wirklich gut und führte zu einem Kräfteressen zwischen den beiden Willy(i)s, die symbolisch für die beiden deutschen Staaten stehen, die sich wie ihr Vorname doch so ähnlich sind, einen gleichen Stamm haben, und sich doch so stark voneinander unterscheiden.

Des Weiteren misst dieser Kommentar Brandt eine große Rolle zu: „Nur ein Sozialdemokrat“, ein „Antifaschist“, eben „ein Mann wie Brandt ist nötig gewesen“, um diesen Weg zu beschreiten und ihn zu Ende gehen zu können.

4.2.2.4 Bericht „Der Tag an dem Deutsche jubeln und weinen“¹²⁴

Dieser Bericht gliedert sich inhaltlich in drei Punkte. Im ersten Punkt geht es um das erste Zusammentreffen Brandts und Stophs, die Begrüßung, die ersten Worte und den ersten Händedruck. Im zweiten Teil geht es um die Reise Brandts nach Erfurt, bei der er immer wieder an jubelnden Menschen der Bundesrepublik vorbeikommt und im letzten Teil geht es dann um die jubelnde Menge vor dem Erfurter Hof, die forderte Brandt zu sehen.

¹²³ Das Streiflicht. In: SZ 20.03.1970, 1.

¹²⁴ Vgl. Hans Ulrich Kempfski, Der Tag an dem Deutsche jubeln und weinen. In: SZ 20.03.1970, 3.

Sprachlich ist der Bericht sehr ausführlich. Der Leser und die Leserin bekommen die Beobachtungen des Redakteurs bis ins Detail beschrieben, der sich hierfür vieler emotionaler Adjektive bedient.

Am interessantesten erscheint der Vergleich zwischen den beiden Männern, bei dem vor allen Dingen die Farben und der Körper eine große Rolle spielen:

„Stoph trägt einen mausgrauen Mantel mit seidenem Schal, dunkelblau, weinrot gemustert. Seine Gesichtshaut ist fahl, er sieht überanstrengt aus. Trotzdem umgibt ihn eine Aura perfekter Unauffälligkeit. Er geht's, stets höflich einen knappen Abstand haltend, neben dem Bundeskanzler her, der gebräunt in einem dunkelblauen Mantel mit weit ausholenden Schritten [...]“¹²⁵

Stoph selbst umgibt nicht nur die Farbe grau, sondern mit ihr das Wortfeld „unauffällig“ durch die Wortwahl „mausgrau“ oder „fahl“, durch die er auf den Leser und die Leserin nicht nur unauffällig, sondern fast krank wirkt neben dem gebräunten Bundeskanzler der Bundesrepublik, der schnellen und starken Schrittes vor Stoph geht. Ein Vergleich, der nicht nur auf die beiden Männer, sondern metaphorisch auch auf die beiden Staaten zutrifft, der eine grau, fahl mit dem Rot der UdSSR gemustert, ein wenig kränklich, neben dem in der Sonne lebenden und starken Staat der Bundesrepublik.

Ein weiterer wichtiger Punkt dieses Berichtes sind die gewählten Fotos: In der Mitte steht das Foto Brandts, Stophs und der Delegationen am Verhandlungstisch, aber unten, nebeneinander, steht die johlende und jubelnde Menge vor dem Erfurter Hof, die die Absperrung durchbrach und daneben befindet sich ein Foto der geordneten Ehrengarde, die diese Menge eigentlich hätte fernhalten sollen. Auch diese beiden Fotos stehen im Gegensatz zueinander - die Ehrengarde geordnet, zielstrebig und stark, die die Leute im Dienste des Staates fernhalten will, die aber dann doch durch die Emotionen und Kraft der Bevölkerung „überrannt“ wird, die näher zu Willy Brandt, näher zur Bundesrepublik will.

Dieser Bericht ist somit für die Leserinnen und Leser sowohl schriftlich, als auch bildlich ein Ausdruck der Unterschiedlichkeit der beiden Staaten und gleichzeitig ein

¹²⁵ Hans Ulrich Kempfski, Der Tag an dem Deutsche jubeln und weinen. In: SZ 20.03.1970, 3.

Ausdruck der Emotionen und der Kraft der Bevölkerung, die diese beiden Staaten noch immer auf beiden Seiten miteinander verbindet.

4.2.2.5 *Kurzkomentar „Das Streitgespräch“¹²⁶*

Dieser Kurzkomentar beinhaltet das Gespräch in Erfurt, betitelt als „Das Streitgespräch“ oder „Disputa“, da es sich hierbei nicht um einen Dialog, sondern um eine monologische Art des Streitgesprächs gehandelt hat, das jedoch „vom Atem des Geschichtlichen umweht“ war. Dieses Wortfeld der „Luft“ mit den Worten „Atem“ und „umweht“ vermittelt dem Leser und der Leserin das Bild von etwas, das dieses Treffen umgeben hat, unsichtbar, aber doch für jeden notwendig zum Überleben.

Ein weiteres Wort, das in diesem Artikel zum Überleben gehört, ist der „Blutkreislauf“ zwischen den beiden deutschen Staaten - das Konzept Brandts für die Zusammenarbeit der beiden. Es ist ein Konzept voller Bewegung und ein geschlossenes System, das jedem etwas nütze und das jeden überleben ließe, im Vergleich zu Stophs Konzept der puren Anerkennung, das die beiden deutschen Staaten nicht wie einen Kreislauf miteinander verbinden würde, sondern einen „Graben“ schaffen würde, der nicht mehr zuzuschütten wäre.

Dieser kurze Kommentar zeigt bildlich die unterschiedlichen Haltungen der beiden Staaten auf und die Entscheidung für einen weiteren Weg, der zwischen Verbindung und Trennung der beiden deutschen Staaten entscheiden könnte.

4.2.2.6 *Kommentar „Erfurt und danach“¹²⁷*

In diesem Kommentar wird inhaltlich zunächst einmal der Vergleich mit der Zerreißung des Deutschen Reiches 1947 gezogen und gezeigt, was sich in den vergangenen 23 Jahren verändert hat:

„Aus dem völlig diffusen staatlich-politischen Aggregatzustand, in den die Dummheit und die Dreistigkeit der Nationalsozialisten Deutschland verwandelt hatten, sind in

¹²⁶ Vgl. N.B., Das Streitgespräch. In: FAZ 20.03.1970,1.

¹²⁷ Vgl. Jürgen Tern, Erfurt und danach. In: FAZ 20.03.1970, 1.

den dreiundzwanzig Jahren zwei gefestigte, mit Selbstbewußtsein ausgestatte normale Staaten hervorgegangen, die sich von Jahr zu Jahr in ihrer gesellschaftlich-staatlichen Substanz verdichtet haben und deren Provisoriums-natur sich immer noch mehr verflüchtigen wird.“

Dieser sowohl inhaltlich als auch sprachlich interessante Absatz bedient sich dem Wortfeld der „Physik“ mit den Worten „Aggregatzustand“, „Substanz“, „verdichten“ und „verflüchtigen“. Die Wahl dieses Wortfeldes vermittelt dem Leser und der Leserin nicht nur, dass beide deutsche Staaten ihren eigenen Charakter und ihre eigene Natur haben, sondern im Prinzip auch, dass dies der wissenschaftlichen Natur entspricht. Deutschland war in einem „diffusen“ Aggregatzustand, aus dem es sich wieder in einen festen Zustand zweier politischer Staaten entwickelt hat, deren Substanz sich so sehr verdichtet, das heißt so sehr festigt, dass diese Natur bald nicht mehr als provisorisch, sondern als Tatsache anzusehen sein wird.

Denn diese Tatsache nicht anzuerkennen, sei laut Artikel eine „fatale Flucht aus der Wirklichkeit“ und unterstützt damit Brandts Aussage, dass eine Anerkennung der DDR nur noch eine Anerkennung politischer Tatsachen sei.

Und hierfür sieht der Autor in „Erfurt die Überwindung der Furcht“ vor dieser Anerkennung, denn Erfurt hat die Gegensätze zwischen den beiden Staaten nicht nur verdeutlicht, sondern vor allen Dingen auch verdeutlicht, dass das Dasein zweier deutscher Staaten eine Realität sei, aus der man nicht weiter flüchten dürfe.

4.2.3 Ergebnis der Analysen

- Die quantitativ hohe Berichterstattung zeigt, dass diesem Gipfeltreffen schon zu damaliger Zeit ein großer Wert zugesprochen wurde.
- Die Berichterstattung über den genauen Ablauf der Treffen ist sehr detailliert, so dass dem Leser und der Leserin ein genaues Bild des Treffens vermittelt wird.
- Auch die Erklärungen Brandts und Stophs sind zusammengefasst und wörtlich abgedruckt in beiden Zeitungen für die Leserinnen und Leser zu finden.
- Es ist eine sehr emotionale Berichterstattung bezüglich der Reaktionen der Menschen in der Bundesrepublik und vor allen Dingen auch in Erfurt. Es wird

das Bild einer Brandt und der BRD sehr zugetanen Erfurter Bevölkerung vermittelt.

- Die Figur Brandts wird in beiden Zeitungen als sympathisch, beliebt und vor allen Dingen wichtig dargestellt.
- Vor allem die FAZ vermittelt ein genaueres Bild der Meinung der Erfurter Bevölkerung zu dem Treffen und zeigt somit ein Bild von Nachbarn, die dieses Treffen ebenfalls als wichtig, aber ohne Illusionen ansehen.
- In der SZ wird durch die Darstellung über die Berichterstattung der östlichen Medien wieder ein negatives Bild dieser gezeichnet.
- Beide Zeitungen vermitteln das Bild eines wichtigen historischen Treffens, das jedoch nur ein Anfang sein kann und zu keinen Illusionen führen sollte.
- Beide Zeitungen vermitteln den Leserinnen und Lesern, dass die Anerkennung der DDR „nur“ noch eine Anerkennung der Tatsachen darstelle, vor der man nicht weiter fliehen solle.

4.3 Analyse des Treffen in Kassel zwischen Willy Brandt und Willi Stoph 20.-23.5.1970

4.3.1 Quantitative und kommunikative Analyse

In der *Süddeutschen Zeitung* finden sich im Untersuchungszeitraum zwölf Artikel.

Am 20.05.1970, dem Tag vor dem Gipfeltreffen in Kassel, lassen sich drei verschiedene Artikel finden. Zunächst die Nachricht der ersten Seite, die sich auf der zweiten fortsetzt, „Brandts Programm für Kassel“¹²⁸: Hier werden inhaltlich die wichtigsten Verhandlungspunkte Brandts dargestellt. Auf der zweiten Seite dreht es sich auch um die zu erwartenden Auswirkungen auf folgende Diskussionen und Klärungen in der Innenpolitik.

Des Weiteren lässt sich auch ein Bericht finden: „Im Hochzeitszimmer unter vier Augen“¹²⁹. In diesem wird von der Fertigstellung des Umbaus des Hotels, der früheren Verbindung zwischen Erfurt und Kassel, aber auch von dem, was Willi Stoph bei seiner Ankunft erblicken wird, ebenso wie über die entspannte Haltung der

¹²⁸ Vgl. Brandts Programm für Kassel. In: SZ 20.05.1970, 1.

¹²⁹ Vgl. Olaf Ihlau, Im Hochzeitszimmer unter vier Augen. In: SZ 20.05.1970, 3.

Kasseler Bevölkerung berichtet. Dieser inhaltlich interessante Bericht, vor allen Dingen in Bezug auf die Beziehung zwischen Kassel und Erfurt, soll später sprachwissenschaftlich noch genauer untersucht werden.

In dieser Ausgabe erscheint auch noch der Kommentar „Kasseler Probe aufs Exempel“¹³⁰. In diesem Kommentar geht es darum, ob Kassel eine Weiterentwicklung, eine Stagnation oder das Scheitern der begonnenen Gespräche bedeuten wird – jede dieser drei Möglichkeiten erscheint dem Autor denkbar. Mit einem kurzen Rückblick auf Erfurt wird klar gemacht, dass in Kassel nicht so viele Polizisten präsent sein werden, auch nicht solche Demonstrationen wie in Erfurt zu erwarten sein werden und dass sie ohne parlamentarische Begleitung stattfinden wird. Der Autor stellt mit diesem Kommentar klar, dass ein Fortschritt nur durch das Bemühen beider Seiten möglich sein wird.

Am Tag des Treffens selbst finden sich nur zwei Artikel. Zum einen gibt es den Leitartikel „Brandt mit gedämpfter Hoffnung nach Kassel“¹³¹, in dem es um die letzte Besprechung der Bundesregierung und die Erwartungen dieser für Kassel geht. Wie der Titel schon aufzeigt, sind hierbei sowohl die Erwartungen Brandts, als auch die der Bundesregierung gedämpft. Sie erwarten keine großen Fortschritte und müssen die Haltung der Gegenseite abwarten. Am Ende dieses Artikels findet sich noch eine Kurznachricht aus Berlin¹³², in der es um die Kampagne der SED gegen die Bundesregierung geht, in der sie jener vorwirft, sowohl im Falle der DDR, als auch im Falle Kambodschas gegen die Anerkennung und somit gegen die Menschlichkeit zu sein. Außerdem geht es um die Vorwürfe der ADN, dass Kassel Demonstrationen für die Anerkennung der DDR nicht zulassen würde. Die daran anschließende Nachricht aus Kassel¹³³ dementiert diesen Vorwurf und weist darauf hin, dass alle dem Rechtsstaat entsprechenden und angemeldeten Demonstrationen unter gewissen Auflagen zugelassen wurden.

Auch „Das Streiflicht“¹³⁴ beschäftigt sich mit dem Gipfeltreffen in Kassel. In diesem Kommentar werden die vielen Renovierungen Kassels und die Organisation und Spannung, die in keinem Verhältnis zu den zu erwartenden Ergebnissen stehen, in

¹³⁰ Vgl. Hans Reiser, Kasseler Probe aufs Exempel. In: SZ 20.05.1970, 4.

¹³¹ Vgl. dr, Brandt mit gedämpfter Hoffnung nach Kassel. In: SZ 21.05.1970, 1-2.

¹³² Vgl. Ki, Berlin. In: SZ 21.05.1970.

¹³³ Vgl. Dpa, Kassel. In: SZ 21.05.1970, 2.

¹³⁴ Vgl. Das Streiflicht. In: SZ 21.05.1970, 1.

den Vordergrund gerückt und aufgezeigt. Dieser, wie sich in einem späteren Punkt noch zeigen wird, sprachlich perfekt dargestellte Kommentar weist somit den Leser und die Leserin auf die Gefahren hin, die sich aus diesem übertriebenen Herausputzen der Stadt ergeben können – eine komplette Enttäuschung.

Am Tag nach dem Gipfeltreffen, dem 22.05.1970, finden sich vier Artikel in der Ausgabe. Der Leitartikel „Stoph tritt in Kassel hart auf“¹³⁵ beschreibt hierbei wichtige Einzelheiten des vorangegangenen Treffens, wie Stophs eingeschobene Erklärung zu Beginn des Treffens, in der er sich darüber beschwerte, dass die Bundesregierung nicht gegen offene Drohungen gegen die DDR und ihre Delegation vorgegangen sei. Danach werden der geplante Verlauf des Tages, die Erklärungsabgabe Stophs und Brandts, das Vier-Augen-Gespräch und die spätere Mittagspause beschrieben. Hierauf folgt die Reaktion der DDR auf die von der Polizei empfohlene Absage der Kranzniederlegung vor dem Mahnmal für Opfer des Faschismus, die der Delegation der DDR in der BRD somit nicht das gleiche Recht einräumte, wie die DDR der Delegation der BRD in Erfurt.

Mit der Unterüberschrift „Brandts 20 Punkte Programm“¹³⁶ finden sich am Ende des Leitartikels die wichtigsten Punkte aus Brandts Erklärung so wie auch wichtige Teile aus Stophs Erklärung aufgelistet.

Auch findet sich eine Nachricht mit dem Titel „Störaktionen von links und rechts“¹³⁷, in der die Zeitung auch von den verschiedenen Demonstrationen in Kassel, sowohl von linker, als auch von rechter Seite, also sowohl gegen Brandt, als auch gegen Stoph, berichtet. Diese arteten dann am Nachmittag so aus, dass die geplante Kranzniederlegung Stophs von der Polizei abgesagt werden musste. Dieser Artikel wird auch, wie zuvor bei dem Gipfeltreffen in Erfurt, durch ein Foto der Demonstranten vor der Polizeisperre untermalt und verdeutlicht somit die Masse der Demonstranten und die aufgeladene Stimmung.

Auch in dieser Ausgabe widmet sich „Das Streiflicht“¹³⁸ dem Kasseler Gipfeltreffen, und zwar genauer mit der Aufmerksamkeit, die dieses Treffen aus der Welt auf sich zog und in dem jeder genau das finden konnte, was er suchte, was sowohl inhaltlich,

¹³⁵ Vgl. Hans Reiser, Stoph tritt in Kassel hart auf. In: SZ 22.05.1970, 1.

¹³⁶ Vgl. Hans Reiser, Stoph tritt in Kassel hart auf. In: SZ 22.05.1970, 1-2.

¹³⁷ Vgl. Olaf Ihlau, Störaktionen von links und rechts. In: SZ 22.05.1970, 1-2.

¹³⁸ Vgl. Das Streiflicht. In: SZ 22.05.1970, 1.

als auch sprachlich, wie später noch genauer dargestellt werden soll, perfekt beschrieben wird.

Auch ein Bericht, „Trüber Ausblick von Wilhelmshöhe“¹³⁹, lässt sich in dieser Ausgabe finden. In diesem Bericht stellt der Autor die Bemühungen Brandts und die abwertende und uneinsichtige Reaktion Stophs dar und rückt durch seinen Schreibstil die beiden Männer, wie sich in der späteren genaueren Analyse zeigen wird, in ein bestimmtes Licht: Brandt in das des realistischen und bemühten Politikers und Stoph in das des sturen Kindskopfes.

Am letzten Tag des Untersuchungszeitraum, dem 23.05.1970, finden sich nochmals fünf Artikel.

Der Leitartikel „Brandt sieht seine Politik nicht widerlegt“¹⁴⁰ stellt wichtige Punkte, die sich aus Brandts Erklärung und seiner Beantwortung von Fragen ergeben, vor, wobei hier der weitere Versuch Spannungen abzubauen und der noch nicht festgelegte Termin für weitere Gespräche im Vordergrund stehen.

Die daran angeschlossene Kurznachricht „Stoph bleibt beim Alles oder nichts sagt Barzel“¹⁴¹ rückt eben die Aussage des Titels, aber auch Barzels Vorwurf an die Bundesregierung, dass deren sture Haltung gegenüber den Vorschlägen der Opposition auch mit für die Stagnation der Gespräche in Kassel verantwortlich sei, in den Vordergrund.

Die Nachricht „Stoph lässt neuen Gesprächstermin offen“¹⁴² widmet sich kurz der Einschätzung Brandts über das Kasseler Treffen und widmet sich dann aber zum Großteil der Berichterstattung der SED über dieses Treffen, in der die Ausschreitungen in Kassel dazu herangezogen werden, die „braune Anatomie des Systems“ zu beweisen. Hierbei wird gefragt, was für ein furchtbarer Staat dies sein müsse und dass die ganze Welt mit Abscheu nach Kassel blicke. Somit wird dem Leser und der Leserin wieder vermittelt, welches schlechte Bild die Organe der SED in der DDR über die Bundesrepublik verbreiten.

¹³⁹ Vgl. Hans Schuster, Trüber Ausblick von Wilhelmshöhe. In: SZ 22.05.1970, 4.

¹⁴⁰ Vgl. re, Brandt sieht seine Politik nicht widerlegt. In: SZ 23.05.1970, 1-2.

¹⁴¹ Vgl. dr, Stoph bleibt beim alles oder nichts sagt Barzel. In: SZ 23.05.1970, 2.

¹⁴² Vgl. ki, Stoph lässt neuen Gesprächstermin offen. In: SZ 23.05.1970, 2.

Besonders auffallend ist der Bericht „Der Tag an dem es nicht zum Fiasko kam“¹⁴³. Dieser widmet sich zum einen besonders den verschiedensten Demonstrationen in Kassel und dem Umgang mit diesen durch Brandt und die Polizei, die hervorhob, dass sie weder das Demonstrationsrecht beschneiden, noch Demonstranten blutig niederschlagen wollte und somit lieber Tumulte und Umwege in Kauf nahm. Des Weiteren widmet sich dieser Bericht dem Verhältnis zwischen Brandt und Stoph, das trotz verschiedener Standpunkte menschlich ein sehr gutes ist und dem Verhältnis der BRD und der DDR zum Gegensatz steht, denn wie auch Brandt erklärte, sei die BRD bereit, der DDR bezüglich der Anerkennung entgegenzugehen, aber diese könne dabei nicht auf ihre „alles oder nichts Politik“ verharren. Dieses gezeichnete Bild wird zum einen durch die Fotografie, die Brandt und Stoph entspannt beim Vier-Augen Gespräch zeigt und zum anderen durch die Fotografie, die die Demonstranten mit ihren Plakaten zeigt, unterstützt.

Aber vor allen Dingen unterstützt auch die Karikatur „Gesamtdeutsche Baustelle“¹⁴⁴ am Ende der Seite die unterschiedlichen Haltungen der beiden Staaten. Zu sehen sind hierbei zwei Zeichnungen. Zunächst wird sozusagen die Baustelle vor Beginn der Arbeiten gezeigt – auf der einen Seite des Grabens die kleine Grenzhütte „West“, auf der anderen Seite der Grenzurm „Ost“, an der Spitze umzogen mit Stacheldraht. Nach den Bauarbeiten findet sich auf der Seite des Westens nur noch das Band, das zu zerschneiden Willy Brandt bereit steht, während der Osten einen Sockel errichtet hat, auf dem die Skulptur eines Soldaten mit auf den Westen gerichteter Waffe zu sehen ist. Diese Karikatur hebt hervor, wie groß die Bemühungen von Seiten der BRD und Brandts sind und wie sehr sich die DDR gegen diese sträubt und vor allen Dingen, wie feindlich die DDR der BRD gegenüber immer noch eingestellt ist.

Zuletzt findet sich noch der Kommentar „Nach dem zweiten Schlagabtausch“¹⁴⁵, der sich der Bedeutung und der Bewertung dieses Gipfeltreffens widmet. Es wird hervorgehoben, dass vor allen Dingen die DDR, die einfach nur den vorgegebenen Weg der Sowjetunion „Hartnäckigkeit bis zum Schluss, aber Vermeidung eines endgültigen Bruchs“ gefolgt war, diesen Tag als Sieg der Hartnäckigkeit ansehen könne, an dem sie, unterstützt durch die Demonstrationen in Kassel, der Welt zeigen konnte, dass von ihr Bemühungen zu Verhandlungen mit der BRD ausgehen, diese

¹⁴³ Vgl. Hans Ulrich *Kempski*, Der Tag an dem es nicht zum Fiasko kam. In: SZ 23.05.1970, 3.

¹⁴⁴ Vgl. E.M. *Lang*, Gesamtdeutsche Baustelle. In: SZ 23.05.1970, 3.

¹⁴⁵ Vgl. Hermann *Proebst*, Nach dem zweiten Schlagabtausch. In: SZ 23.05.1970, 4.

aber von jener nicht anerkannt werden wollen. Der Autor hofft, dass die Weltbevölkerung in der Lage sei zu erkennen, wer bei diesem Treffen sehr wohl ehrlich bemüht war und sorgt sich am meisten um die Probleme, für die es die Hilfe der Vier Mächte bedarf, vor allen Dingen um die Zugangsregelung für Berlin.

Insgesamt gesehen vermittelt die *Süddeutsche Zeitung* im Untersuchungszeitraum also ein sehr durchwachsenes Bild des Gipfeltreffens in Kassel. Sie stellen die Sturheit der DDR und die Versuche der BRD in Gegensatz zueinander, informieren die Leserinnen und Leser aber auch über die verschiedenen Demonstrationen in Kassel, sowohl für, als auch gegen Brandt und berichten wieder einmal über die feindliche Berichterstattung Seitens des SED.

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* finden sich im Untersuchungsraum neunzehn Artikel.

Am Tag vor dem Treffen in Kassel findet sich nur der Leitartikel „Brandts zwanzig Vertragspunkte für Stoph“¹⁴⁶. Hierin wird sachlich über die letzte Zusammenkunft der Regierung vor dem Treffen, über die Delegation, die nach Kassel fährt und die wichtigsten Vertragspunkte Brandts berichtet.

Am Tag des Treffens selbst finden sich dann jedoch fünf verschiedene Artikel. Der Leitartikel ist überschrieben mit „Heute in Wilhelmshöhe – Es wird hart hergehen“¹⁴⁷ und berichtet zunächst über den Ablauf des Tages. Danach widmet er sich der zu erwartenden harten Linie der Politik Stophs und noch einmal den Vertragspunkten Brandts.

Auch der Kurzkomentar der ersten Seite „Platzen in Kassel“¹⁴⁸ widmet sich dem anstehenden Treffen und vor allen Dingen den Bedenken davor, denn man erwartet von Seiten der DDR eine verhärtete Haltung und zeigt die Möglichkeit eines Abbruchs der Gespräche durch Stoph auf - eine Möglichkeit, die der Autor allerdings für unwahrscheinlich hält. Doch zeigt er auf, dass die Möglichkeit des erfolgreichen Findens eines Weges für Verhandlungen in Kassel ganz dicht neben dem Scheitern liegt.

¹⁴⁶ Vgl. D.C., Brandts zwanzig Vertragspunkte für Stoph. In: FAZ 20.05.1970, 1.

¹⁴⁷ Vgl. D.C., Heute in Wilhelmshöhe – Es wird hart hergehen. In: FAZ 21.05.1970, 1/4.

¹⁴⁸ Vgl. Jürgen Tern, Platzen in Kassel? In: FAZ 21.05.1970, 1.

Die Nachricht „Schüßler zeigt sich zufrieden mit der Vorbereitung des Treffens“¹⁴⁹ informiert die Leserinnen und Leser über die Informationen der Medien in der DDR und stellt hierbei die positiven Erklärungen des stellvertretenden Leiters des DDR-Ministerbüros, Schüßler, der sich über die Vorbereitungen in Kassel sehr zufrieden zeigte, der Berichterstattung der ADN gegenüber, die von genehmigten Hetzkampagnen gegen die DDR in Kassel berichtet. Sie endet mit den zu erwartenden Forderungen Stophs nach völkerrechtlicher Anerkennung in Kassel.

Darunter findet sich auch noch eine Kurznachricht mit dem Titel „Ostblock-Beobachter urteilen skeptisch“¹⁵⁰, die sich mit der Einschätzung der Journalisten der Staaten des Warschauer Paktes beschäftigt, die zum einen aufzeigen, dass die DDR an angebotenen Teillösungen nicht interessiert sein würde und zum anderen auf die Abhängigkeit der Gespräche der BRD mit Moskau, Warschau und Ost-Berlin hinweist und die Erfolgchancen des Treffens in Kassel gering einschätzt.

Ein letzter Bericht mit dem Titel „Alle Signale auf Halt“¹⁵¹ ist in dieser Ausgabe zu finden und soll auch später sprachlich noch genauer untersucht werden. Hier wird über den Ablauf bei der Ankunft Stophs berichtet, den Weg, den dieser dann mit Brandt im Auto zurücklegen wird und welche Punkte der restliche Tagesplan enthält. Diesem sprachlich interessanten Bericht sind einige Kurznachrichten, die weitere kurze Details über das Treffen bekannt geben, wie den anwesenden Staatssicherheitsdienst oder den Besuch am Mahnmal, hinzugefügt.

Am Tag nach dem Gipfeltreffen finden sich dreizehn Artikel und die wortwörtlichen Erklärungen Brandts¹⁵² und Stophs¹⁵³.

Auf der ersten Seite finden sich gleich zwei Nachrichten, die sich auf der dritten Seite fortsetzen. Der Artikel „Das Ergebnis von Kassel: Kaum Hoffnung“¹⁵⁴ widmet sich der scharfen Haltung Stophs und seiner erneuten Forderung nach Anerkennung, bei der er sich auf keinen der zwanzig Verhandlungspunkte Brandts einließ. Danach wird ein Überblick über die Ereignisse des Gipfeltreffens gegeben und über die

¹⁴⁹ Vgl. Peter *Hort*, Schüßler zeigt sich zufrieden mit der Vorbereitung des Treffens. In: FAZ 21.05.1970, 4.

¹⁵⁰ Vgl. Ralf Georg *Reuth*, Ostblock-Beobachter urteilen skeptisch. In: FAZ 21.05.1970, 4.

¹⁵¹ Vgl. thi, Alle Signale auf Halt. In: FAZ 21.05.1970, 4.

¹⁵² Vgl. F.A.Z., Brandt: trotz Meinungsverschiedenheiten Fortschritte möglich. In: FAZ 22.05.1970, 8.

¹⁵³ Vgl. F.A.Z., Als Stoph den Bundeskanzler unterbrach. In : FAZ 22.05.1970, 7.

¹⁵⁴ Vgl. D.C., Das Ergebnis von Kassel: Kaum Hoffnung. In: FAZ 22.05.1970, 1/3.

Demonstrationen am Rande, aber vor allen Dingen über wichtige, zum Teil zitierte Punkte aus den Erklärungen Stophs und Brandts, berichtet.

Der zweite Artikel trägt den Titel „Geringere Erwartungen als beim Erfurter Treffen“¹⁵⁵. Er berichtet über die Stimmung in Kassel beim Treffen, genauer über die Nicht-Teilnahme der Kasseler Bevölkerung und die Anwesenheit linker und rechter Extremistengruppen, die laut Artikel der Propaganda der SED zuzuschreiben sei, die die Hoffnung der Menschen auf Fortschritte gedämpft hatte und die Radikalen auf die Straße brachte. Am Ende des Berichtes bemerkt der Autor noch, dass die starre Haltung der DDR Verhandlungen nicht zugelassen habe und die BRD nur geduldig und beharrlich abwarten könne.

Auf der dritten Seite, die komplett dem Gipfeltreffen gewidmet ist, finden sich neben der Fortsetzung der Artikel der ersten Seite noch drei kleinere Nachrichten – „Die Demonstrationen am Mahnmal“¹⁵⁶, „Erster Auftritt in Bebra“¹⁵⁷ und „Kasseler Polizei für Flaggen zuständig“¹⁵⁸ – die sich auf verschiedene Arten und Weisen mit den Demonstrationen in Kassel beschäftigen und die Demonstranten, ihre Schilder und Rufe am Mahnmal und die darauf folgende Absage des Besuches Stophs dort, die Demonstranten der DKP in Bebra, sowie den Vorfall der heruntergerissenen und zerfetzten DDR-Flagge durch einen Demonstranten in Kassel beschreiben und somit dem Leser und der Leserin ein deutliches Bild der Demonstrationen vermitteln.

Auch die beiden Kurzkommentare der ersten Seite sind dem Gipfeltreffen gewidmet.

Der Kurzkomentar „Schwergewichte“¹⁵⁹ zeigt auf, dass die Einschätzung des Geschehenen erst wie in Erfurt nach einigen Tagen möglich sein werde, aber dass die beiden Erklärungen in Kassel dem Vier-Augen-Gespräch im Kräfteressen nachstehen. Wie später noch gezeigt wird, stellt der Autor sprachlich sehr bildlich dar, welcher der beiden Männer, Stoph oder Brandt, der Elastischere war und welche harte Linie die DDR fuhr.

¹⁵⁵ Vgl. Ralf Georg *Reuth*, Geringere Erwartungen als beim Erfurter Treffen. In: FAZ 22.05.1970, 1/3.

¹⁵⁶ Vgl. thi, Die Demonstrationen am Mahnmal. In: FAZ 22.05.1970, 3.

¹⁵⁷ Vgl. W.F., Erster Auftritt in Bebra. In: FAZ 22.05.1970, 3.

¹⁵⁸ Vgl. scho, Kasseler Polizei für Flaggen zuständig. In: FAZ 22.05.1970, 3.

¹⁵⁹ Vgl. Ernst-Otto *Maetzke*, Schwergewichte. In: FAZ 22.05.1970, 1.

Der zweite, längere Kommentar „Kassel und kein Ende“¹⁶⁰ zeigt auf, dass nach den Treffen in Erfurt und in Kassel ein Schritt auf die nächste Ebene gemacht werden muss. Danach stellt er klar, dass auf dem weiteren Weg zu einer friedlichen Koexistenz ein Streit zwischen SPD und CDU nicht zu gebrauchen wäre und keine völlige Partei-Einigkeit notwendig sei, da die CDU im Gegensatz zur SPD der „kleinmütigen, provinziellen Auffassung“ der Abschottung der DDR sei. Es wird aufgezeigt, dass es Mut und Kraft braucht, um den Weg weiter zu gehen, aber dass es sich lohnen wird, denn „Kassel liegt schon hinter uns“.

Außerdem findet sich auf der zweiten Seite der Bericht „Wie in der Loge der Oper“¹⁶¹, der aufgrund seiner sprachlichen Besonderheiten später noch genauer untersucht werden soll. In diesem Bericht berichtet der Autor aus seinem Blickwinkel über den Besuch Stophs in Kassel, die Begrüßung Brandts und Stophs, den Ablauf des Treffens und auch die Demonstrationen, die sich für ihn wie eine perfekt inszenierte Oper darstellten.

Auf der vierten Seite beschäftigt sich die Ausgabe mit den Berichterstattungen und Reaktionen in der DDR, Moskau, Prag, Frankreich und Italien. Der größte Bericht trägt den Namen „Wie sich das Kasseler Treffen im Ost-Berliner Fernsehen ausnahm“¹⁶² und berichtet über die einseitige Berichterstattung, die zum einen nur für die DDR positive Szenen zeigte, also zum Beispiel Demonstrationen für die Anerkennung der DDR, andererseits Interviews mit solchen Demonstranten, die erzählten dafür verprügelt worden zu sein. Sie berichteten auch über das Sicherheitsrisiko für Stoph durch die Demonstrationen beim Mahnmal und - während der Inhalt der Rede Brandts auf sich warten ließ - wurde die Erklärung Stophs im Wortlaut verlesen und auch bei der internationalen Pressekonferenz wurden nur die Szenen mit den einheimischen Journalisten gezeigt.

„Moskau: Freundschaftliche Begrüßung“¹⁶³ zeigt auf, dass in Moskau ausschließlich von einer herzlichen Begrüßung Stophs in Kassel und von Briefen der Bevölkerung an die Regierung, den „absurden“ Anspruch auf Alleinvertretung aufzugeben, berichtet wurde. „Fragen In Prag“¹⁶⁴ zeigt das Interesse in Prag, auch wenn kleiner

¹⁶⁰ Vgl. Jürgen Tern, Kassel und kein Ende. In: FAZ 22.05.1970, 1.

¹⁶¹ Walter Henkels, Wie in der Loge der Oper. In: FAZ 22.05.1970, 2.

¹⁶² Vgl. Ho, Wie sich das Kasseler Treffen im Ost-Berliner Fernsehen ausnahm. In: FAZ 22.05.1970, 4.

¹⁶³ Vgl. Pzg., Moskau: Freundschaftliche Begrüßung. In: FAZ 22.05.1970, 4.

¹⁶⁴ Vgl. ckn, Fragen in Prag. In: FAZ 22.05.1970, 4.

als bei der Begegnung in Erfurt, auf und die darauf folgende pessimistische Beurteilung. „Abgeschwächtes Interesse in Frankreich“¹⁶⁵ beschreibt die Verschiebung der Quantität der Berichte und auch deren Stellenwert und „Weniger menschliche Wärme“¹⁶⁶ zeigt die Beurteilung der Italiener, die Kassel als Entscheidung ansehen, denn ein weiteres Treffen würde nicht genügen, sondern es wären konkrete Ausschüsse nötig.

Am 23.5.1970 finden sich sechs Artikel und die abschließende wortwörtliche Erklärung Brandts vor der Regierung¹⁶⁷.

Zunächst gibt es einmal die Nachricht „Brandt will sich durch Kassel nicht abschrecken lassen“¹⁶⁸, in der die Bewertung Brandts über das Kasseler Treffen aus seiner Erklärung zitiert wird, in welcher jener darauf hinweist, dass Kassel nicht als einzelnes Ereignis, sondern als Teil der gesamten Entspannungspolitik gesehen werden müsse, aber auch dass Ost-Berlin für ein weiteres Vorankommen mehr guten Willen zeigen müsse. Die Erklärung im Wortlaut ist, wie zuvor schon erwähnt, dann direkt darunter auf der vierten Seite zu finden.

Eine zweite Nachricht trägt den Titel „Die CDU glaubt: Stoph kam nur auf Wunsch Moskaus“¹⁶⁹ und beschäftigt sich demnach inhaltlich mit der Reaktion der Opposition auf das Gipfeltreffen in Kassel. Diese glaubt nicht nur, dass Stoph nur auf den Wunsch Moskaus hin kam, sondern von diesem auch die Zustimmung für eine harte Verhandlungslinie erhalten habe. Des Weiteren wird hervorgehoben, dass die CDU nicht das Kasseler Treffen kritisieren wolle, sondern sich davon nur den Rückschluss in die Vergangenheit wünsche, dass sie während ihrer vergangenen Regierungszeit nicht daran schuld gewesen wären, dass es in der Ostpolitik zu keinem Ergebnis kam.

Auch der sprachlich interessante und später noch genauer untersuchte Kommentar der ersten Seite beschäftigt sich im Zuge des Treffens in Kassel mit der Deutschlandfrage. In „Deutschlandfrage und Weltpolitik“¹⁷⁰ geht es zunächst einmal um die mögliche und von Brandt nicht mehr für unmöglich gehaltene Anerkennung

¹⁶⁵ Vgl. J.R., Abgeschwächtes Interesse in Frankreich. In: FAZ 22.05.1970, 4.

¹⁶⁶ Vgl. Vo., Weniger menschliche Wärme. In: FAZ 22.05.1970, 4.

¹⁶⁷ Vgl. F.A.:Z., Die Erklärung im Wortlaut. In: FAZ 23.05.1970, 4.

¹⁶⁸ Vgl. D.L., Brandt will sich durch Kassel nicht abschrecken lassen. In: FAZ 23.05.1979, 1/4.

¹⁶⁹ Vgl. R., Die CDU glaubt: Stoph kam nur auf Wunsch Moskaus. In: FAZ 23.05.1970, 1.

¹⁷⁰ Vgl. Nikolas Benckiser, Deutschlandfrage und Weltpolitik. In: FAZ 23.05.1970, 1.

der DDR und er betont gleichzeitig, dass diese aber erst am Ende der Lösung der zwischen den beiden deutschen Staaten bestehenden Probleme stehen könne, und dass es von der DDR somit nicht zu viel verlangt sei, erst einmal diese Probleme mit Hilfe von Brandts 20 Punkten anzugehen, bevor sie die Anerkennung fordere. Des Weiteren weist der Kommentar auch auf die Wichtigkeit der DDR für Moskau hin, das in dieser einen wichtigen Teil seines Ostblocks sieht, aber das kaum noch verkennen kann, dass die BRD mit ihren Angeboten schon sehr weit gehe. Und der Kommentar betont, dass die Deutschlandfrage immer in die Weltpolitik eingebunden sein werde und nicht ohne diese lösbar sei, aber dass sie auf der anderen Seite auch nicht erstarrt bleiben dürfe.

Auf der nächsten Seite widmet sich auch der Bericht „Kassel, einen Tag danach“¹⁷¹ dem vorangegangenen Treffen. Er betont, dass es nach den beiden Treffen länger dauern wird, bis es zu weiteren Gesprächen kommen wird, aber dass es auch notwendig sei, das Tempo zu drosseln, da es sonst vielleicht zu einer zu schnellen Entwicklung käme,

*„und sei dies ‚nur‘ im Bewußtsein der Menschen hüben wie drüben“*¹⁷²

Er betont, dass die Gespräche in Kassel, wie auch in Erfurt, nur eine Station auf einem noch langen Weg seien, bei dem es immer wieder zu Pausen und Rückschlägen kommen werde, aber dass sie sicherlich nach dem Ende der Verhandlungen der BRD mit Moskau weitergehen würden.

Hier findet sich auch die Nachricht „Ost-Berlin: Was ist das für ein Staat“¹⁷³, die die Leserinnen und Leser über die Berichterstattung in der DDR informiert und berichtet, dass dort die Demonstrationen und vor allen Dingen das Herunterreißen der Flagge im Mittelpunkt gestanden hätten und die BRD somit in ein schlechtes Bild rückte.

Der, wie sich in einer späteren genaueren Analyse noch zeigen wird, sprachlich interessante letzte Bericht trägt den Titel „Kleine Pannen-Nachlese“¹⁷⁴. Er berichtet vom wieder eingekehrten Alltag in Kassel, wo von den Schutzgittern, den Demonstrationen und Verhandlungen nichts mehr zu sehen ist und auch er betont, dass sich der Wert dieses Treffens erst in einer gewissen Zeit zeigen wird, aber dass

¹⁷¹ Vgl. Dettmar Cramer, Kassel, einen Tag danach. In: FAZ 23.05.1970, 2.

¹⁷² Dettmar Cramer, Kassel, einen Tag danach. In: FAZ 23.05.1970, 2.

¹⁷³ Vgl. Ho., Ost-Berlin: Was ist das für ein Staat?. In: FAZ 23.05.1970, 4.

¹⁷⁴ Vgl. Karlheinz Renfordt, Kleine Pannen-Nachlese. In: FAZ 23.05.1970, 4.

sich die Journalisten einig waren, dass Brandt in Kassel bis an die Grenzen des politisch Möglichen gegangen war und dass Stoph sich völlig kompromisslos gezeigt hatte. Aber es sei auch zu einem „Wettkampf der Presseämter“ gekommen, in dem sie sich gegenseitig kleine Steine in den Weg gelegt hätten.

Nach diesem Teil der Analyse lässt sich schon sagen, dass beide Zeitungen zu dem Schluss kommen, dass Brandt in Kassel seine politischen Möglichkeiten ausgeschöpft hat, aber Stoph sich stur und kompromisslos gezeigt hat. Auch berichten beide über die Demonstrationen und die darauf folgende negative Berichterstattung in der DDR.

4.3.2 Sprachliche und inhaltliche Analyse einiger ausgewählter Artikel

4.3.2.1 Bericht „Im Hochzeitszimmer unter vier Augen“¹⁷⁵

In diesem Bericht fällt die sprachlich interessante Darstellung der Stadt Kassel und ihrer Beziehung zu Erfurt auf. In dem Bericht werden immer wieder Ausdrücke von verschiedenen Kasseler Persönlichkeiten ohne den genauen Wortlaut zitiert und diese werfen so ein bestimmtes Bild auf die Stadt. So wird

„nach Meinung des beamteten Imagepflegers [...] Kassels Großstadtkomplex und ‚mausgraue Existenz‘ nun endgültig der Vergangenheit angehören“¹⁷⁶

und

„[...] ist die Brandt-Stoph-Visite gleichsam die ‚Sternstunde‘ zur direkten und indirekten Weltwerbung“

Durch die hier zitierten Begriffe der „mausgrauen Existenz“ und „Sternstunde“ vermittelt sich dem Leser und der Leserin das Bild einer längst in Vergessenheit geratenen und unwichtigen Großstadt, die dank des Gipfeltreffens zu neuem Ruhm kommen könne, nicht nur in der Bundesrepublik selbst, sondern in der ganzen Welt.

¹⁷⁵ Vgl. Olaf Ihlau, Im Hochzeitszimmer unter vier Augen. In: SZ 20.05.1970, 3.

¹⁷⁶ Olaf Ihlau, Im Hochzeitszimmer unter vier Augen. In: SZ 20.05.1970, 3.

Auch die Begründung für die Wahl Kassels stellt sich interessant dar: So beruhe diese laut Autor auf der ehemaligen Verbindung Kassels zu Erfurt, denn diese beiden Städte bildeten laut ihm das „grüne Herz“ Deutschlands, das durch Handelsstraßen miteinander verbunden war und dann getrennt wurde, wodurch es zu einer Trennung der beiden „Herzkammern“ kam. Die hier verwendete Symbolik des Herzens kann verschieden gedeutet werden. Da auch heute noch die Region Thüringen als „grünes Herz“ Deutschlands gilt, steht sie zum einen für die zentrale Lage und die Natur dort. Doch bezieht man es auf die damalige Zeit, lassen sich die beiden getrennten Herzkammern metaphorisch auch anders deuten: Beide stehen für einen Teil Deutschlands, eines für die Bundesrepublik, eines für die DDR. Sie stehen für die beiden pochenden Teile, die durch die Treffen Stophs und Brandts wieder miteinander verbunden sind und anfangen wollen zusammen zu arbeiten. Gleichzeitig stehen sie metaphorisch dafür, dass die beiden doch zusammen gehören und sie nur wiedervereinigt, also durch ein vereinigtes Deutschland, wieder vollständig sind.

4.3.2.2 Kommentar „Das Streiflicht“¹⁷⁷

Dieser Kommentar widmet sich den Vorbereitungen, die Kassel im kleinsten Detail trifft und den Sorgen, die sich diese „mausgraue Existenz“ in den letzten Tagen machte, dass nicht alles rechtzeitig fertig werden würde oder dass das Treffen platzen könnte. In diesem Zusammenhang werden in diesem Artikel auch die geprägten Münzen erwähnt:

„Doch konnten sie in den kurzen Stunden des Zweifels den Blick zu einem Edelmetallstück erheben, das ihnen ihr Selbstvertrauen sofort zurückgab: wir meinen die vorgefertigten Gedenkmünzen zu den Treffen in Erfurt und Kassel. [...] Die fixen Präger durften von der Geschichte nicht widerlegt werden. (Im Notfall hätten sie ohnehin Münzsammler entzückt, denen eine Fehlprägung reines Glück bereitet.)“¹⁷⁸

Dieser Absatz lässt die Kasseler in einem etwas naiven Licht dastehen; als eine Stadt, die sich bemühte, alles auf Vordermann zu bringen und die bei Zweifeln

¹⁷⁷ Vgl. Das Streiflicht. In: SZ 21.05.1970, 1.

¹⁷⁸ Das Streiflicht. In: SZ 21.05.1970, 1.

einfach an ein Stück geprägtes Kupfer glaubte. Die Ironie des Autors lässt sich auch in der beiläufigen Bemerkung darüber erkennen, dass sich bei Nichtstattfinden des Treffens Sammler trotzdem an den Münzen erfreuen würden. Er lässt somit die Vorbereitungen Kassels ein wenig lächerlich erscheinen, denn so sieht es aus, als sei eine Absage des Treffens möglich und auch nicht so tragisch, denn irgendwer hätte immerhin doch noch etwas davon. Die Ironie über die vielen Vorbereitungen Kassels durchzieht den ganzen Kommentar. Der Autor weist darauf hin, dass die Bedeutung des Treffens in Kassel nicht zu hoch gesteckt werden sollte und findet dann am Ende seinen Höhepunkt:

„Man muß das richtige Augenmaß behalten, damit der Sprung von der ‚Phänomen‘-Plattform auf den Boden des ‚Hochzeitszimmers‘ im Schloßhotel nicht zu Brüchen führt. Unsere lokalen und überregionalen Kassel-Fans sollten nicht den gebräunten Zeitgenossen Vorschub leisten, die auf der einen Seite des Verhandlungstisches einen Verbrecher, und auf der anderen einen Verräter sehen wollen.“¹⁷⁹

Mit diesem Ende weist der Autor durch die symbolischen „gebräunten Zeitgenossen“ auf die nationalsozialistischen Demonstranten hin, die in Brandt und Stoph einen Verräter und einen Verbrecher sehen, die das Land verraten, und denen durch die zu hohen Erwartungen der Bevölkerung Vorschub geleistet werden könnte.

4.3.2.3 Kommentar „Das Streiflicht“¹⁸⁰

Dieses Streiflicht am Tag nach dem Treffen in Kassel hebt hervor, dass es einerseits nicht verwunderlich ist, dass die Gespräche so schwer laufen und andererseits, dass dieses Treffen die Aufmerksamkeit der Welt anders auf sich gezogen hat, als man sich das erhofft hatte.

Zunächst einmal wird klar gemacht, dass, auch wenn man die gleichen Wurzeln hat, man nun in „unterschiedlichen Lagern“ ansässig ist und es somit nicht verwunderlich ist, dass diese Wurzeln vergessen werden:

¹⁷⁹ Das Streiflicht. In: SZ 21.05.1970, 1.

¹⁸⁰ Vgl. Das Streiflicht. In: SZ 22.05.1970, 1.

„Gemeinsames Blut spricht eben doch nicht von vornherein jene gemeinsame Sprache, die dem besonderen Saft immer angedichtet wurde. Und selten oder nie erkennt der Bruder den Bruder als Bruder.“¹⁸¹

Und auch die Schwierigkeiten der Weltaufmerksamkeit werden hier deutlich gemacht, denn der Autor beschreibt, wie jeder Zuschauer aus der ganzen Welt, jedes nur beliebige Vorurteil in diesem Treffen bestätigt finden konnte. Durch die nicht sehr gelassene Haltung Brandts und Stophs, durch die linken und rechten Demonstrationen oder durch die Auseinandersetzungen bei den Demonstrationen, konnte man die Deutschen als typisch deutsch, als links, als rechts oder als kriegslüstern bezeichnen, je nachdem welches Vorurteil man denn nun gesucht habe. Und genau diese Bedingungen seien es, die man nicht übersehen, aber gleichzeitig nicht überbewerten dürfe, sondern denen man sich einfach nur bewusst sein müsse und gegen die man mit viel Geduld angehen müsse.

4.3.2.4 Kommentar „Trüber Ausblick von Wilhelmshöhe“¹⁸²

In diesem Kommentar werden Brandt und Stoph, wie schon erwähnt, in ein bestimmtes Licht gerückt. Brandt wird als der Mann beschrieben, der so weit gegangen ist, wie es ihm möglich war, der bereit war, die Realität anzuerkennen und bestrebt ist eine auch für die andere Seite gute Lösung zu finden.

Das Bild Stophs zeichnet sich jedoch in extremerer Weise ab:

„Mit keiner Silbe gab er zu verstehen, daß er die Wandlung der Bonner Positionen auch nur zu registrieren bereit sei. Er zog es vor, mit der Arroganz eines gestrengten Großinquisitors aufzutreten, der bei denen, über die er zu Gericht sitzt, keinerlei Zeichen von Bußfertigkeit zu erblicken vermag.“¹⁸³

Diese Beschreibung Stophs ist nicht nur überzeichnend, sondern auch voller Vorwurf. Ihm wird nicht nur Arroganz vorgeworfen, sondern auch Sturheit. Interessant ist hierbei der angewandte Vergleich mit einem Großinquisitor, der Stoph

¹⁸¹ Das Streiflicht. In: SZ 22.05.1970, 1.

¹⁸² Vgl. Hans Schuster, Trüber Ausblick von Wilhelmshöhe. In: SZ 22.05.1970, 4.

¹⁸³ Hans Schuster, Trüber Ausblick von Wilhelmshöhe. In: SZ 22.05.1970, 4.

auch als mächtigen Mann erscheinen lässt, der es nicht nötig zu haben scheint, auf andere zuzugehen, da er es ist, der über sie zu richten hat.

Durch diese überzeichnende Beschreibung Stophs rückt der Autor Brandt in ein noch besseres Licht und macht den Leserinnen und Lesern klar, dass Brandt bei allen Bemühungen aufgrund der Sturheit und Arroganz Stophs nichts erreichen kann.

4.3.2.5 Bericht „Alle Signale auf Halt“¹⁸⁴

Dieser Bericht soll auf Grund seiner metaphorischen Bedeutungen in einigen Aspekten genauer untersucht werden.

Die erste sprachliche Besonderheit dieses Berichtes ist der Titel. Liest man den Bericht, erfährt man, dass es sich auf die Signale für die Züge bezieht, die bei der Ankunft des Zuges von Willi Stoph auf Halt gestellt wurden. Doch gibt es hierbei im Titel eine Doppeldeutigkeit: Die erste Assoziation des Lesers sind nicht Zugsignale, sondern menschliche Signale oder Umstände, die hier auf Halt weisen, und zwar auf einen Halt der Beziehungen und Verhandlungen zwischen Brandt und Stoph, zwischen BRD und DDR. Die auf Halt geschalteten Zugsignale stehen also metaphorisch für die Signale durch die DDR, die auf einen Halt der Verhandlungen hinweisen.

Eine weitere metaphorische Bedeutung lässt sich auch in der Beschreibung des Weges, den Stoph zurücklegen muss, finden:

„Zunächst geht es, über holpriges Kopfsteinpflaster, durchzogen von Straßenbahnschienen, an kleinen und zum Teil zum Abbruch bestimmten Häusern vorbei [...]“¹⁸⁵

Diese Beschreibung des Weges in Kassel kann metaphorisch auch als Beschreibung der anstehenden Verhandlungen gesehen werden: Es werden holprige Verhandlungen, denn das Verhältnis der beiden Staaten ist von kleinen Gräben, wie den Einbuchtungen durch Straßenbahnschienen, durchzogen, die es zu überwinden gilt, und dazwischen gibt es Forderungen und Erwartungen, die zum Scheitern

¹⁸⁴ Vgl. thi, Alle Signale auf Halt. In: FAZ 21.05.1970, 4.

¹⁸⁵ thi, Alle Signale auf Halt. In: FAZ 21.05.1970, 4.

bestimmt sind, da sie nicht zu dem eingeschlagenen Weg passen und ihn sogar verhindern können.

So weist dieser Bericht durch die Verwendung der Metaphern auf die zu erwartenden Unebenheiten und Schwierigkeiten bei dem zweiten Treffen Stophs und Brandts hin.

4.3.2.6 Bericht „Wien in der Loge der Oper“¹⁸⁶

Die sprachliche Besonderheit dieses Berichtes ist das Wortfeld der „Oper“, das schon im Titel angesprochen wird. Der Autor, der selbst das Treffen in Kassel beobachtet hat, beschreibt es also so, als habe es sich um eine Oper gehandelt, der er von seiner Loge aus zugesehen hat. So hatten alle Auftritte den „Stil des Jahrmarktes“, was für eine „Oberbühne“ gut sei. Die Demonstrationen durch NPD und DKP, sowie die Reden ihrer Vorsitzenden bezeichnet er als „komödienhafte Einführung“, die Berichterstattung des DDR-Journalisten Karl Eduard von Schnitzler bezeichnete er als „Opern-Intermezzo“, in der dieser „das Rezitativ der Anerkennungsarie sang“.

Die ganzen während des Treffens stattfindenden Reden und Demonstrationen der extremen Seiten wurden also als komödienhaft bezeichnet, als eine Sache, die es nicht so ernst zu nehmen gilt. Auch die Äußerungen des DDR-Journalisten, tragen den Titel „die Anerkennungsarie“, die „wohlbekannt und zum wiederholten Male geschmettert“ wurde.

Der ganze Bericht endet mit den Fragen, die die „Oper“ offen ließ:

„Auch der Nachmittag, als der zweite Akt begann, ließ den Ausgang noch nicht erkennen. Es war noch nicht zu sehen, welche Arien noch bevorstehen und ob am späten Abend ein Bösewicht auf der Bühne erscheint – das gehört zu einer Oper – und ein zartes Persönchen, womöglich die ‚menschlichen Beziehungen‘ erdolcht. Irgendeine Pointe musste der Tag noch bringen, so sagte der Besucher beim Aufstehen aus der Loge, eine Viertelstunde von Schluß der Vorstellung.“¹⁸⁷

Dieser Abschnitt weist auf verschiedene Dinge hin. Zum einen ist es nicht absehbar, wozu dieses Treffen in Zukunft noch führen wird, denn die erwartete Pointe, also das

¹⁸⁶ Vgl. Walter Henkels, Wie in der Loge der Oper. In: FAZ 21.05.1970, 2.

¹⁸⁷ Walter Henkels, Wie in der Loge der Oper. In: FAZ 21.05.1970, 2.

erhoffte Ergebnis, konnte nicht erreicht werden. Es war eine Oper mit vielen Liedern, doch ohne Höhepunkt und ohne Pointe, so dass sie quasi im Nichts endete und den Zuschauer unbefriedigt nach Hause gehen ließ. Sie hat dennoch einen historischen Wert, denn *„die Oper – weiß Gott – ist leidenschaftig Geschichte.“*¹⁸⁸

4.3.2.7 Kommentar „Deutschlandfrage und Weltpolitik“¹⁸⁹

In diesem Kommentar ist die sprachliche Darstellung der Wiedervereinigung und Anerkennung interessant.

Zu Beginn des Kommentares dreht es sich um die veränderte Bezeichnung und wohl auch Bedeutung der „Wiedervereinigung“, denn diese trage jetzt nur noch die Bezeichnung der „deutschen Frage“, eine für den Autor sehr viel neutralere Bezeichnung, die die Tatsache eines getrennten Ganzen, eines getrennten Deutschlands, nicht mehr vermittelt. So vermittelt der Autor den Lesenden auch das Gefühl, dass die Wiedervereinigung Deutschlands für die Welt und wohl auch für viele Bewohner selbst nicht mehr ein emotional geladenes Ziel ist, sondern nur noch eine Frage, ein Akt, den es zu bewältigen gilt.

So bezeichnet der Autor aber andererseits,

*„das Beharren auf dem Pfund Fleisch der ‚Anerkennung‘ als Vorbedingung für alles andere [...] als ein Anzeichen innerer Unsicherheit und Schwäche [...]“*¹⁹⁰

Die hier gewählte Bezeichnung eines „Pfundes Fleisch“ lässt die Forderung der DDR nicht nur als unsicher und schwach, sondern auch als lächerlich dastehen.

So rückt der Autor in diesem Kommentar in den Vordergrund, dass die Frage der Wiedervereinigung, auch wenn sie noch im Interesse der Welt liegt und nicht ohne die Weltpolitik gelöst werden kann, längst nicht mehr so emotional und wohl auch nicht mehr als so wichtig angesehen wird und dass auf der anderen Seite das Beharren der DDR auf die Anerkennung vor allem anderen ein Zeichen für Schwäche, Sturheit und Lächerlichkeit ist.

¹⁸⁸ Walter Henkels, Wie in der Loge der Oper. In: FAZ 21.05.1970, 2.

¹⁸⁹ Vgl. Nikolas Benckiser, Deutschlandfrage und Weltpolitik. In: FAZ 23.05.1970, 1.

¹⁹⁰ Nikolas Benckiser, Deutschlandfrage und Weltpolitik. In: FAZ 23.05.1970, 1.

4.3.2.8 Bericht „Kleine Pannen-Nachlese“¹⁹¹

Das sprachlich Interessante dieses Berichtes ist das Wortfeld der „Meteorologie“. Der Autor vergleicht das Wetter in Kassel mit dem vorangegangenen Treffen. Das Wetter in Kassel sei „zu kalt“, was der „Wetterbericht“ richtig vorausgesagt hätte und auch wenn es wohl keine „politische Prognose“ gewesen sei, entspreche es auch dort der Wahrheit. Hatte man auch vorher „den Schnee“ weggeschaufelt, war ein Nebeneinander von Brandt und Stoph nicht möglich gewesen und auch dass „Hitze“ nicht alles „auftaut“, hatten die Diskussionen von Kassel gezeigt.

Der Autor benutzt hier gezielt das Wetter, um es symbolisch und metaphorisch für das vorangegangene Treffen wirken zu lassen – Hitze und Kälte des Wetters werden umgelegt auf die Gemüter Brandts und Stophs und auf die Beziehung der beiden deutschen Staaten, die Demonstrationen in Kassel werden nur als „Randerscheinungen“ des Wetters gewertet.

Durch diesen bildlichen Vergleich wird die Stimmung in Kassel noch einmal verdeutlicht und stellt gleichzeitig etwas anderes dar:

Das Wetter ist etwas, das wir voraussagen versuchen, was aber meist dann doch anders kommt als gedacht und vor allen Dingen ist es etwas, das wir nicht zu beeinflussen vermögen.

4.3.3 Ergebnisse der Analysen

- Beide Zeitungen berichten ausführlich über den Ablauf des Treffens und über die Erklärungen Stophs und Brandts.
- Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* druckt die Erklärungen sogar zum Nachlesen ab, offenbar ohne etwas zu verändern.
- Beide Zeitungen berichten umfassend über die stattgefundenen Demonstrationen, ohne diese zu beschönigen.
- Beide Zeitungen stellen Kassel als einen weiteren kleinen Schritt dar, von dem man nicht zu viel erwarten dürfe.

¹⁹¹ Vgl. Karlheinz Renfordt, Kleine Pannen-Nachlese. In: FAZ 23.05.1970, 4.

- Willi Stophs Haltung wird als stur und kindisch dargestellt während Willy Brandt als realitätsnah und kompromissbereit dargestellt wird.
- Vor allem die FAZ berichtet über die negative Berichterstattung der Medien des Ostblocks.
- Kassel wird also insgesamt augenscheinlich in einem sehr realistischen, nichts beschönigenden Bild dargestellt.

4.4 Analyse des Moskauer Vertrages 12.08.-14.08.1970

4.4.1 Quantitative und kommunikative Analyse

Im besagten Untersuchungszeitraum finden sich in der *Süddeutschen Zeitung* zehn Artikel und es wurden der Wortlaut des Vertrages¹⁹² und der Wortlaut der Ansprache Brandts im Fernsehen¹⁹³ nach der Vertragsunterzeichnung veröffentlicht.

Am Tag der Unterzeichnung, dem 12.08.1970, finden sich neben dem Wortlaut des Vertrages drei weitere Artikel in der Ausgabe.

Zunächst einmal gibt es den Leitartikel „Brandt in Moskau von Kossygin begrüßt. Heute Vertragsunterzeichnung im Kreml“¹⁹⁴, in welchem die an diesem Abend stattfindende Ankunft Brandts in Moskau und das darauf folgende Programm geschildert werden. Des Weiteren finden sich in der Fortsetzung des Artikels die Aussagen des Außenministers Scheel, der in diesem Vertrag auch Vorteile für Berlin und für die Wirtschaftsbeziehungen sieht. Gleichzeitig wird auch, aufgrund der Einwände der Opposition, darüber berichtet, dass die Verfassungskonformität des Vertrages begutachtet und für gegeben befunden wurde, aber dass die Regierung zur Absicherung trotzdem noch einmal zwei Gutachten in Auftrag gegeben hat.

In diesen Artikel eingeschlossen findet sich die Nachricht „Brandt: Keine großen Worte“¹⁹⁵, in welcher die Erklärung Brandts vor seiner Abreise im Wortlaut abgedruckt ist. Nachdem über den Zwischenstopp der Maschine aufgrund einer

¹⁹² Vgl. Moskauer Vertrag. In: SZ 12.08.1970, 3.

¹⁹³ Vgl. Brandts Ansprache. In: SZ 13.08.1970, 1-2.

¹⁹⁴ Vgl. Josef Riedmüller, Brandt in Moskau von Kossygin begrüßt. Heute Vertragsunterzeichnung im Kreml. In: SZ 12.08.1970, 1-2.

¹⁹⁵ Vgl. hr., Brandt: Keine großen Worte. In: SZ 12.08.1970, 1.

Bombendrohung berichtet wurde, werden die Worte Brandts eingeflochten, der davon spricht, dass diese Reise den schon lange notwendigen Anfang von Beziehungen zum Osten darstelle.

Auch „Das Streiflicht“¹⁹⁶ kommentiert in dieser Ausgabe den stattfindenden Vertragsabschluss, allerdings mit dem Augenmerk auf den auftretenden Widersachen. Es berichtet über die Bombendrohung und die vorzeitige Veröffentlichung des Vertrages und stellt, wie später noch genauer gezeigt wird, den Springer-Verlag sowohl für das eine als auch für das andere in die Kritik.

Am Tag nach der Unterzeichnung des Vertrages, also am 13.08.1970, finden sich neben der schon erwähnten Veröffentlichung der Ansprache Brandts im Fernsehen fünf Artikel.

Der Leitartikel trägt die Überschrift „Brandt und Kossygin sprechen von geschichtlichen Tagen“¹⁹⁷ und berichtet kurz und knapp über den Ablauf des Besuches, sowie über die Unterzeichnung des Vertrages und hebt dabei den von Brandt und Kossygin benannten Wert des Vertrages als „geschichtliche Tage“ hervor. Unterstützt werden diese Zeilen durch eine Fotografie, die Brandt bei der Unterzeichnung des Vertrags zeigt. Direkt darunter ist dann die Fernsehansprache Brandts abgedruckt, in der er den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber den Wert und die Wichtigkeit dieser Vertragsunterzeichnung betonte.

Auch der Kommentar „Das Streiflicht“¹⁹⁸ beschäftigt sich in dieser Ausgabe indirekt mit der Vertragsunterzeichnung, denn er zieht den Vergleich zu dem ersten Zusammentreffen zwischen Adenauer und Bulganin 1955, bei dem so wie bei dem jetzigen Treffen die Gefühle der Zuseher und Zuseherinnen gespalten gewesen sein mögen. Der Kommentar zeigt auf, dass, würde Brandt heute die gleiche Politik wie damals verfolgen, der Vertrag nie zu Stande gekommen wäre, aber dass sich auch die Geschichte nicht umschreiben ließe. Diese Vertragsunterzeichnung könne man endlich als das Ende des Widerspruches zwischen dem Anspruch der Bundesrepublik – auf den Alleinvertreteranspruch und die Wiedervereinigung - und der Wirklichkeit sehen. Somit weist dieser Kommentar darauf hin, dass für das Zustandekommen dieses Vertrages eine Wendung in der deutschen Politik und

¹⁹⁶ Vgl. Das Streiflicht. In: SZ 12.08.1970, 1.

¹⁹⁷ Vgl. Klaus Rudolf *Dreher*, Brandt und Kossygin sprechen von geschichtlichen Tagen. In: SZ 13.08.1970, 1-2.

¹⁹⁸ Vgl. Das Streiflicht. In: SZ 13.08.1970, 1.

ihrem Denken nötig war, denn ohne die Anerkennung der Realität, ohne Anerkennung der Tatsache, dass Deutschland gespalten und die DDR eigenständig ist und handelt, wäre der Vertrag auch heute nicht zu Stande gekommen.

Die Nachricht „CDU/CSU: Die Wirklichkeit sehen“¹⁹⁹ beschäftigt sich mit den Reaktionen auf die Vertragsunterzeichnung, zum einen durch den Sprecher der SPD, Schulz, aber vor allen Dingen durch den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Barzel und des CSU-Vorsitzenden Strauß. Während Schulz die Vertragsunterzeichnung würdigt, macht Barzel seine Bedenken gegen diese Vertragsunterzeichnung deutlich, betont, dass die CDU/CSU die endgültige Bewertung dieses Vertrages vom Erfolg für die Menschen abhängig mache und weist auf den Jahrestag der Mauer und die dort gestorbenen Leute hin. Strauß hingegen kritisiert die Unterzeichnung noch deutlicher und hält sie für eine Art Unterwerfung der Bundesrepublik. Am Ende wird auch über die Kritik des „Bundes der Vertriebenen“ und der NPD kurz berichtet, die die Vertragsunterzeichnung nicht auf dem Willen des deutschen Volkes beruhen sehen. Dieser Artikel weist somit klar auf die Kritik durch die Opposition hin, die sich mehr oder minder direkt gegen die Vertragsunterzeichnung ausspricht.

Auch findet sich mit dem Bericht „Ostberlin lobt den Vertrag“²⁰⁰ die Reaktion der DDR auf die Vertragsunterzeichnung in dieser Ausgabe. Dieser zeigt, dass die DDR in diesem Vertrag ein Zeichen für eine friedliche Zusammenarbeit sehe, die zwar spät komme, aber immerhin. Schreibt die DDR auch den Dank für den Erfolg des Vertrages größtenteils Moskau zu und teilt durch Anspielungen in der Art von „besser spät als nie“ gegen die BRD aus, so erfolgt doch auch eine Anerkennung des Vertrages, gleichzeitig gekoppelt mit den Forderungen nach einer Anerkennung des Status quo, Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und einer Aufnahme beider in die UNO. Dieser Bericht, der zunächst wie eine Nachricht erscheint, betont wieder einmal die Kritik der SED-Führung an der BRD und ihre altbekannten Forderungen und vermittelt dem Leser und der Leserin den Eindruck, dass die DDR den Vertrag zwar positiv aufnehme, aber den erfolgreichen Vertragsabschluss Moskau zuschreibt und auch kleine Sticheleien gegen die BRD anführt.

¹⁹⁹ Vgl. hy., CDU/CSU: Die Wirklichkeit sehen. In: SZ, 13.08.1970, 1-2.

²⁰⁰ Vgl. ki, Ostberlin lobt den Vertrag. In: SZ 13.08.1970, 2.

Die dritte Seite widmet sich dem Bericht „...dann können wir in Frieden leben“²⁰¹, in dem der Korrespondent vor allen Dingen von der Begrüßung Brandts durch Kossygin, der Vertragsunterzeichnung und der Kranzniederlegung berichtet. Auch wird von der Verärgerung der deutschen Medien berichtet, die „nur“ eine direkte Übertragung des Moskauer Fernsehens bekamen und nicht selbst berichten konnten, dadurch nur den Kommentar des russischen Kommentators übersetzen und nicht selbst von der Stimmung vor Ort berichten konnten. Durch weitere kleine Anekdoten wird, wie später noch genauer analysiert wird, hervorgehoben, dass die Einwohner Moskaus oftmals weder wussten, dass Brandt in der Stadt war, noch dass sie ihn erkannten hatten und auch nicht richtig wussten, was sie von diesem Besuch und der Vertragsunterzeichnung halten sollten.

Der letzte Artikel dieser Ausgabe, der Kommentar „Politik – oder Franz Josef Strauß“²⁰², widmet sich der Kritik an der Haltung der Opposition, oder genauer gesagt an der Haltung Strauß'. Aufgebaut ist dieser Text auf dem einfachen zitierten Satz Brandts:

„Mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war.“²⁰³

Hierauf folgt die Kritik an der Haltung der Opposition, in der in erster Linie die Haltung führender Politiker wie Barzel und vor allen Dingen Strauß kritisiert wird, denn diese halten an einer Politik der 50er Jahre fest und wollen unnachgiebig sein – eine Haltung, die längst nicht mehr dem Geist der Zeit oder der Meinung der jungen und frischen Parteimitglieder entspricht, die Strauß seinem Anspruch nach jedoch zu vertreten glaubt. Der Kommentator kommt zu dem klaren Ergebnis, die Opposition müsse sich entscheiden, ob sie den Weg der neuen internationalen Politik mitgehe oder ob sie in ihrem veralteten Nationalismus hängen bleibe und somit den Anschluss an die realen Gegebenheiten verliere.

Am letzten Tag des Untersuchungszeitraums, dem 14.08., findet sich nur noch ein Artikel, der Kommentar „Zwischen Deutschen und Russen“²⁰⁴. In diesem Kommentar wird auf die vorbelasteten Emotionen der Deutschen gegenüber den Russen und umgekehrt eingegangen und gleichzeitig auf das Interesse und auch die Angst der

²⁰¹ Vgl. Josef Riedmüller, „...dann können wir in Frieden leben.“ In: SZ 13.08.1970, 3.

²⁰² Vgl. Claus Heinrich Meyer, Politik – oder Franz Josef Strauß?. In: SZ 13.08.1970, 4.

²⁰³ Claus Heinrich Meyer, Politik – oder Franz Josef Strauß?. In: SZ 13.08.1970, 4.

²⁰⁴ Vgl. Josef Riedmüller, Zwischen Deutschen und Russen. In: SZ 14.08.1970, 4.

Welt bezüglich des Vertragsabschlusses zwischen den beiden Ländern, der in der Vergangenheit immer wieder das Gleichgewicht in Europa gestört hat. Doch der Kommentator betont, dass dieses Europa schon lange nicht mehr existiere und vor allen Dingen, dass Emotionen nichts in der Politik zu suchen haben. Er betont stark, das wirtschaftliche und technische Interesse der Sowjetunion am Westen und hebt somit das eigentliche Interesse der Sowjetunion an dem Vertrag mit der Bundesrepublik hervor – die Erweiterung der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit, die auch ganz klar ein Motiv der Bundesrepublik selbst darstellt.

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* lassen sich ebenfalls der Wortlaut des Vertrages²⁰⁵ und die Erklärung Brandts vor seinem Abflug²⁰⁶ aber auch „Die Note der Bundesrepublik Deutschland an die Regierungen der drei Westmächte“²⁰⁷ und „Die Note der Westmächte an die Regierung der Bundesrepublik“²⁰⁸ finden. Neben diesen abgedruckten Wortlauten finden sich noch achtzehn weitere Artikel im Untersuchungszeitraum.

Am Tag der Vertragsunterzeichnung finden sich neben dem Wortlaut der Erklärung Brandts vor seinem Abflug sieben weitere Artikel.

Zunächst gibt es den Leitartikel „Brandt von Kossygin begrüßt. Heute Unterzeichnung im Kreml“²⁰⁹. Hierin wird zu Beginn die Ankunft Brandts mit Verspätung aufgrund der Bombendrohung, die Begrüßung und die Unterbringung am vorherigen Tag, sowie das geplante Programm für den aktuellen Tag geschildert. Hierauf wechselt unter der Unterüberschrift „Brandt: Vertrag gute Ausgangsbasis“²¹⁰ der Autor der Nachricht. In diesem Teil wird von den Erklärungen Brandts und Scheels vor dem Abflug nach Moskau zusammenfassend berichtet, von der Notwendigkeit dieses Vertrages als Anerkennung der Realität, der Wahrung der deutschen Interessen und vor allen Dingen auch von der zukünftigen wirtschaftlichen

²⁰⁵ Vgl. Ausschließlich mit friedlichen Mitteln. In: FAZ 13.08.1970, 5.

²⁰⁶ Vgl. Brandts Erklärung im Wortlaut. In: FAZ 12.08.1970, 4.

²⁰⁷ Vgl. Die Note der Bundesrepublik Deutschland an die Regierungen der drei Westmächte. In: FAZ 13.08.1970, 5.

²⁰⁸ Vgl. Die Note der Westmächte an die Regierung der Bundesrepublik. In: FAZ 13.08.1970, 5.

²⁰⁹ Vgl. Prg., Brandt von Kossygin begrüßt. Heute Unterzeichnung im Kreml. In: FAZ 12.08.1970, 1/4.

²¹⁰ Vgl. R., Brandt: Vertrag gute Ausgangsbasis. In: FAZ 12.08.1970, 1/4.

Zusammenarbeit mit der UdSSR, die im Vertragswerk zwar nicht wörtlich festgehalten ist, aber laut Scheel eines der wichtigsten Motive Moskaus darstelle.

Auch findet sich auf den beiden Seiten die Nachricht „Scheel: Indiskretion schadet unserem Ansehen“²¹¹, in der es um die vorzeitige Veröffentlichung des Vertragsinhaltes durch die *Bild* und die *Welt* geht. Hierbei wird von einem „Leck“ in der Regierung berichtet: Man vermutet eine telefonische Übermittlung des Textes und sei bereits dabei, das „Leck“ zu finden und die Indiskretion aufzuklären. Dieses „Leck“ könne auch bei der Opposition zu suchen sein, die dies aber abstreitet, da ihnen der Zeitpunkt der Veröffentlichung „wurscht“ sei. Aber auch der ehemalige Chefredakteur der Deutschen Presse-Agentur, Sängler, kritisiert die vorzeitige Veröffentlichung scharf und erhofft sich vor allen Dingen auch eine Untersuchung durch den Presserat, da eine solche vorzeitige Veröffentlichung auch von Seiten der Journalisten eine politische Manipulation nahelege. Direkt darunter ist dann auch der Wortlaut der *Bild*-Veröffentlichung abgedruckt.²¹²

Auf der ersten Seite findet sich auch eine Kurznachricht mit dem Titel „Erste Stellungnahme der DDR zum Vertrag“²¹³. Hierin wird über die erste Veröffentlichung des SED-Zentralorgans zum Vertrag berichtet, in der diese den Erfolg vor allen Dingen der UdSSR zuschreibt, und somit der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft.

Auch der Kommentar der ersten Seite widmet sich der vorzeitigen Veröffentlichung des Vertragswerkes unter dem Titel „Zuletzt noch Bombenalarm“²¹⁴. In diesem Kommentar wird auch die vorzeitige Veröffentlichung des Bahr-Papieres durch die gleiche Zeitung erwähnt und es wird sich die Frage gestellt, wie sehr denn die jetzige Veröffentlichung noch im Interesse der Bevölkerung oder nur zum Schaden der Politik geschehen sei. Wie später noch genauer analysiert werden soll, wird auch hier diese Veröffentlichung kritisiert und man sieht sie als letzten verzweifelten Versuch von Gegnern an, die Vertragsunterzeichnung noch zu verhindern, durch vorzeitige Veröffentlichung oder in letzter Instanz durch eine Bombendrohung.

²¹¹ Vgl. scho., Indiskretion schadet unserem Ansehen. In: FAZ 12.08.1970, 1/4.

²¹² Vgl. F.A.Z., Die bekannt gewordene Verfassung des Vertrags. In: FAZ 12.08.1970, 4.

²¹³ Vgl. Ralf Georg Reuth, Erste Stellungnahme der DDR zum Vertrag. In: FAZ 12.08.1970, 4.

²¹⁴ Vgl. Nickolas Benckiser, Zuletzt noch Bombenalarm. In: FAZ 12.08.1970, 1.

Der letzte Artikel in dieser Ausgabe zu dem Thema ist die Nachricht „Warschau sieht auch Hindernisse“²¹⁵. Hierin geht es um die Berichterstattung in Warschau, die den Vertrag zwar als Wendepunkt der deutschen Politik betrachtet, aber auch gleichzeitig die Hindernisse in der Bundesrepublik durch gewisse Kreise und die Opposition vorhanden sieht. Auch Polen erwartet anscheinend diese innenpolitischen Diskussionen bei der Ausarbeitung des deutsch-polnischen Vertrages und ist der Meinung, dass der Vertrag bei den nächsten Gesprächen in Bonn noch nicht aufgesetzt werden könne, da es für Polen psychologisch wichtig sei, dies in Warschau zu tun.

Am 13.08.1970, dem Tag nach der Vertragsunterzeichnung, finden sich neben den zu Beginn erwähnten Wortlauten des Vertrags und der Noten an die Westmächte und an die Bundesrepublik elf weitere Artikel.

Der Leitartikel trägt die Überschrift „Brandt erinnert in Moskau an die Berliner Mauer“²¹⁶ und berichtet zunächst über den Akt der Vertragsunterzeichnung und die dabei überraschende Anwesenheit des Parteichefs Breschnews. Im zweiten Teil wird zusammenfassend über die positiven Bewertungen des Moskauer Vertrages durch Brandt und Kossygin berichtet, in denen diese den Vertrag als ersten Weg zu einem friedlichen Miteinander in Europa und Austausch auf wissenschaftlich-technischer und wirtschaftlicher Ebene bezeichnen.

Die Nachricht „Strauß der härteste Gegner der Unterzeichnung“²¹⁷ beschäftigt sich mit den Reaktionen der CDU/CSU, wobei Strauß und seine zitierte Stellungnahme im *Bayernkurier* ganz klar die Negativste ist, da sie die Vertragsunterzeichnung mit dem Öffnen der Pandorabüchse vergleicht. Auch die weniger negativen Reaktionen Barzels, der die Propaganda einer Entspannung in Europa, wobei seit 9 Jahren an der Mauer Menschen erschossen würden, kritisierte, den Erfolg der Vertragsunterzeichnung allerdings von dem künftigen Erfolg für die Menschen abhängig macht und die Reaktion Leisler Kieps, der hierin sogar eine Basis für eine gemeinsame Ostpolitik sieht, werden beschrieben.

²¹⁵ Vgl. Bernhard *Heimrich*, Warschau sieht auch Hindernisse. In: FAZ 12.08.1970, 4.

²¹⁶ Vgl. Pzg., Brandt erinnert in Moskau an die Berliner Mauer. In: FAZ 13.08.1970, 1/4.

²¹⁷ Vgl. F.A.Z., Strauß der härteste Gegner der Unterzeichnung. In: FAZ 13.08.1970, 1.

Auch die beiden Kommentare auf der ersten Seite beschäftigen sich mit Moskau. „Dramatischer Akzent“²¹⁸ beschäftigt sich mit der Fernsehansprache Brandts direkt aus Moskau an die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik, in der er daran erinnert, dass dieser Vertrag nur die Realitäten akzeptiert, zur Nüchternheit mahnt und zugleich auch nüchterne Worte wählt. Aber gleichzeitig zeigt dieser Kommentar auch, dass Brandt sehr wohl an die Berliner Mauer erinnert, an der seit neun Jahren Menschen sterben, und sie somit auch kritisiert und gleichzeitig deutlich macht, dass die Bundesrepublik weiter der westlichen Welt angehöre und nicht, wie ein paar Jahrzehnte zuvor, zwischen allen Stühlen sitze, wodurch er viele Leute beruhigt.

Der zweite Kommentar trägt den Titel „Mehr als Gewaltverzicht“²¹⁹ und beschäftigt sich mit dem Inhalt des Moskauer Vertrages, der doch zu viel mehr geführt hat, als zu dem bloßen „Gewaltverzicht“, dem Grund aus dem die Gespräche aufgenommen wurden. Er führt den Inhalt der Präambel und der Unterpunkte an und betont die wichtigste Sache für die Sowjets an dem Vertrag: Die Anerkennung ihres Status quo und die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen mit der Bundesrepublik. Doch nach dem Aufzeigen des Inhaltes und der guten Ergebnisse warnt der Autor vor zu vielen Erwartungen mit dem Wort, das Willy Brandt schon benutzte: „Nüchternheit“.

Der Bericht „Verpaßt Ost-Berlin den Anschluß an die Entspannungspolitik?“²²⁰ geht von der späten Berichterstattung der DDR über den Vertragsabschluss zwischen der BRD und Moskau aus. Der Autor weist darauf hin, dass die DDR sich seit dem letzten Treffen eine Denkpause erbeten hatte, sich nicht bemühte eine Lösung auf die Berlin-Frage zu finden und nun, da auch der mögliche Vertragsabschluss zwischen der BRD und Warschau naht, den Anschluss an die Entspannungspolitik verpasst habe. Aber nachdem Ulbricht gerade mehrere Briefe an westliche Mächte geschrieben hat, in denen er die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen erwähnt, sollte nach Meinung des Autors auch die BRD ihre Möglichkeiten ausschöpfen und Gespräche mit der DDR aufnehmen und so die Chance nutzen.

²¹⁸ Vgl. Dps., Dramatischer Akzent. In: FAZ 13.08.1970, 1.

²¹⁹ Vgl. Nikolas Benckiser, Mehr als Gewaltverzicht. In: FAZ 13.08.1970, 1.

²²⁰ Vgl. Karlheinz Renfordt, Verpaßt Ost-Berlin den Anschluß an die Entspannungspolitik?. In: FAZ 13.08.1970, 2.

Die vierte Seite, die unter der Überschrift „Die Unterschriften im Katharinensaal des Kremls“ steht, beinhaltet Reaktionen auf die Vertragsunterzeichnung aus verschiedenen Teilen der Welt.

Mit der Nachricht „Washington erwartet weitreichende Auswirkungen in Europa“²²¹ wird auf die zunächst positive Reaktion der Vereinigten Staaten eingegangen, die diesen Vertrag auch als ersten Schritt für eine Entspannung in Europa sehen. Gleichzeitig macht er Brandt zu einem unschätzbaren Verbündeten in Europa für sie, da er offensichtlich die Bemühungen um Entspannung und Zusammenarbeit in Europa vorantreibt. Gleichzeitig ist man auf die Haltung Moskaus bei den Gesprächen um die Lage Berlins gespannt.

Auch die Reaktion aus Italien wird mit der Kurznachricht „Rom: Bedeutung für ganz Europa“²²² vermittelt, und zwar durch die Beschreibung der weitreichenden und positiven Berichterstattung über die Vertragsunterzeichnung durch die italienischen Zeitungen und den Rundfunk.

Die Kurznachricht „Scharfe Kritik der Vertriebenen“²²³ beschreibt die Kritik des Bundes der Vertriebenen, der die Vertragsunterzeichnung als verfassungswidrig erklärt, da dieser Mauern als Grenzen anerkennen und somit die Auflösung Deutschlands fördern würde.

Einen großen Teil nimmt auf dieser Seite noch der Bericht „Anders als damals mit Adenauer“²²⁴ ein, in dem der Korrespondent, der schon 1955 bei der Reise Adenauers nach Moskau dabei war, einen Vergleich zwischen den beiden Treffen zieht. Zum einen führt er den Unterschied bei der Begrüßung der beiden an – Während 1955 die Journalisten noch durch Rufe zu ihren Bildern gekommen waren, waren sie jetzt abgeschirmt – und zum anderen den Unterschied in der Atmosphäre, waren 1955 doch viel mehr Witze und kleine Neckereien gefallen. Doch alles in allem liegt der Unterschied im Ergebnis: Hat 1955 durch das Treffen das damals sogenannte „Fundament“ zwischen beiden Staaten schnell wieder gebröckelt, sind sie nun Vertragsbrüder.

²²¹ Vgl. dpa, Washington erwartet weitreichende Auswirkungen in Europa. In: FAZ 13.08.1970, 4.

²²² Vgl. Vo., Rom: Bedeutung für ganz Europa. In: FAZ 13.08.1970, 4.

²²³ Vgl. dpa, Scharfe Kritik der Vertriebenen. In: FAZ 13.08.1970, 4.

²²⁴ Vgl. Walter Henkels, Anders als damals mit Adenauer. In: FAZ 13.08.1970, 4.

Der Bericht „Der deutsch-sowjetischer Vertrag von Moskau aus gesehen“²²⁵ schildert die Eindrücke des Korrespondenten von der Moskauer Bevölkerung und ihrer Meinung über den Vertrag, die, wie später noch genauer analysiert werden soll, ziemlich gering ausfällt. Des Weiteren beschäftigt er sich auch mit der Skepsis auf beiden Seiten, denn immerhin hatte man sich 15 Jahre zuvor schon einmal auf Entspannung und nähere Zusammenarbeit eingestellt, die dann jedoch scheiterte. Nichtsdestotrotz nimmt man Moskau ab, dass sein Interesse an dem Vertrag und vor allen Dingen an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht nur für sie selbst nötig, sondern auch ehrlich ist.

Als letzter Artikel in dieser Ausgabe findet sich noch die Nachricht „Positives Echo auch aus Ost-Berlin“²²⁶, die über die positiver Berichterstattung am vorherigen Tag im Fernsehen und den Zeitungen berichtete. Diese hatten einen Text der SED abgedruckt, die die Vertragsunterzeichnung und somit den Beginn einer Entspannung und eines friedlichen Miteinanders in Europa begrüßten. Damit verbunden sind für die dortige Berichterstattung auch die Anerkennung des Status quo der DDR und der Grenzen und somit die Aufgabe des Alleinvertreteranspruches der BRD, denn diese könnten nur die logische Konsequenz eines friedlichen Miteinanders sein. Zu guter Letzt wird berichtet, dass die DDR die Vertragsunterzeichnung als eine Niederlage all jener in der BRD sehe, die nicht bereit waren, die Realität anzuerkennen.

Am 14.08.1970 lassen sich in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* keine Artikel mehr zu dem Thema finden.

Nach diesem Teil der Analyse lässt sich schon sagen, dass quantitativ ein Unterschied in der Berichterstattung der beiden Zeitungen zu finden ist und dass auf der anderen Seite, die Berichterstattung allgemein nicht so hoch und vor allen Dingen in keinem so langen Zeitraum erfolgt. Beide Zeitungen legen inhaltlich Wert auf den Akt der Vertragsunterzeichnung, beide ziehen den Vergleich zu dem ersten Treffen 1955, stellen die Kritik der Opposition dar und kritisieren vor allen Dingen beide die vorzeitige Veröffentlichung des Vertragsinhaltes.

²²⁵ Vgl. Dettmar Cramer, Der deutsch-sowjetische Vertrag von Moskau aus gesehen. In: FAZ, 13.08.1970, 6.

²²⁶ Vgl. rt., Positives Echo auch aus Ost-Berlin. In: FAZ 13.08.1970, 6.

4.4.2 Sprachliche und inhaltliche Analyse einiger ausgewählter Artikel

4.4.2.1 Kommentar „Das Streiflicht“ 12.08.1970²²⁷

„Das Streiflicht“ in dieser Ausgabe nimmt die Bombendrohung für den Flieger Brandts als Aufhänger, um die vorzeitige Veröffentlichung des Inhaltes des Vertrages durch den Springer-Verlag zu kritisieren. Es erscheint dem Leser und der Leserin auch so als, gebe er genau diesem Verlag auch indirekt die Schuld an der Bombendrohung:

„Denn eine solche Verirrung kann leicht dadurch ausgelöst werden, daß mangelnde Verstandskraft eine Dauerberieselung von der Qualität der Ausverkaufsvorwürfe für bare Münze nehmen [...]“²²⁸

Diese „Dauerberieselung“ scheint sich für den Leser und die Leserin auf eben jene Zeitungen des Springer-Verlages zu beziehen, die auch durch die frühzeitige Veröffentlichung des Bahr-Papiers schon zuvor zu Unannehmlichkeiten der Regierung bezüglich der Geheimhaltung gegenüber anderen Staaten geführt hatte.

Der Kommentar kritisiert somit mehr die Veröffentlichung durch den Verlag, als die undichte Stelle, die den Verlag zu seinen Informationen gebracht hat, jedoch berichtet er am Ende davon, dass Brandt diese undichte Stelle stopfen sollte, um so etwas in Zukunft zu vermeiden und gipfelt in einem Satz, der den Besitzer des Verlages endgültig in Verlegenheit bringt und ins Lächerliche zieht:

„Jedenfalls wird Bundeskanzler Brandt das große Loch im kleinen Bonner Kessel abdichten müssen [...]. Vielleicht ernennt er dazu als seinen Sonderbeauftragten Axel C. Springer – einen Mann, der schon seit Jahren sehnlich darauf wartet, daß ihn das Vaterland ruft.“²²⁹

²²⁷ Vgl. Das Streiflicht. In: SZ 12.08.1970, 1.

²²⁸ Das Streiflicht. In: SZ 12.08.1970, 1.

²²⁹ Das Streiflicht. In: SZ 12.08.1970, 1.

4.4.2.2 Bericht „... dann können wir in Frieden leben“²³⁰

Der Bericht geht zunächst einmal auf die Verspätung Brandts durch die Bombenbedrohung ein und berichtet, dass Moskau jedoch „an Pannen auf westdeutscher Seite“ gewöhnt sei und sich somit niemand dort aufregte, als das Begrüßungszeremoniell verschoben werden musste. Brandt konnte bei seiner Ankunft so auch einige lustige Anspielungen auf das vorherige Ereignis machen, die der Bericht mit Hilfe von Zitaten darstellt.

Ein wichtiger inhaltlicher Punkt ist die Beschreibung der Moskauer Bevölkerung, die durch die geringe Berichterstattung nicht wusste, wer sich gerade in ihrem Land aufhielt und diesen auch nicht erkannte. Somit standen auch keine Menschen am Straßenrand. Der Korrespondent beschreibt die Szene als Brandt am Abend dann von ein paar Touristen erkannt und bejubelt wurde:

„[...] während zwei Dutzend Russen von der gegenüberliegenden Straßenseite sich Gedanken darüber machten, wer solche Begeisterung auszulösen vermöge.“²³¹

Als dann doch ein Russe erklären konnte, wer das auf der anderen Straßenseite sei und warum er dort sei, war die Schlussfolgerung einer alten Dame der Titel „Noch besser, dann können wir in Frieden leben“.

Nichtsdestotrotz weist dieser Bericht auf die zwiespältige Stimmung der Bewohner hin, denn die Geschichte hatte ihre Wunden hinterlassen und auch wenn sich alle Russen Entspannung wünschten, waren sie doch unsicher, ob diese auch eintreten würde. Und so endet der Bericht mit einer Redensart, die sich in Moskau entwickelte, nachdem einige Tage vor dem Besuch Brandts auch die Cholera in der UdSSR ausgebrochen war, und vermittelt so nicht nur den Zwiespalt der sowjetischen Bevölkerung, sondern löst auch ein ähnlich beklemmendes Gefühl bei den Leserinnen und Lesern aus.

„Seltsam, zusammen mit den Deutschen kommt auch die Cholera nach Moskau“²³².

²³⁰ Vgl. Josef Riedmiller, In: SZ 13.08.1970, 3.

²³¹ Josef Riedmiller, In: SZ 13.08.1970, 3.

²³² Josef Riedmiller, In: SZ 13.08.1970, 3.

4.4.2.3 Kommentar „Zuletzt noch Bombenalarm“²³³

Der Titel dieses Kommentars bezieht sich inhaltlich nur auf den letzten Teil des Kommentars und auch er sieht diesen, wie zuvor auch die *Süddeutsche Zeitung*, als eine letzte Konsequenz der vorzeitigen Veröffentlichung des Vertragsinhaltes, die das eigentliche Thema und der eigentliche Kritikpunkt dieses Kommentars ist. Dieser Kommentar kritisiert auch in erster Linie die Veröffentlichung der Informationen, und nicht den Informanten, denn es scheint die Ehre aller Zeitungen zu verletzen, dass Journalisten so etwas zu früh veröffentlichen.

*„Sie stellt nur die Verletzung internationaler Umgangsformen dar, an die sich bisher in Deutschland wie in anderen Ländern ohne dafür geschriebene Gesetze auch die Organe der öffentlichen Meinung zu halten pflegten.“*²³⁴

Auch hier wird diese Veröffentlichung als völlig sinnlos und nur schädigend, aber vor allen Dingen als eine politische Propaganda angesehen, die dann auch noch den Bombenalarm nach sich zog.

*„Es hat sie sozusagen bis zu letzten Minute gegeben: die als Schlag im Kampf für eine politische Überzeugung nicht mehr zu rechtfertigende, weil nichts mehr ändernde Veröffentlichung [...] und zu allerletzt noch den Bombenalarm, der das Flugzeug erst mit Verspätung nach Moskau starten ließ.“*²³⁵

4.4.2.4 Bericht „Der deutsch-sowjetische Vertrag von Moskau aus gesehen“²³⁶

Der wichtige Teil dieses Berichtes ist der erste Teil. Auch dieser Bericht stellt durch eine kurze, prägnante Schilderung der Atmosphäre in Moskau das Desinteresse und auch das Unwissen der Moskauer Bevölkerung über die Vertragsunterzeichnung in den Vordergrund:

*„Auf den Straßen lief der Verkehr der Weltstadt Moskau weiter. Im Park selbst setzten Russen [...] ihre Spaziergänge unbeeindruckt fort.“*²³⁷

²³³ Vgl. Nikolas Benckiser, Zuletzt noch Bombenalarm. In: FAZ 12.08.1970, 1.

²³⁴ Nikolas Benckiser, Zuletzt noch Bombenalarm. In: FAZ 12.08.1970, 1.

²³⁵ Nikolas Benckiser, Zuletzt noch Bombenalarm. In: FAZ 12.08.1970, 1.

²³⁶ Vgl. Dettmar Cramer, Der deutsch-sowjetische Vertrag von Moskau aus gesehen. In: FAZ 13.08.1970, 6.

Der Autor schafft es somit in wenigen Sätzen über die Atmosphäre in Moskau und durch die Wahl eines Adjektivs wie „unbeeindruckt“ dem Leser und der Leserin das Gefühl zu vermitteln, dass zum einen die Moskauer Bevölkerung nicht so sehr über den Vertrag informiert ist, aber es auf der anderen Seite auch nicht so ein Gewicht für sie hat.

4.4.3 Ergebnisse der Analysen

- Die Berichterstattung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ist quantitativ höher, vor allen Dingen am Tag nach der Vertragsunterzeichnung.
- Insgesamt erstreckt sich die Berichterstattung in beiden Zeitungen jedoch auf einen kurzen Zeitraum.
- Beide Zeitungen kritisieren den Springer-Verlag hart für die vorzeitige Veröffentlichung des Vertragsinhaltes.
- Die Haltung der CDU/CSU wird als veraltet dargestellt.
- Die Haltung der Moskauer Bevölkerung, sprich ihr teilweises Desinteresse oder ihre Ruhe, spielen eine wichtige Rolle.
- In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* werden der Leser und die Leserin auch über die Reaktionen aus anderen Teilen der Welt informiert, nur über die Reaktion der DDR berichten beide Zeitungen.
- Die *Süddeutsche Zeitung* zitiert mit „mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war“ den wichtigsten Satz aus Brandts Fernsehansprache.
- Generell ist die Berichterstattung nicht so emotional aufgeladen, sprich nicht so affektiv geschildert, wie zuvor die Berichterstattung aus Kassel oder Erfurt.

²³⁷ Dettmar Cramer, Der deutsch-sowjetische Vertrag von Moskau aus gesehen. In: FAZ 13.08.1970, 6.

4.5 Analyse des Warschauer Vertrages 07.-09.12.1970 und 17.-19.05.1972

4.5.1 Quantitative und kommunikative Analyse

In der *Süddeutschen Zeitung* finden sich im ersten Untersuchungszeitraum vom 07.-09.12.1970 elf Artikel.

Am Tag der Vertragsunterzeichnung, dem 07.12.1970, finden sich nur zwei Artikel.

Zunächst gibt es einmal den Leitartikel „Brandt und Scheel in Warschau“²³⁸, der die Ankunft der Delegation der Bundesrepublik und die Ankunft Brandts und Scheels in Warschau, sowie deren Unterbringung schildert. Daraufhin wird der genaue Tagesablauf des 7. Dezembers erklärt und es wird auf die Kommentare der polnischen Politiker und Medien zur kritischen Haltung der Opposition in der Bundesrepublik gegenüber dem Moskauer und Warschauer Vertrag eingegangen, bei der man sich eine Besserung erhofft.

Des Weiteren findet sich in dieser Ausgabe eine Nachricht mit dem Titel „Kein Anlass zum Feiern, aber ein Schritt zum Frieden“²³⁹, in der Stellungnahmen und Erklärungen verschiedener Politiker zu der anstehenden Unterzeichnung des Warschauer Vertrages dargestellt werden. Der Titel selbst stammt aus einer Erklärung Brandts, der klar macht, dass auch Warschau wieder nur ein weiterer Schritt auf dem langen Weg sei. Neben anderen SPD-Politikern werden aber auch die Kritiken der CDU/CSU und des „Bunds der Vertriebenen“ abgedruckt.

Am Tag nach der Unterzeichnung finden sich fünf weitere Artikel.

Zunächst gibt es wieder einen Leitartikel: „Vertrag mit Polen unterzeichnet“²⁴⁰. Hier wird als erstes die Fernsehansprache Brandts am Abend der Vertragsunterzeichnung durch einige Zitate zusammengefasst. Dann wird, um eine Fotografie des Händedrucks nach der Vertragsunterzeichnung herum, über den Ablauf der Vertragsunterzeichnung berichtet. Einen weiteren großen Teil des Artikels nimmt der Bericht über die Kranzniederlegungen Brandts ein, bei dem in einem kurzen Satz auch der Kniefall erwähnt wird. Am Ende des Artikels wird noch über die weiteren

²³⁸ Vgl. Carl. E. Buchalla, Brandt und Scheel, in Warschau. In: SZ 07.12.1970, 1-2.

²³⁹ Vgl. hn., „Kein Anlass zum Feiern, aber Schritt zum Frieden“. In: SZ 07.12.1970, 2.

²⁴⁰ Vgl. Carl E. Buchalla, Vertrag mit Polen unterzeichnet. In: SZ 08.12.1970, 1-2.

Gespräche und deren ungefähre Inhalte berichtet. Innerhalb des Artikels findet sich auch eine kurze Nachricht „Warschau“²⁴¹, die, genau wie das Ende des eigentlichen Artikels, betont, dass die Bundesrepublik und Polen nach der Ratifizierung des Vertrages diplomatische Beziehungen aufnehmen werden.

Der Bericht „Für Moskau eine logische Fortsetzung“²⁴², berichtet über die Berichterstattung in Moskau zum Warschauer Vertrag, in welcher dieser als logische Fortsetzung des Moskauer Vertrages und noch dazu als ein Vertragswerk, das den Ostblockstaaten zu verdanken ist, betrachtet wird. Allerdings wird dort nicht die Voraussetzung der Lösung der Berlin-Frage für die Ratifizierung der Verträge erwähnt, aber man fürchtet, dass die USA die Ratifizierung der Verträge durch ein Hinauszögern der Berlin-Frage sabotieren könnten.

Bemerkenswert ist auch der Bericht „Der Kanzler unterschreibt mit schwerer Hand“²⁴³ – allein durch die Auswahl der Fotos in der Mitte des Artikels: Auf dem linken Foto sieht man Gomulka mit ernster Miene nach der Vertragsunterzeichnung mit Außenminister Scheel, während das rechte Foto den Kniefall Brandts vor dem Denkmal im ehemaligen Warschauer Ghetto zeigt. Die Auswahl dieses Fotos vermittelt zum einen die Wichtigkeit dieses Kniefalls, es stellt aber auch die Demut Brandts und vor allen Dingen den Respekt dar, den er Polen gegenüber erbringt. Die Berichterstattung über den Kniefall nimmt auch einen kleinen Teil des Textes ein, der im Folgenden noch genauer analysiert werden soll. Zuvor wurden im Text über die vorangegangenen Programmpunkte berichtet und es folgt auch ein sprachlich interessanter Bericht über die Vertragsunterzeichnung und das Erscheinungsbild Brandts, der später genauer beschrieben werden soll.

Als letztes findet sich in dieser Ausgabe der Kommentar „Ein Baustein des Friedens“²⁴⁴. Dieser beschäftigt sich mit dem Ergebnis und Nutzen des Warschauer Vertrages und stellt dem aber ganz klar das Unrecht an den Deutschen im Osten gegenüber. Nachdem der Kommentar aufzeigt, dass dieser Vertrag keine ausgleichende und aufgehende Rechnung sei, sondern das Hauptziel des Friedens in Europa verfolge, stellt er neben dem Polen widerfahrenden Unrecht aber auch klar das den Deutschen im Osten widerfahrende Unrecht in den Vordergrund, an das

²⁴¹ Vgl. dpa, Warschau. In: SZ 08.12.1970, 2.

²⁴² Vgl. Josef Riedmiller, Für Moskau eine logische Fortsetzung. In: SZ 08.12.1970, 2.

²⁴³ Vgl. Hans Ulrich Kempfski, Der Kanzler unterschreibt mit schwerer Hand. In: SZ 08.12.1970, 3.

²⁴⁴ Vgl. Immanuel Birnbaum, Ein Baustein des Friedens. In: SZ 08.12.1970, 4.

auch Brandt bei seinem Besuch in Warschau erinnerte. Er weist darauf hin, dass die Grenzfrage nun endgültig geklärt sei, was für viele Deutschen vor allen Dingen im Osten zwar schmerzhaft sein müsse, aber dass es, wenn man aus der Geschichte lernen wolle, notwendig sei, längst geltende Realitäten zu akzeptieren.

Am 09.12.1970 finden sich vier weitere Artikel, darunter der Leitartikel „Warschau und Bonn vereinbaren weitere Schritte zur Normalisierung“²⁴⁵, in dem Inhalte des gemeinsamen Communiqués und der abschließenden Pressekonferenz Brandts und Cyrankiewiczs zitiert werden, die vor allen Dingen die Bedeutung des Vertrages als einen Abschluss der Vergangenheit und als Schritt in die Zukunft und zukünftige Zusammenarbeit auf wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene, auf dem Weg zu einer Normalisierung zwischen den beiden Staaten hervorheben.

Unter dem Titel „International einhellige Zustimmung“²⁴⁶ sind verschiedene Nachrichten aus aller Welt zusammengefasst. So finden sich hierin Kurznachrichten aus Moskau (dpa), Warschau (AP), Budapest (UPI), Belgrad (dpa) und Berlin (Eigener Bericht), die allesamt den wichtigen Wert des Vertrages, einerseits für die Beziehung zwischen beiden Ländern, aber auch für die Ostpolitik der Bundesrepublik und den Frieden in Europa hervorheben.

Die Nachricht „CDU/CSU: Brandt greift Ereignissen vor“²⁴⁷, berichtet über die Reaktion der Opposition auf Brandts Aussage, der Vertrag werde in der Ratifizierung eine Mehrheit erhalten, die diese mit dem Hinweis auf ihre Haltung gegenüber der Ostpolitik der Regierung, die auch der Meinung eines großen Teiles der Bevölkerung entspreche, kritisiert.

Zuletzt findet sich noch der Bericht „Wie die Stunde schlägt in Schloß Wilanow“²⁴⁸, der sich an den Bericht des Vortages anschließt und diesmal in einer interessanten, später noch genauer analysierten Art und Weise über das gemeinsame Abendessen beim Bundeskanzler berichtet, über die Worte Brandts nach der Verabschiedung seiner Gäste und über die gemeinsame Pressekonferenz. Dieser Bericht vermittelt dem Leser und der Leserin das Bild eines tief bewegten Brandts und auch das eines

²⁴⁵ Vgl. Carl E. Buchalla, Warschau und Bonn vereinbaren weitere Schritte zur Normalisierung. In: SZ 09.12.1970, 1-2.

²⁴⁶ Vgl. SZ, International einhellige Zustimmung. In: SZ 09.12.1970, 1-2.

²⁴⁷ Vgl. dr., CDU/CSU: Brandt greift Ereignissen vor. In: SZ 09.12.1970, 1.

²⁴⁸ Vgl. Hans Ulrich Kempfski, Wie die Stunde schlägt im Schloß Wilanow“. In: SZ 09.12.1970, 3.

entspannten Verhältnisses zwischen den Delegationsmitgliedern, die auch die anwesenden Journalisten verblüfft haben.

Im zweiten Untersuchungszeitraum vom 17.-19.05.1972 finden sich fünf Artikel.

Am Tag der Ratifizierung selbst, dem 17.05.1972, findet sich nur der Leitartikel „In Bonn zweifelt niemand mehr an der Zustimmung des Bundestags“²⁴⁹ zum Thema. In diesem Artikel geht es allerdings nur kurz um die zweifelsfreie Zustimmung des Bundestags und größtenteils um die Haltung der Opposition. So werden Barzel, Blühm und Leisler Kiep zitiert, die die Ostverträge befürworten, während mit Strauß die Ablehnung der Ostverträge durch die gesamte CSU untermauert wird.

Am 18.05.1972, dem Tag nach der Ratifizierung, finden sich drei Artikel zu dem Thema. Zum einen wieder der Leitartikel „Bundestag billigt Ostverträge“²⁵⁰, in dem das Ergebnis der Abstimmung und die Stellungnahmen mehrerer Politiker verschiedener Parteien zitiert werden. Einen großen Stellenwert nehmen hierbei die Äußerungen der Politiker der Opposition und die Erklärung, wie es zur geschlossenen Enthaltung der CDU/CSU gekommen sei, ein.

„Das Streiflicht“²⁵¹ an diesem Tage handelt indirekt von der Ratifizierung der Verträge. Es berichtet von der Ruhe des Volkes und von dem Versuch einzelner Politiker und einzelner Medien, das Volk aus der Ruhe zu bringen und gegen die Verträge aufzubringen, in einer Art und Weise, die später noch genauer analysiert werden soll.

Der Kommentar „Verträge der Nation“²⁵² unterstreicht den Charakter der Verträge als Verträge, die den Menschen in der Bundesrepublik, in der DDR und vor allem in Berlin das Leben erleichtern, und die deswegen auch von einem Großteil der Nation gebilligt werden, auch wenn sich die Opposition geschlossen enthalten hat. Diese geschlossene Enthaltung wird kritisiert und als „Davonstehlen“ interpretiert und das Zurückziehen der angekündigten „Jas“ einiger bekannter CDU Politiker kann nur durch eine Art Erpressung der CSU erklärt werden. Der Kommentator kritisiert die Opposition, glaubt, dass sie sich selbst geschadet habe und unterstreicht doch die Zustimmung, die diese Verträge trotzdem in der Nation haben.

²⁴⁹ Vgl. ub., In Bonn zweifelt niemand mehr an der Zustimmung des Bundestags. In: SZ 17.05.1972, 1-2.

²⁵⁰ Vgl. pel./ub., Bundestag billigt Ostverträge. In: SZ 18.05.1972, 1-2.

²⁵¹ Vgl. Das Streiflicht. In: SZ 18.05.1972, 1.

²⁵² Vgl. Hans Heigert, Verträge der Nation. In: SZ 18.05.1972, 4.

Am 19.05.1972 findet sich noch ein weiterer Artikel. Diese Nachricht trägt den Titel „Ostverträge vor der letzten Hürde“²⁵³, berichtet davon, dass die Ostverträge heute den Bundesrat vermutlich ohne Probleme passieren werden, da von Seiten der Opposition keine Widersprüche mehr angekündigt seien und zitiert Außenminister Scheel, der über die zukünftig möglichen Abkommen mit der DDR berichtet.

Auch in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* finden sich im ersten Untersuchungszeitraum neun Artikel.

Am Tag der Vertragsunterzeichnung, dem 07.12.1970, finden sich zwei Artikel.

Zunächst einmal findet sich der Leitartikel mit dem Titel „Heute Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrags“²⁵⁴, der sehr nüchtern von der Ankunft Brandts am Tage zuvor und dem heute zu absolvierenden Programm berichtet. Das Hauptaugenmerk dieses Artikels liegt vielmehr in der Zurückhaltung der Warschauer Presse, die man vor allen Dingen durch die psychologische Wirkung dieses Besuches begründet, denn auch wenn man freundlich und positiv darüber berichtet, so hält man sich doch ein wenig zurück.

Die zweite Nachricht trägt den Titel „Brandt: Erklärung vor dem Abflug“²⁵⁵ und berichtet kurz über Brandts Aussagen, dass der Vertrag noch kein Grund zum Feiern, aber ein weiterer Schritt in die richtige Richtung zur Friedenssicherheit in Europa und einer Annäherung von Ost und West sei.

Am Tag nach der Vertragsunterzeichnung, dem 08.12.1970, finden sich die meisten Artikel.

Der Leitartikel „Brandt zur Warschauer Unterschrift: Nicht Verzicht – Vernunft“²⁵⁶ beschäftigt sich zunächst einmal, wie der Titel zeigt, mit den wichtigsten Aussagen Brandts in seiner Erklärung zur Vertragsunterzeichnung, die auf der vierten Seite auch noch im Wortlaut abgedruckt ist. Die Nachricht berichtet nur knapp von dem Programm des vorherigen Tages und des heutigen, und auch die Kranzniederlegung und der Kniefall Brandts werden in nur wenigen Sätzen erwähnt. Inhaltlich liegt auch hier noch einmal der Schwerpunkt auf den Gefühlen der Polen: Ihre freundliche

²⁵³ Vgl. dr., Ostverträge vor der letzten Hürde. In: SZ 19.05.1972, 1-2.

²⁵⁴ Vgl. Hr., Heute Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrags. In: FAZ 07.12.1970, 1/4.

²⁵⁵ Vgl. R., Brandt: Erklärung vor dem Abflug. In: FAZ 07.12.1970, 4.

²⁵⁶ Vgl. Hr., Brandt zur Warschauer Unterschrift: Nicht Verzicht – Vernunft. In: FAZ 08.12.1970, 1/4.

Zurückhaltung auf den Straßen wird genau wie die vorsichtige Berichterstattung der Medien beschrieben.

Auch die beiden Kommentare der ersten Seite widmen sich dem Warschauer Vertrag. Der Kommentar „Nicht leichten Herzens“²⁵⁷ zitiert in seinem Titel die Worte Brandts, man habe sich nicht leichten Herzens aber guten Gewissens für den Vertrag entschieden. Der Kommentar weist auf die nun geweckten Hoffnungen auf Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Familienzusammenführungen und die damit verbundene Verantwortung der beiden Regierungen, die Menschen nicht zu enttäuschen, hin.

Der zweite Kommentar trägt den Titel „Zwei Völker“²⁵⁸ und soll später noch genauer analysiert werden. Er zeigt die Unterschiede der beiden Völker auf, die durch die Geographie doch Nachbarn sind und sich selbst entscheiden müssen, ob sie in Feindschaft oder Freundschaft nebeneinander leben wollen. Er weist auf die gemeinsame Vergangenheit und die verlorene Toleranz hin und betont, dass die Bundesrepublik den ersten Schritt machen müsse, um diese Toleranz wieder herzustellen.

Auch findet sich ein Bericht mit dem Titel „Der Vertrag – von Warschau aus gesehen“²⁵⁹, der in seinem ersten Teil das gesplante Gefühl der Polen zwischen Nüchternheit und dem Bewusstsein der Besonderheit des Vertrages, sowie die Gefühle der Deutschen im Osten gut erläutert. Daraufhin folgen noch Erläuterungen über die Erklärungen Gomulkas und Scheels vor diesem Treffen, in denen klar wird, dass sich beide der Wichtigkeit des Vertrages bewusst sind und daran keine Bedingungen knüpfen wollen – Gomulka nicht die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und Scheel nicht die Lösung der Berlin-Frage, denn mit dieser ist Polen nicht befasst.

Der letzte Bericht in dieser Ausgabe trägt den Titel „Brandt kniet im Ghetto nieder“²⁶⁰, ein Titel, der inhaltlich jedoch nur dem ersten Teil des Berichtes entspricht. Im weiteren Teil werden dann die Vertragsunterzeichnung und danach die Ankunft beschrieben. Bei allen drei Teilen wird, wie später noch genauer analysiert werden

²⁵⁷ Vgl. Dps., Nicht leichten Herzens. In: FAZ 08.12.1970, 1.

²⁵⁸ Vgl. Alfred *Odin*, Zwei Völker. In: FAZ 08.12.1970, 1.

²⁵⁹ Vgl. Dettmar *Cramer*, Der Vertrag: Von Warschau aus gesehen. In: FAZ 08.12.1970, 2.

²⁶⁰ Vgl. Walter *Henkels*, Brandt kniet im Ghetto nieder. In: FAZ 08.12.1970, 4.

wird, großer Bedacht auf die Beschreibung der Atmosphäre, der Menschen und der Umgebung gelegt und der Bericht hat somit eine ganz eigene Wirkung auf den Leser und die Leserin.

Am 09.12. lassen sich noch zwei weitere Nachrichten finden, wobei an die erste Nachricht, „Brandts und Crankiewicz's Pressekonferenz“²⁶¹, noch weitere Kurznachrichten aus Ost-Berlin (UPI), Moskau (Pzg.), Belgrad (Rm.), Prag (ckn.) und London (hö.) über die Reaktionen der jeweiligen Länder anschließen, nachdem der Leitartikel über die wichtigsten Aussagen der Pressekonferenz und des gemeinsamen Communiqués, in denen die Wichtigkeit dieses Vertrages und seine historische Bedeutung betont werden und das auf derselben Seite noch im Wortlaut abgedruckt ist, berichtet. Die darauf folgenden Kurznachrichten sind sozusagen das Echo auf den Vertrag, denn die Seite trägt den Titel „Der Warschauer Vertrag und sein Echo“. Sie beurteilen den Vertrag mehr oder minder positiv, bewerten ihn auf jeden Fall als einen wichtigen Schritt zur Friedenssicherung und betonen aber auch alle, dass man erst sehen müsse, was dieser Vertrag dann wirklich konkret bringen werde.

Als Zweites findet sich in dieser Ausgabe noch der Bericht „Empfang bei Gomulka und Cyrankiewicz“²⁶², in dem der Korrespondent über seine Einladung ins Schloss Wilanow berichtet, bei der er nach dem Abendessen nach der Vertragsunterzeichnung den lockeren Umgang zwischen den polnischen und deutschen Delegierten beobachten konnte. Er berichtet auch über die Frage an Brandt nach seinem Kniefall, die dieser nur ausweichend beantwortete.

In der zweiten Phase des Untersuchungszeitraums vom 17-19.05.1972 finden sich neben dem wortwörtlichen Abdruck des Warschauer und des Moskauer Vertrags in der Ausgabe vom 19.05.1972 noch drei Artikel.

Am 17.05.1972 lässt sich kein Artikel finden, erst am 18.05.1972 erscheint der Leitartikel „Die Ostverträge angenommen“²⁶³, in dem über das positive Ergebnis der Ratifizierung der Verträge im Bundestag, auf der anderen Seite über die Enthaltung

²⁶¹ Vgl. Hr., Brandts und Crankiewicz's Pressekonferenz. In: FAZ 09.12.1970, 1/4.

²⁶² Vgl. Walter *Henkels*, Empfang bei Gomulka und Cyrankiewicz. In: FAZ 09.12.1970, 4.

²⁶³ Vgl. R., Die Ostverträge angenommen. In: FAZ 18.05.1972, 1/4.

der Opposition und die dazugehörigen Stellungnahmen einiger Oppositionspolitiker berichtet wird.

Des Weiteren findet sich der Bericht „Fortschritte zwischen Deutschen und Polen“²⁶⁴, der zunächst einmal aufzeigt, welche langwieriger Vorbereitung die Vertragsunterzeichnung und die heutige Ratifizierung bedurfte und auf der anderen Seite die schon stattgefundenen Fortschritte seit Vertragsunterschrift, wie beispielsweise die Ausreise mehrerer Deutschen aus Polen oder die Zusammenkünfte deutscher und polnischer Historiker zu Schulbuch-Konferenzen, beschreibt. Er betont, dass die eigentliche Arbeit und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nach der Ratifizierung des Vertrages beginnen können.

Am 19.05.1972 widmet sich nur noch einer der beiden Kommentare der zu analysierenden Thematik, „Die Realität zweier Verträge“.²⁶⁵ Dieser ruft den Zweck dieser Verträge in Erinnerung und verteidigt sie quasi, nachdem sie nur mit der kompletten Stimmenenthaltung der Opposition angenommen wurden. Er ruft in Erinnerung, dass diese Verträge keine Freundschaft und keinen Frieden bedeuten, aber dass sie einen Spalt in den Osten für eine aktive Ostpolitik öffnen, um den Interessensausgleich zu erreichen und alte Streitfragen zu bereinigen. Sie öffnen den Spalt, der der Bundesrepublik in den letzten Jahren verwehrt war und der zu einer Lähmung der Außenpolitik führte. Es sei nun Aufgabe der Innenpolitik, dies auch zu vermitteln.

Dieser Teil der Analyse zeigt schon, dass die Berichterstattung in der ersten Phase eine emotionalere als beim Moskauer Vertrag war und vor allen Dingen das Verhältnis der deutschen und polnischen Delegation zueinander in den Vordergrund hebt, während die FAZ auch noch versucht, den Leserinnen und Lesern einen Eindruck über die Emotionen in Polen zu vermitteln. Beide Zeitungen kritisieren in der zweiten Phase die vollständige Enthaltung der Oppositionspartei, aber generell ist die Berichterstattung in der zweiten Phase quantitativ gesehen sehr gering.

²⁶⁴ Vgl. Dettmar Cramer, Fortschritte zwischen Deutschen und Polen. In: FAZ 18.05.1972, 2.

²⁶⁵ Vgl. Johann Georg Rießmüller, Die Realität zweier Verträge. In: FAZ 19.05.1972, 1.

4.5.2 Sprachliche und inhaltliche Analyse einiger ausgewählter Artikel

4.5.2.1 Bericht „Der Kanzler unterschreibt mit schwerer Hand“²⁶⁶

Das genauere Interesse an diesem Artikel liegt in der Berichterstattung über den Kniefall Brandts, der schon, wie zuvor geschildert, durch das Foto in das Blickfeld des Lesers und der Leserin rutscht. Doch nimmt dieser heute als so wichtig bewertete Akt nur einen kurzen Teil der Berichterstattung ein, in der dafür aber die Emotionen Brandts in den Vordergrund geraten.

„Er verstummt, als er sieht, wie der Kanzler, von aufgewühlten Empfindungen überwältigt, niederkniet. Brandt braucht Sekunden, die den Zeugen der Szene endlos erscheinen, bis er wieder steht. Er sieht aus, als brauche er alle Kraft, um Tränen niederzukämpfen.“²⁶⁷

Dieser einzige Kommentar zum Kniefall hebt nicht dessen Bedeutung oder den symbolischen Wert, sondern die Emotionen des Kanzlers in den Vordergrund, die man von diesem ansonsten nicht gewohnt zu sein scheint. Jedoch scheint in diesem Moment die Tragweite dieses Aktes nicht klar zu sein.

4.5.2.2 Bericht „Wie die Stunde schlägt in Schloß Wilanow“²⁶⁸

Interessant ist hierbei die Beschreibung und Bewertung der Stimmung beim abschließenden Abendessen als eine Art „Klassentreffen“ – Der Autor beschreibt das Verhältnis der Delegationen zueinander als freundschaftlich, locker und sympathisch und begründet dies mit einer „Patina des Vergessens“, also einer ganz dünnen Schicht, die die Vergangenheit wohl langsam ins Vergessen oder zumindest in den Hintergrund rückt.

Auch berichtet dieser sich an den des Vortags anschließende Bericht über die Erläuterungen Brandts in Bezug auf seinen Kniefall gegenüber den Journalisten, nach der Verabschiedung der polnischen Gäste, in denen es scheint, als sei der Kniefall doch nicht völlig spontan gewesen, sondern als hätte er sich vorher schon

²⁶⁶ Vgl. Hans Ulrich Kempfski, Der Kanzler unterschreibt mit schwerer Hand. In: SZ 08.12.1970, 3.

²⁶⁷ Hans Ulrich Kempfski, Der Kanzler unterschreibt mit schwerer Hand. In: SZ 08.12.1970, 3.

²⁶⁸ Vgl. Hans Ulrich Kempfski, Wie die Stunde schlägt in Schloß Wilanow. In: SZ 09.12.1970, 3.

Gedanken darüber gemacht, wie er sich dort verhalten solle, da ihm ein Kopfbeugen als zu wenig erschien. Aber auch wenn es der Journalist nicht vermutet, bleibt unklar, ob der Kniefall nicht doch einfach spontan war. Anhand dieses weiteren kurzen Absatzes, der sich inhaltlich mit dem Kniefall beschäftigt, wird noch einmal die Verblüffung der Menschen und vor allen Dingen auch der Journalisten angesichts dieses Aktes deutlich.

4.5.2.3 Kommentar „Das Streiflicht“ 18.05.1972²⁶⁹

Dieser Kommentar widmet sich wieder einmal der Kritik an der CSU, aber vor allen Dingen an anderen Medien: An den Medien, die versucht haben durch bestimmte Titel die Menschen gegen die Ostverträge aufzubringen und es doch nicht geschafft haben, da die Menschen dazugelernt haben und nicht mehr so leicht zu reizen sind.

„Besonders die CSU, aber auch die parallel mit ihr agitierende Publizistik, bediente sich erprobter Reizbegriffe, mit deren Hilfe wohl eine Art von Volksbewegung gezündet werden sollte“²⁷⁰

So scheint es, dass sich dieser Artikel vor allen Dingen wieder gegen die *Bild Zeitung* richtet, die schon zuvor durch die vorzeitige Veröffentlichung des Inhaltes des Warschauer Vertrages für Kritik sorgte:

„Einmal sind viele Bürger krisenbewußter und damit krisenfester geworden [...]. Zweitens scheint die heute jedermann mögliche Information aus erster Hand viel zur Schärfung des allgemeinen Urteilsvermögens beigetragen zu haben; das Fernsehen spielt bei der politischen Aufklärung eine wichtige, eine positive Rolle, es entwertet sogar Bild-Schlagzeilen.“²⁷¹

Aber dieses Zitat zeigt nicht nur die Kritik an der *Bild*, sondern gleichzeitig auch, dass die Bevölkerung politisch sicherer und weniger leicht beeinflussbar geworden ist und dass sie den Ostverträgen in einem großen Teil positiv gegenüberstehen muss, da sonst etwaige Versuche der „Aufwiegelung“ gefruchtet hätten.

²⁶⁹ Vgl. Das Streiflicht. In: SZ 18.05.1972, 1.

²⁷⁰ Das Streiflicht. In: SZ 18.05.1972, 1.

²⁷¹ Das Streiflicht. In: SZ 18.05.1972, 1.

4.5.2.4 Kommentar „Zwei Völker“²⁷²

Dieser Kommentar versucht das Verhältnis Deutschlands und Polens zueinander darzustellen und auch zu erklären.

Sprachlich interessant sind hierbei die Wortfelder „Brennen“ und „Tod, Verwundung“:

„Sie sind tief im Inneren gerissene Wunden, und sie brennen. Für sie sind die seit Kriegsende unversöhnt dahingegangenen Jahre eine zu lange Zeit gewesen. In ihnen hat sich die Erinnerung festgebrannt.“²⁷³

„Aber ins Vergessen läßt es sich nicht zurückstoßen, das Unrecht, die Gewalttat, die Folter, der Tod, die Vertreibung.[...]Grabsteine sind die Wegweiser im Verhältnis zwischen Deutschen und Polen.“²⁷⁴

Die Wahl dieser beiden Wortfelder macht für beide die Grausamkeiten in der Vergangenheit und auch das Nachwirken der Vergangenheit sichtbar. Es erklärt dem Leser und der Leserin bildlich, dass beide Völker mit der Vergangenheit zu kämpfen haben, beide Verluste erlitten haben und beide daran arbeiten müssen, dies alles hinter sich zu lassen, denn

„Deutschland und Polen haben beide teuer bezahlen müssen“²⁷⁵.

4.5.2.5 Bericht „Brandt kniet im Ghetto nieder“²⁷⁶

Der Titel dieses Berichtes, der zunächst eine lange inhaltliche Beschreibung dieses Aktes vermuten lässt, findet sich inhaltlich jedoch nur in zwei Sätzen am Ende des ersten Absatzes:

²⁷² Vgl. Karl Alfred *Odin*, Zwei Völker. In: FAZ 08.12.1970, 1.

²⁷³ Karl Alfred *Odin*, Zwei Völker. In: FAZ 08.12.1970, 1.

²⁷⁴ Karl Alfred *Odin*, Zwei Völker. In: FAZ 08.12.1970, 1.

²⁷⁵ Karl Alfred *Odin*, Zwei Völker. In: FAZ 08.12.1970, 1.

²⁷⁶ Vgl. Walter *Henkels*, Brandt kniet im Ghetto nieder. In: FAZ 09.12.1970, 4.

„Und plötzlich kniete Willy Brandt vor diesem Denkmal nieder und neigte tief das Haupt. Ein Gefühl der Scham mußte den Mann wohl durchfluten und es hab auch keinen Deutschen, dem es nicht ähnlich erging.“²⁷⁷

Auch dieser Kommentar zum Kniefall hebt wieder die Gefühle Brandts in den Vordergrund, vor allen Dingen da er zu Beginn des Absatzes bei der ersten Kranzniederlegung als „sicherer Mann“ beschrieben wurde, der „Kontenance“ bewahrte. Auch hier scheint dieser Akt zwar erwähnenswert, aber nicht aufgrund seiner Bedeutung, sondern aufgrund der Gefühlslage oder des Gefühlsausdrucks Brandts.

4.5.3 Ergebnisse der Analysen

- Die Berichterstattung in der Zeit der Vertragsunterzeichnung ist relativ hoch, die bei der Ratifizierung der Verträge recht niedrig.
- Beide Zeitungen beschreiben ein freundschaftliches Verhältnis der deutschen und polnischen Delegation.
- Der Kniefall Brandts scheint damals nicht den heutigen Wert gehabt zu haben und findet nur aufgrund des Zeigens der Gefühle durch Brandt Einbettung in die Berichterstattung.
- Beide Zeitungen bewerten den Vertrag mit Polen als positiv und versuchen auch die Gefühlswelt der Polen näher zu bringen.
- Die Haltung der Opposition wird kritisiert.
- Beide Zeitungen berichten von einem Rückhalt der Ostverträge in der Bevölkerung.
- Die *Süddeutsche Zeitung* kritisiert auch hier noch einmal die Berichterstattung einiger Medien, wie der *Bild-Zeitung*.

²⁷⁷ Walter Henkels, Brandt kniet im Ghetto nieder. In: FAZ 09.12.1970, 4.

4.6 Analyse des Grundlagenvertrages 21.12.-23.12.1972 und 11.-13.05.1973

4.6.1 Quantitative und kommunikative Analyse

Im ersten Untersuchungszeitraum finden sich in der *Süddeutschen Zeitung* sechs Artikel.

Am 21.12.1972, dem Tag der Vertragsunterzeichnung, finden sich zwei Artikel, jedoch nicht auf der Titelseite.

Ein Kommentar trägt den Namen „Talstation Grundvertrag“²⁷⁸ und soll später sprachlich noch genauer analysiert werden. In diesem Kommentar bezeichnet der Autor die Unterzeichnung des Vertrages nicht als Grund zum Jubeln, aber als einen wichtigen Tag. Er weist auf die Wichtigkeit der vorausgegangenen Briefe und Protokollvermerke hin und stellt vor allen Dingen die menschlichen Erleichterungen in den Vordergrund. Er geht auch auf die Rolle der Opposition ein, und beschreibt, dass deren Einspruch auch produktiv sein könne, es käme nur darauf an, wie sie damit umgehen werde. Trägt der Kommentar doch einen negativen Titel und beginnt auch mit einem negativen Satz, so zeigt er doch alle Für und Wider auf und spricht sich dann am Ende für den Vertrag aus, wie später noch genauer gezeigt werden wird.

Des Weiteren befindet sich in dieser Ausgabe noch eine Nachricht mit dem Titel „Grundvertrag wird heute unterzeichnet“²⁷⁹, die sich allerdings erst auf der sechsten Seite findet. Diese hebt im ersten Absatz die Überreichung des „Briefes zur deutschen Einheit“ hervor. Danach beschreibt sie den Programmverlauf des aktuellen Tages und im letzten Absatz die Ablehnung des Vertrages durch die Opposition, die durch die nicht hinreichende Klärung gewisser menschlicher Erleichterungen begründet wurde.

Am 22.12.1972, dem Tag nach der Vertragsunterzeichnung, finden sich zwei weitere Artikel. Zunächst gibt es den Leitartikel „Bahr und Kohl würdigen den Grundvertrag“²⁸⁰, der zuerst einmal kurz über den Akt der Vertragsunterzeichnung und dann zusammenfassend über die Erklärungen Brandts und Kohl berichtet, die im

²⁷⁸ Vgl. Hans Schuster, Talstation Grundvertrag. In: SZ 21.12.1972, 4.

²⁷⁹ Vgl. pel., Grundvertrag wird heute unterzeichnet. In: SZ 21.12.1972, 6.

²⁸⁰ Vgl. ki., Bahr und Kohl würdigen den Grundvertrag. In: SZ 22.12.1972, 1-2.

Wortlaut auch auf der siebten Seite dieser Ausgabe abgedruckt sind. Auf der zweiten Seite geht der Artikel auf die weiteren möglichen Folgeverträge ein und berichtet über Probleme am Tag der Vertragsunterzeichnung, wie beispielsweise über das Nicht-Zulassen einiger Journalisten aus Platzmangel.

Als Zweites findet sich der Bericht „Die Normalisierung beginnt in der Sperrzone“²⁸¹, in dem von zwei mitgereisten Korrespondenten darüber spekuliert wird, ob die Vertragsunterzeichnung zu früh für die DDR käme, da sich dort vor allen Dingen in den unteren Reihen immer mehr Befürchtungen bezüglich des Vertrages regten. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass nicht der Kanzler, sondern Egon Bahr zur Vertragsunterzeichnung angereist war und trotzdem ein riesiges Angebot an Sicherheitskräften, Polizisten und Absperrungen rund um den Ministerpalast zu sehen war. Der Bericht zeigt durch Zitate Bahrs und Kohls und andere Beispiele auf, dass der Vertrag ein Anfang sei, aber nicht die jahrelangen Feindschaften und „Verkrustungen“ sofort aus dem Weg räumen könne.

Am 23.12.1972 finden sich noch einmal zwei Artikel. Zum einen gibt es den Leitartikel „Ratifizierung des Grundvertrags eingeleitet“²⁸². Dieser berichtet zunächst über die Gedenkschrift anlässlich der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags und dann über die Übermittlung der verschiedenen Papiere an den Bundesrat, in denen die Regierung nochmals den Sinn und das Ziel des Vertrages beschreibt. Im letzten Teil wird über die Ablehnung des Vertrags durch die Opposition mit kurzen Begründungen verschiedener Politiker berichtet.

Die zweite Nachricht „DDR: Von 400 Journalisten waren 270 zugelassen“²⁸³ berichtet zunächst über Beispiele nicht zugelassener Journalisten und auch über die fehlende direkte Fernseh- und Rundfunkübertragungsmöglichkeit. Am Ende berichtet sie aber auch darüber, dass die Berichterstattung über dieses Ereignis in den Medien der DDR zu Gunsten der 50-Jahr-Feier der Sowjetunion zurücktrat und nur kurz erwähnt wurde und vermittelt somit durch den letzten Absatz dem Leser und der Leserin das Bild, dass die Unterzeichnung des Vertrages für die Medien der DDR keine große Rolle zu spielen scheint.

²⁸¹281 Vgl. Reinhard Appel/ Christel Sudan, Die Normalisierung beginnt in der Sperrzone. In: SZ 22.12.1972, 3.

²⁸² Vgl. pel., Ratifizierung des Grundvertrags eingeleitet. In: SZ 23.12.1972, 1-2.

²⁸³ Vgl. su., DDR: Von 400 Journalisten waren 270 zugelassen. In: SZ 23.12.1972, 2.

Im zweiten Untersuchungszeitraum finden sich, neben den abgedruckten Auszügen der Reden verschiedener Politiker bei der Debatte des Bundestages²⁸⁴, drei weitere Artikel.

Am Tag der Ratifizierung, dem 11.05.1973, findet sich nur die Nachricht „Harte Worte um bekannte Standpunkte“²⁸⁵, in der über die Debatten des vorherigen Tages, die bis zum Mittag dieses Tages andauern sollten, berichtet wird. Die Reden seien jedoch nur Wiederholungen der bekannten Standpunkte seit Beginn der Ostverträge und würden dadurch nicht viel Interesse finden. Am Ende werden noch einige Redner mit den für ihre Partei bekannten Aussagen zitiert.

Am 12./13.05.1973 finden sich zwei Artikel. Der Leitartikel „Für den Grundvertrag auch 4 CDU-Stimmen. UNO-Beitritt findet große Mehrheit“²⁸⁶ berichtet auf der einen Seite über das Ergebnis der Abstimmungen und die Namen der CDU-Politiker, die mit „Ja“ stimmten. Außerdem zitiert er aus der zu Protokoll gegebenen Rede Kieps, der Rede Brandts und einiger anderer Politiker, die keine großen Überraschungen aufwiesen, da die Debatte über die Ostverträge als ausdiskutiert gilt.

Des Weiteren findet sich in der Ausgabe noch der Kommentar „Ungeahnte Folgen der Ostpolitik“²⁸⁷. Dieser beschäftigt sich nur nebenbei mit den Haltungen der verschiedenen Parteien zum Grundlagenvertrag, sondern er erklärt an Hand dieser vordergründig, dass es zu einer Spaltung der Parteien kommen könnte – einer Spaltung der CDU und der CSU, einer Spaltung der linken Parteien oder auch einer Entstehung einer kommunistischen Partei. Dieser interessante Gedankengang soll später noch genauer analysiert werden.

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* finden sich im ersten Untersuchungszeitraum neben den Erklärungen Bahrs und Kohl im Wortlaut²⁸⁸ sieben Artikel.

²⁸⁴ Vgl. Der deutsche Bundestag debattiert über Grundvertrag und UNO-Beitritt. In: SZ 11.05.1973,6-7/ In: SZ 12.13.05.1973, 8.

²⁸⁵ Vgl. ub./rhy., Harte Worte um bekannte Standpunkte- In: SZ 11.05.1973, 1-2.

²⁸⁶ Vgl. ub., Für den Grundvertrag auch vier CDU-Stimmen. UNO-Beitritt findet große Mehrheit. In: SZ 12./13.05.1973, 1-2.

²⁸⁷ Vgl. Hans Reiser, Ungeahnte Folgen der Ostpolitik. In: SZ 12./13.05.1973, 4.

²⁸⁸ Vgl. Egon Bahr, Die Erleichterungen sind kein einmaliger Akt. In: FAZ 22.12.1972,4. / Vgl. Michael Kohl, Anerkennung der uneingeschränkten Souveränität. In: FAZ 22.12.1972, 4.

Am 21.12.1972, dem Tag der Vertragsunterzeichnung, finden sich zwei Artikel. Zum einen gibt es die Kurznachricht „Heute wird der Grundvertrag unterzeichnet“²⁸⁹, in der kurz über die Unterzeichnung und den Ablauf des Tages berichtet wird.

Zu dieser Kurznachricht finden sich auf der siebten Seite unter der Überschrift „Zur Unterzeichnung des Grundvertrags“ und der Frage „Wird die deutsche Frage offen bleiben?“ Beiträge der Professoren Martin Kriele und Hans Buchheim. Krieles Beitrag²⁹⁰ stellt die Bedeutung des Grundvertrags für die deutsche Einheit als mehrschichtiges Problem dar und hebt dabei in jeder Schicht hervor, dass der Grundlagenvertrag die deutsche Frage und das Ziel der Wiedervereinigung offen halte und diese durch den Vertrag nicht gestoppt werde, sondern der Vertrag die Realität anerkenne und alles was momentan zu erreichen war, erreicht habe. Buchheims Beitrag hingegen kritisiert den Vertrag dahingehend, dass er durch seine schwammigen Formulierungen die Unfreiheit in der DDR tolerieren und anerkennen würde. Auch wenn er die Anerkennung der DDR selbst für unumgebar hält, glaubt er doch, dass der Weg zur Einheit über eben diesen womöglichen Verzicht an Freiheit falsch sei.

Am 22.12.1972, dem Tag nach der Unterzeichnung, finden sich fünf Beiträge. Zunächst findet sich der Leitartikel „Bahr und Kohl erhoffen vom Grundvertrag gut nachbarliche Beziehungen“²⁹¹, der vor allen Dingen über wichtige Punkte des Vertrages, wie die Anerkennung der Grenzen, die Zusammenarbeit auf wissenschaftlicher Ebene und die Reise- oder Arbeitsmöglichkeiten von Journalisten, sowie von wichtigen Punkten der Erklärungen Bahrs und Kohls und der Pressekonferenz berichtet.

Dem Thema widmet sich auch der Kommentar „Ernüchternd“²⁹², der auf das wenig festliche Zeremoniell, die versteinerten Gesichter bei der Vertragsunterzeichnung, die fehlenden Gemeinsamkeiten und die nicht erreichte Einigkeit Deutschlands hinweist und berichtet, man könne sich nur auf die Versprechen der DDR bezüglich der menschlichen Erleichterungen verlassen, die schon durch die Nicht-Zulassung vieler Journalisten am gestrigen Tag nicht sehr wahrscheinlich erscheinen.

²⁸⁹ Vgl. AP, Heute wird der Grundvertrag unterzeichnet. In: FAZ 21.12.1972, 1.

²⁹⁰ Vgl. Martin Kriele, Das Erreichbare ist erreicht. In: FAZ 21.12.1972, 7.

²⁹¹ Vgl. Ws., Bahr und Kohl erhoffen vom Grundvertrag gut nachbarliche Beziehungen. In: FAZ, 22.12.1972, 1/4.

²⁹² Vgl. Rm., Ernüchternd. In: FAZ 22.12.1972, 1.

Die dritte Seite widmet sich unter der Überschrift „Die Unterzeichnung des Grundvertrags“ mit drei weiteren Artikeln dem Thema. Ein Bericht trägt den Titel „Angst vor den Folgen belastet die Unterzeichnung“²⁹³. In diesem ist ein Interview mit einem Herren aus der DDR eingebunden, der deutlich macht, warum es für sie so schwierig ist, West-Kontakte zu haben und zu pflegen und dass die SED-Regierung sich immer an den Vertrag halten würde und die Schuld von sich weisen würde, dass ihre Bevölkerung keine Kontakte zu ihren Verwandten in West-Deutschland haben wolle. Dieser Artikel, der die Skepsis der DDR-Bevölkerung gut erläutert, soll später noch genauer analysiert werden.

Der Bericht „Kein Anlaß für Glanz und Gloria“²⁹⁴ berichtet vom Flug Bahrs nach Ost-Berlin, bei dem er noch einmal mit den Journalisten redete und betonte, dass das gesellschaftliche System wichtiger sei als die Einheit. Danach berichtet der Journalist über den kurzen und nüchternen Empfang und eine Nüchternheit, die sich auch den ganzen Weg bis zum Ministerpalast fortsetze. Er berichtet über das Fernhalten der Bevölkerung Ost-Berlins und auch die geringe Medienberichtserstattung über die Vertragsunterzeichnung dort. Die Tatsache, dass Bahr statt Brandt zur Unterzeichnung anreiste, sieht der Journalist als Angst der SED-Regierung, wieder die „Kontrolle“ zu verlieren, wie bei Brandts Besuch in Erfurt, und gleichzeitig als ein Symbol dieser Besonderheit der innerdeutschen Situation.

Als letzter Artikel in dieser Ausgabe findet sich auf der Seite noch die Nachricht „Barzel: Die Einheit der Nation ist nicht die Grundlage“²⁹⁵. Dieser berichtet über die Reaktionen der Opposition zur Vertragsunterzeichnung durch Barzel und Schröder, die beide die Unterzeichnung kritisierten und für einen falschen Schritt befinden. Er berichtet gleichzeitig über die Reaktion der Regierung darauf, mit Brandts Erklärung, der Vertrag sei ein weiterer Schritt auf dem Weg in die richtige Richtung und mit Mischicks Aussagen, die Ablehnung der Opposition sei ein Sieg der CSU über die CDU und der Vertrag sei eine Erleichterung für viele Menschen und könne das Nationsgefühl stärken.

²⁹³ Vgl. Peter Jochen *Winters*, Angst vor den Folgen belastet die Unterzeichnung. In: FAZ 22.12.1972, 3.

²⁹⁴ Vgl. Dettmar *Cramer*, Kein Anlaß für Glanz und Gloria. In: FAZ 22.12.1972, 3.

²⁹⁵ Vgl. R./rme., Die Einheit der Nation ist nicht die Grundlage. In: FAZ 22.12.1972, 3.

In der zweiten Untersuchungsphase finden sich drei Artikel und zusätzlich der Abdruck der Zusammenfassung der Reden Brandts²⁹⁶, Kiesingers²⁹⁷, Wehners²⁹⁸ und der schriftlich abgegebenen Erklärung Kieps²⁹⁹ vor der Abstimmung im Bundestag.

Am 11.05.1973 findet sich nur die Nachricht „Mit bekannten Argumenten für und wider den Grundvertrag“³⁰⁰, die über die sachliche aber unspektakuläre Diskussion zur Ratifizierung des Grundlagenvertrages im Bundestag berichtet, bei der nur die altbekannten Standpunkte der verschiedenen Parteien wiederholt wurden.

Am 12.05.1973 findet sich neben den schon erwähnten Reden verschiedener Politiker der Leitartikel „Grundvertrag und UN-Beitritt gebilligt. Brandt fordert ‚deutschen Realismus‘ von der DDR“³⁰¹, in dem die später genauer dargestellten Reden der verschiedenen Politiker kurz zusammengefasst werden und über das Ergebnis der Abstimmung berichtet wird, bei dem hervorgehoben wird, dass auch vier CDU-Politiker für den Grundvertrag stimmten.

Außerdem widmet sich der Kommentar „Lesearten der Ostpolitik“³⁰², der später noch genauer analysiert werden soll, der Thematik. In diesem Kommentar weist der Journalist darauf hin, dass die Opposition mit vielen Einwänden Recht habe und die Regierung vieles schön rede, aber dass der Vertrag dennoch notwendig und richtig gewesen sei, und die Opposition dazu auch mit einem „Ja, aber“ und nicht mit einem „Nein“ stehen solle.

²⁹⁶ Vgl. AP, Willy Brandt: Ohne Hoffnung auf Wiederkehr des deutschen Nationalstaats. In: FAZ 12.05.1973, 2.

²⁹⁷ Vgl. AP, Kurt-Georg Kiesinger: „Ergebnisse des Krieges ein für allemal anerkannt“. In: FAZ 12.05.1973, 2.

²⁹⁸ Vgl. AP, Herbert Wehner: Der Vertrag kann fundamentale Gegensätze nicht beseitigen. In: FAZ 12.05.1973, 2.

²⁹⁹ Vgl. F.A.Z., Kiep begründet seine Zustimmung zum Grundvertrag. In: FAZ 12.05.1973, 2.

³⁰⁰ Vgl. Dettmar Cramer, Mit bekannten Argumenten für und wider den Grundvertrag. In: FAZ 11.05.1973, 1/7.

³⁰¹ Vgl. Dettmar Cramer, Grundvertrag und UN-Beitritt gebilligt. Brandt fordert „deutschen Realismus“ von der DDR. In: FAZ 12.05.1973, 1/4.

³⁰² Vgl. Günther Gillesen, Lesearten der Ostpolitik. In: FAZ 12.05.1973, 1.

4.6.2 Sprachliche und inhaltliche Analyse einiger ausgewählter Artikel

4.6.2.1 Kommentar „Talstation Grundvertrag“³⁰³

Bei diesem Kommentar liegt das erste Hauptaugenmerk auf dem Titel und dem Wort „Talstation“. Der Titel löst in dem Leser und der Leserin das Gefühl aus, als sei man mit dem Vertrag ganz unten angekommen, am Ende, gescheitert und abgestürzt.

Auch wird dieser Vertrag als „Schlußstein“ bezeichnet:

„[...] wäre auch der vorliegende Vertrag gar nicht möglich gewesen, als Schlußstein in einem komplizierten ostpolitischen Gebäude aus den Elementen des Moskauer und des Warschauer Vertrages sowie der Berlin-Regelung.“³⁰⁴

Die Bezeichnung „Schlußstein“ hat wieder die Bedeutung von „Ende“ – als sei er das Ende der Bemühungen, das Ende langer Diskussionen und Kämpfe, ob positiv oder negativ sei mal dahingestellt.

Doch beschreibt der Verfasser dann im Laufe des Kommentares die Wichtigkeit dieses Vertrages und kritisiert das „Nein“ der Opposition. Am Ende des Kommentares erkennen der Leser und die Leserin die Doppeldeutigkeit der Worte:

„In diesem Sinne ist der Grundvertrag kein Schlußstein, sondern ein Anfang – der Anfang eines Weges aus einer tiefen Talsohle“³⁰⁵

So ist der Vertrag als „Schlußstein“ also der Schluss von langen Bemühungen, die den Anfang einer neuen Zeit ermöglichen und mit ihr den Weg aus dem Tal heraus. Er ist also die erste Station – die Talstation – die uns aus dem Tal heraus auf den Gipfel führen kann.

³⁰³ Vgl. Hans Schuster, Talstation Grundvertrag. In: SZ 21.12.1972, 4.

³⁰⁴ Hans Schuster, Talstation Grundvertrag. In: SZ 21.12.1972, 4.

³⁰⁵ Hans Schuster, Talstation Grundvertrag. In: SZ 21.12.1972, 4.

4.6.2.2 Kommentar „Ungeahnte Folgen der Ostpolitik“³⁰⁶

Der Kommentar, der keine Folgen des Vertrages für die Außenpolitik, sondern Folgen für die Innenpolitik durch die mögliche Spaltung von Parteien und Entstehung neuer Parteien aufzeigt, widmet sich somit inhaltlich schon einem ganz anderen Punkt.

Auch in diesem Bericht fällt ganz oft das Wort „Wandel“, der aber in diesem Fall nicht nur die Außen- sondern auch die Innenpolitik betrifft:

*„Dem tiefgründigen Wandel der Bonner Deutschlandpolitik [...] entspricht eine Wandlung der innenpolitischen Landschaft [...]“*³⁰⁷

Das für diesen Vertrag so oft genutzte Wortfeld des „Wandels“ wird hier auf eine andere Sache übertragen, den Wandel innerhalb der Innenpolitik. Der Verfasser macht damit darauf aufmerksam, dass dieser Vertrag nicht nur Folgen bezüglich des Verhältnisses BRD-DDR habe, sondern auch für die Innenpolitik der BRD selbst.

Der Streit zwischen CDU und CSU dient als Ausgangspunkt dieser Annahme, der Verfasser zeigt jedoch auf, dass ein solcher Streit auch innerhalb anderer Parteien möglich ist. Er hält seine Annahme für möglich, wenn auch nicht sicher, aber dennoch denkbar:

*„Vielleicht ist das Ganze auch nur Theaterdonner über den Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs. Ein Trugschluß wäre jedoch die Annahme, in diesem Falle ginge es nur um Personen, nicht um politische Inhalte.“*³⁰⁸

Die Wahl der Metapher des „Theaterdonners“ macht dies deutlich. Ein Theaterdonner ist künstlich und inszeniert, aber dennoch erschreckend und laut. Somit sind die Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU vielleicht nur inszeniert, laut und übertrieben, aber sie wirken echt, haben einen Effekt und vielleicht erweisen sie sich doch als wahr.

Und somit schließt der Verfasser seinen Kommentar bezüglich der möglichen Spaltung der Parteienlandschaft mit folgenden Worten:

³⁰⁶ Vgl. Hans Reisser, Ungeahnte Folgen der Ostpolitik. In: SZ 12./13.05.1973, 4.

³⁰⁷ Hans Reisser, Ungeahnte Folgen der Ostpolitik. In: SZ 12./13.05.1973, 4.

³⁰⁸ Hans Reisser, Ungeahnte Folgen der Ostpolitik. In: SZ 12./13.05.1973, 4.

„Dies mag wie eine Utopie erscheinen, eine Prognose ist es nicht, eher ein Alptraum, wünschenswert ist es nicht, aber denkbar. Die Ostpolitik wird dadurch nicht falsch, daß sie einer der Auslößer für eine solche Entwicklung sein könnte. Sie böte nur vordergründig Anlaß. Die Ursachen lägen woanders und tiefer.“³⁰⁹

Mit diesem Abschluss und der Wahl der Symbole „Utopie“ und „Alptraum“ wirken die Überlegungen des Verfassers für den Leser und die Leserin möglich, aber nicht sicher aber der Autor vermittelt auch, dass die Ostpolitik daran nicht „Schuld“ wäre, sondern nur ein Auslöser, der das zu Tage bringt, was schon lange irgendwo schlummert.

4.6.2.3 Bericht „Angst vor den Folgen der Unterzeichnung“³¹⁰

Dieser Bericht vermittelt dem Leser und der Leserin ein Bild, warum sich die Bevölkerung Ost-Berlins wohl kaum um die Vertragsunterzeichnung kümmerte. Dies lag nicht nur an der geringen Medienbestattung oder der Abschirmung der Leute, sondern an ganz anderen Dingen:

„Daß der Grundvertrag unterzeichnet wird, interessiert sie nicht sonderlich. Willy Brandt ist ja nicht zur Unterzeichnung gekommen, und im übrigens hat man sich hier ein gesundes Maß an Skepsis, ja Mißtrauen gegenüber den schönen Worten der Partei-und Staatsführung bewahrt.“³¹¹

Die in diesem ersten Absatz vermittelten Informationen belegt der Verfasser dann mit dem Einflechten eines Interviews, das er wohl mit einem älteren Herrn aus Ost-Berlin geführt hat. In diesem Interview erzählt dieser von Beispielen, von Menschen die aus lauter Angst vor Nachteilen keinen Besuch von ihren Verwandten wollen und vermittelt dadurch Einzelschicksale, die ein gewisses Maß an Glaubwürdigkeit beim Leser und der Leserin erzeugen. Der Einsatz dieses Interviews und der darin gegebenen Einzelbeispiele macht die Aussagen der Verfassers logisch, nachvollziehbar und glaubwürdig und lässt so im Leser und der Leserin Zweifel daran aufkommen, ob der Vertrag wirklich menschliche Erleichterungen bringen könne, da

³⁰⁹ Hans Reisser, Ungeahnte Folgen der Ostpolitik. In: SZ 12./13.05.1973, 4.

³¹⁰ Vgl. Peter Jochen Winters, Angst vor den Folgen der Unterzeichnung. In: FAZ 22.12.1972, 3.

³¹¹ Peter Jochen Winters, Angst vor den Folgen der Unterzeichnung. In: FAZ 22.12.1972, 3.

anscheinend die SED-Regierung ihre Bevölkerung einschüchtern kann, auch wenn sie sich offiziell an den Vertrag halten würde.

4.6.2.4 Kommentar „Lesearten der Ostpolitik“³¹²

Das sprachlich Interessante dieses Kommentares liegt in der Art und Weise, wie der Verfasser zuerst den Bedenken der Opposition zustimmt und dann doch aufzeigt, dass diese sich doch für den Grundlagenvertrag äußern sollte.

„So behält die Regierung trotz eines schlechten Verhandlungsergebnisses recht mit der Annahme des Vertrages und die Opposition trotz zahlreicher wichtiger Einzeleinwände unrecht, als sie ihn ablehnte.“³¹³

In diesem einen Satz schafft es der Verfasser also drei Aussagen zu tätigen: Erstens hat die Regierung bei der Aushandlung des Vertrages ein schlechtes Ergebnis erzielt, zweitens hat die Opposition gute und richtige Einwände gegen dieses Vertragswerk und drittens ist es trotzdem richtig und gut diesen Vertrag zu ratifizieren. Die darauf folgende Begründung ist, dass der Vertrag ein Erfolg sei, da er die DDR zu einer Öffnung gegenüber der Wissenschaft, der Technik und ähnlichem bewege, was sie bisher aus Angst vor Einflüssen auf ihre Bevölkerung vermieden hatte und somit zu einem Aufbrechen der Abgrenzung führe. Am Ende weist er darauf hin, dass es wichtig sei das weitere Vorgehen zu diskutieren, dass hierfür die Opposition und ihre Warnungen wichtig seien, und fordert diese auf, sich nicht mit einem „Nein“ rauszuhalten, sondern sich mit einem „Ja, aber“ an der Diskussion zu beteiligen.

4.6.3 Ergebnisse der Analysen

- Die Berichterstattung ist quantitativ geringfügig geringer als beim Moskauer oder Warschauer Vertrag, allerdings sind die Beiträge wesentlich kürzer.

³¹² Vgl. Günther *Gillessen*, Lesearten der Ostpolitik. In: FAZ 12.05.1973, 1.

³¹³ Günther *Gillessen*, Lesearten der Ostpolitik. In: FAZ 12.05.1973, 1.

- Es gibt weniger Kommentare und auch weniger Berichte als bei den vorherigen Ostverträgen.
- Das Verhalten der Opposition wird auch hier wieder kritisiert, auch wenn vor allen Dingen die *Süddeutsche Zeitung* einräumt, dass manche Einwände berechtigt sind.
- Die Anerkennung der DDR wird aber grundsätzlich als eine notwendige Anerkennung der Realitäten anerkannt.
- Es gibt keine Berichte über die Berichterstattung in anderen Ländern außer in der DDR, aber auch hier wird nur kurz erwähnt, dass diese sehr gering ausfällt.
- Das Interesse der Menschen, sowohl in der BRD als auch in der DDR, scheint nach der Berichterstattung nicht so groß zu sein wie bei den Treffen in Erfurt oder Kassel.
- Sowohl die Vertragsunterzeichnung selbst, als auch die Berichterstattung stellen sich sehr nüchtern und oftmals emotionslos dar.

4.7 Analyse der „Schlussakte von Helsinki, KSZE“ 01.-05.08.1973

Die KSZE und die Schlussakte von Helsinki sind nicht wie die zuvor untersuchten Ereignisse ein direktes Vorgehen oder ein direkter Erfolg der Ostpolitik, weswegen sie auch nicht wie die vorherigen Ereignisse untersucht werden können. Natürlich wurde über die KSZE viel berichtet, aber untersucht werden soll sie „nur“ auf den Gesichtspunkt hin, ob im Zuge der Berichterstattung über die KSZE der Erfolg und der Wandel der Ostpolitik erwähnt, in Zusammenhang gebracht und gewürdigt werden.

Deswegen wird in der nun folgenden Analyse im ersten Schritt nur kurz erwähnt werden, welche und wie viele Artikel es gibt und im zweiten Schritt genauer auf die Artikel eingegangen, die in Bezug zur Ostpolitik stehen.

4.7.1 Quantitative und kommunikative Analyse

Im Untersuchungszeitraum finden sich in der *Süddeutschen Zeitung* acht Artikel.

Am 01.08.1975 findet sich der Leitartikel „Breschnew und andere Ostblock-Führer fordern jetzt militärische Entspannung“³¹⁴, der über die Grundsatzserklärungen verschiedener Länder in Helsinki berichtet.

Am 02.08.1975 findet sich der Leitartikel „35 Staaten bekräftigen Entspannungswillen in Europa. Ford unterstreicht die Bedeutung Europas“³¹⁵, der die Unterzeichnung der Schlussakte, deren Inhalt und die teilnehmenden Staaten beschreibt und dazu Auszüge aus den Reden einzelner Politiker abdruckt.

Der Bericht „Als Party-Gast beim Sommerfest Europas“³¹⁶ schildert den Eindruck des Verfassers aus Helsinki, bei dem er dieses Gipfeltreffen mit anderen vergleicht und sich Breschnew und Ford näher widmet.

Der Kommentar „Europas kalter Frieden“³¹⁷ berichtet über die Wandlung des Kalten Krieges zum Kalten Frieden und stellt damit die Ängste des Westens und die Erwartungen des Ostens gegeneinander in den Vordergrund. In diesem Kommentar wird die Anerkennung der DDR durch Bonn zwar erwähnt, aber nur mit dem Hinweis, dass sie so oder so gekommen wäre, auch ohne das Einverständnis Bonns. Auch werden die Ostverträge erwähnt, aber in dem Zusammenhang, dass diese die Unantastbarkeit der Grenzen des Ostens bestätigt hatten und somit die BRD einen wichtigen Verbündeten für die Ostblockstaaten in Helsinki darstellt. Allerdings wird kein Zusammenhang zwischen dem Erfolg der Ostpolitik und dem Zustandekommen der Schlussakte von Helsinki gezogen.

Am 04.08.1975 lassen sich zwei Artikel finden. Der Bericht „Ost-Berlin veröffentlicht Schlußakte“³¹⁸ und die Nachricht „DDR: Wiedervereinigung kein Thema mehr“³¹⁹ vermitteln den Leserinnen und Lesern den Umgang der Medien in der DDR mit der Schlussakte und die Reaktionen Ost-Berlins auf das Ergebnis bezüglich der Wiedervereinigung.

³¹⁴ Vgl. AP, Breschnew und andere Ostblock-Führer fordern jetzt militärische Entspannung. In: SZ 01.08.1975, 1-2.

³¹⁵ AP, 35 Staaten bekräftigen Entspannungswillen in Europa. Ford betont die Bedeutung Europas. In: SZ 02.08.1975, 1-2.

³¹⁶ Vgl. Hans Ulrich *Kempski*, Als Party-Gast beim Sommerfest Europas. In: SZ 02.08.1975, 3.

³¹⁷ Vgl. Dieter *Schröder*, Europas kalter Frieden. In: SZ 02.08.1975, 4.

³¹⁸ Vgl. Peter *Pragel*, Ost-Berlin veröffentlicht Schlußakte. In: SZ 04.08.1975, 2.

³¹⁹ Vgl. AP, DDR: Wiedervereinigung kein Thema mehr. In: SZ 04.08.1975, 2.

Auch am 05.08.1975 lassen sich noch einmal zwei Artikel finden. Der Leitartikel „Deutliche Unterschiede bei der Opposition bei der Bewertung der Schlußakte“³²⁰ beschreibt verschiedene Haltungen in der Opposition. Der Kommentar „Das Streiflicht“³²¹ beschreibt den „Geist von Helsinki“, der nicht falsch sei, aber mit Vorsicht zu genießen und widerspricht so den Kritikern der Schlussakte, die diese als Unterwerfung des Westens ansehen.

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* lassen sich in diesem Zeitraum nur halb so viele, also vier, Artikel finden.

Am 01.08.1975 beschäftigt sich der Leitartikel „Breschnew, Gierek und Giscard machen in Helsinki die Differenzen zwischen Ost und West deutlich“³²² mit den Reden der genannten Politiker in Helsinki.

Der Bericht „Ein sachliches, nützliches und nicht verkrampftes Gespräch“³²³ zitiert die Reden Honeckers und Schmidts in Helsinki und beschreibt einen sachlichen Umgang der Vertreter der beiden deutschen Staaten miteinander.

Am 04.08.1975 wird mit „DDR veröffentlicht Helsinki-Wortlaut“³²⁴ auch hervorgehoben, dass die Medien der DDR den Bürgerinnen und Bürgern den vollen Umfang der Helsinki-Akte zugänglich machen.

Am 05.08.1975 bildet die Nachricht „DDR auch gegen friedliche Grenzänderungen“³²⁵ den letzten Artikel, in dem über die Aussage der DDR gesprochen wird, dass die Schlussakte von Helsinki die Unantastbarkeit der Grenzen besiegelt.

³²⁰ Vgl. dr., Deutliche Unterschiede bei der Opposition bei der Bewertung der Sicherheitskonferenz. In: SZ 05.08.1975, 1-2.

³²¹ Vgl. Das Streiflicht. In: SZ 05.08.1975, 1.

³²² Vgl. haw., Brechnew, Gierek und Giscard machen in Helsinki die Differenzen zwischen Ost und West deutlich. In: FAZ 01.08.1975, 1-2.

³²³ Vgl. Hans Achim Weseloh, Ein sachliches, nützliches und nicht verkrampftes Gespräch. In: FAZ 01.08.1975, 4.

³²⁴ Vgl. E.L., DDR veröffentlicht Helsinki-Wortlaut. In: FAZ 04.08.1975, 2

³²⁵ Vgl. E.L., DDR auch gegen friedliche Grenzänderungen. In: FAZ 05.08.1975, 2

4.7.2 Sprachliche und inhaltliche Analyse einiger ausgewählter Artikel

Da keiner der Artikel einen Zusammenhang zwischen der Unterzeichnung der Schlussakte und dem erfolgreichen Wandel der Ostpolitik der Bundesrepublik darstellt, gibt es unter diesem Punkt keinen Artikel zu analysieren.

4.7.3 Ergebnisse der Analysen

- Keine der beiden Zeitungen berichtet über einen Zusammenhang der Ostpolitik der Bundesrepublik mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki.
- Das mediale Interesse an der Unterzeichnung der Schlussakte ist nicht so hoch wie bei der Unterzeichnung der Ostverträge.
- Allerdings wird auch hier über die Berichterstattung in der DDR berichtet.
- Die „Besiegelung der Unantastbarkeit der Grenzen“, wie die DDR es bezeichnet, wird von beiden Zeitungen in den Vordergrund gestellt.

5 Die Auswertung der Medienanalyse: Ein Vergleich der Ergebnisse mit der Sekundärliteratur

5.1 Die Friedensnote

Die quantitativ geringfügige Berichterstattung über die Friedensnote zu dieser Zeit hatte sicherlich auch mit deren Inhalt zu tun. Die Zeitungen informierten die Leserinnen und Leser objektiv und sachlich über den Inhalt der Note, aber da dieser im Großen und Ganzen nichts Neues darstellte, war auch das Interesse der Berichterstattung nicht sehr hoch.

Die von der Zeitung angebrachte Kritik, dass es sich um eine passive Note handle, die nur geringe Fortschritte aufweise und vor allen Dingen Voraussetzungen erwarte, die nur Ergebnisse langer Verhandlungen sein können findet sich auch in der Sekundärliteratur:

„Die ‚Friedensnote‘ enthielt noch einmal die ganze Erhard-Zeit: guten Willen, wenig Neues und die alten Fehler, verstärkt durch viel Ungeschick. Der einzige Fortschritt lag in dem Angebot, Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen, wiederum mit Ausnahme der DDR.“³²⁶

Dieses Zitat unterstützt nicht nur die Aussage, dass die Note nichts wirklich Neues enthielt, sie unterstützt auch die Kritik, denn die alten Fehler beziehen sich auf die Nicht-Anerkennung der Oder-Neiße-Linie oder der DDR.

Auch in einer anderen Sekundärliteratur bestätigt sich die Tatsache, dass die Note keine wirklich neuen Informationen enthielt und sie erklärt zudem noch ein anderes Ergebnis der Analyse:

„Sie war mehr eine Zusammenfassung der Bonner Politik, als eine kühne neue Initiative, zum großen Teil eine Reaktion auf den vom Westen ausgeübten Druck und wurde in der Hoffnung abgefaßt, Osteuropa beeinflussen zu können.“³²⁷

Die Tatsache, dass die Note wohl auch auf den Druck der Westmächte hin entstand, die eine Entspannung in Europa forderten, ist eine Erklärung dafür, warum in den Zeitungen die Berichterstattung über die Reaktionen der Westmächte überwiegt und interessanter erscheint. Nachdem die Bundesrepublik in der Kritik der Westmächte stand, und diese von ihr Schritte zur Entspannung forderten, ist es nun für die Medien und die öffentliche Meinung von Bedeutung, darüber zu berichten, wie dieser „Versuch“ der Entspannung bei den Westmächten aufgenommen und bewertet wird.

Auf der anderen Seite ließ sich im Zuge der Medienanalyse auch erkennen, dass die Berichterstattung der östlichen Medien sehr negativ, oder besser gesagt negativ in Bezug auf die Bundesrepublik dargestellt wurde, die die Friedensnote nur als „großen Bluff“ oder nicht ehrliche Friedensbemühungen darstellten. Diese Reaktion der östlichen Medien, lässt sich aber bei genauerem Betrachten auch begründen:

„Aus östlicher Sicht mußte diese Note nicht nur als Fortsetzung, sondern als Verschärfung der Bonner Politik erscheinen. Alle Ansprüche wurden offiziell, fast feierlich als Botschaft an die gesamte Welt wiederholt; und daß dies unter der

³²⁶ Bender, Neue Ostpolitik, 113.

³²⁷ Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 176.

Aufschrift ‚Frieden‘ geschah, machte die Sache für Leute, die mißtrauisch waren, noch gefährlicher.“³²⁸

Diese Aussage erklärt, genau wie die Tatsache, dass die Note nichts Neues und unrealistische Voraussetzungen enthielt, warum die Berichterstattung in den östlichen Medien so negativ war. Denn auch wenn die Friedensnote ein Anfang war, ein Schritt in die richtige Richtung, so war es doch ein ungeschickter Schritt, der auf den Osten nicht ehrlich und sogar gefährlich wirkte.

Doch ließ sich schon zu dieser Zeit im Osten auch eine andere Entwicklung in Bezug auf die Bundesrepublik erkennen:

„Wer immer Gelegenheit erhielt, die Bundesrepublik in Augenschein zu nehmen, und sich dabei Unbefangenheit bewahrte, der sah, spürte und schrieb auch manchmal, daß dies nicht mehr das Deutschland Hitlers war.“³²⁹

Diese neue Entwicklung ließ sich wohl zu dieser Zeit noch nicht erkennen, zumindest wenn man der Berichterstattung der Medien in der Bundesrepublik Glauben schenkt.

Die Sekundärliteratur erklärt also in diesem Falle die quantitativ geringere Berichterstattung und liefert auch den Grund, warum die Berichterstattung über die Reaktionen des Westens von öffentlichem Interesse war.

5.2 Das Treffen von Erfurt

Die quantitativ hohe und vor allem auch detailreiche Berichterstattung, sowohl durch Nachrichten, als auch durch Berichte und Kommentare der Medienanalyse zeigt, welch hohes mediales und somit auch öffentliches Interesse dieses erste Gipfeltreffen zwischen Brandt und Stoph hatte.

Die Emotionen, die vor allen Dingen durch die Berichte und die Fotos den Leserinnen und Lesern vermittelt werden, decken sich auch mit den Erinnerungen Brandts:

³²⁸ Bender, Neue Ostpolitik, 113.

³²⁹ Bender, Neue Ostpolitik, 113.

„Der Tag von Erfurt. Gab es einen in meinem Leben, der emotionsgeladener gewesen wäre? Jenseits der deutsch-deutschen Grenze winkten entlang der Strecke Menschen, obwohl die Volkspolizei hätte einschreiten sollen; aus den Fenstern grüßten Frauen, wie ihre Männer von oder vor den Arbeitsplätzen.[...] Es hatte sich eine große Menge [am Erfurter Hof] eingefunden, die ihrer Freude durch Zurufe Ausdruck gab. Als ich mich zurückgezogen hatte, tönte es in Sprechchören; ‚Willy Brandt ans Fenster!‘ Dem folgte ich nicht gleich, dann aber doch, um mit der Gestik der Hände um Zurückhaltung zu bitten. Ich war bewegt und ahnte, daß das Volk mit mir war. Wie stark muß das Gefühl der Zusammengehörigkeit sein, das sich auf diese Weise entlud!“³³⁰

Diese von Brandt geschilderte Erinnerung deckt sich mit den Berichten aus der Medienanalyse: Die Zurufe und die Begeisterung der Menschen, wie auch die vielen Emotionen, die in Erfurt zu spüren waren, sprechen wie Brandt und auch die Zeitungen berichteten für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerungen der DDR und BRD, aber andererseits sprechen sie auch, was Brandt so natürlich nicht ausspricht, für die Begeisterung der Bevölkerung in der DDR für die Person Brandts selbst.

Aber mit dieser beschwichtigenden Geste bat Brandt auch aus einem bestimmten Grund um Zurückhaltung, wie er an anderer Stelle, die auch noch einmal die Emotionen betont, berichtete:

„Ich war bewegt. Doch ich hatte das Geschick dieser Menschen zu bedenken: Ich würde anderntags wieder in Bonn sein, sie nicht [...] So mahnte ich durch eine Bewegung meiner Hände zur Zurückhaltung. Man hat mich verstanden. Die Menge wurde stumm. Ich wandte mich schweren Herzens ab. Mancher meiner Mitarbeiter hatte Tränen in den Augen. Ich fürchtete, hier könnten Hoffnungen wach werden, die sich nicht würden erfüllen lassen.“³³¹

Auch Brandt hatte also Angst, dass sich aus dieser Begeisterung Illusionen über dieses Treffen ergaben, die er nicht enttäuschen wollte. Für ihn selbst war Erfurt nur ein Anfang, genau wie es auch die Zeitungen bewerteten, aber betrachtet man das Ergebnis der Medienanalyse, so zeigt sich, dass sich die Menschen sehr wohl

³³⁰ Brandt, Erinnerungen, 226.

³³¹ Brandt, Begegnungen, 491.

darüber im Klaren waren, dass dies nur ein Anfang sei und sie sich keinen Illusionen hingaben.

Dass Erfurt für Brandt selbst nur den Anfang, den ersten Schritt einer langen Reise darstellte, spiegelte sich in seiner Rede vor dem Bundestag nach seinem Erfurt-Aufenthalt wider:

„Erfurt kann nur ein Anfang sein. Es war ein Anfang. Ich hatte mir von vorneherein kein kühneres Ziel gesetzt, als zu erreichen, daß dieser ersten Begegnung eine zweite folgen wird. Das ist in vollem Einvernehmen mit Herrn Stoph gelungen.“³³²

Wie auch zuvor ließ sich in der Medienanalyse wieder eine negative Darstellung über die Berichterstattung der östlichen Medien finden – Eine Tatsache, die Brandt durch eine Aussage über die Berichterstattung in der DDR bestätigt:

„In Stophs Bericht vor der Volkskammer hieß es: In der Bundesrepublik habe sich nicht viel geändert. Die DDR-Presse warf der Regierung doch tatsächlich und immer noch einmal aggressive Absichten vor.“³³³

Durch diese Aussage Brandts lässt sich feststellen, dass die beiden Zeitungen den Leserinnen und Lesern wohl nicht nur das Bild einer negativen Berichterstattung der östlichen Medien, sondern in diesem Falle die Wahrheit berichteten.

Die Aussage der Zeitungen, dass dieses Treffen quasi schon eine Anerkennung der DDR bedeutete, lässt sich auch durch die Sekundärliteratur bestätigen:

„Das Treffen vom 19. März in Erfurt symbolisierte die faktische Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik [...].“³³⁴

Somit lässt sich also sagen, dass sich vor allen Dingen die Emotionen der Menschen, das Zusammengehörigkeitsgefühl, aber auch die Beliebtheit Brandts durch seine Memoiren bestätigen, wie auch die negative Berichterstattung der Presse der DDR. Und auch die von den Zeitungen damals bewertete faktische Anerkennung der DDR durch das Treffen in Erfurt entspricht der Meinung der heutigen Sekundärliteratur.

³³² Willy Brandt, Der Wille zum Frieden (Hamburg 1971), 245.

³³³ Brandt, Erinnerungen, 228.

³³⁴ Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 252.

5.3 Das Treffen von Kassel

Das Treffen von Kassel als eine Fortsetzung des Erfurter Treffens ähnelte diesem auch in Quantität und Detailliertheit in der Berichterstattung.

Doch standen diesmal leider keine Emotionen und jubelnde Menschen, sondern rechts- und linksextreme Demonstrationen im Vordergrund des Treffens und auch der Berichterstattung. Diese Demonstrationen wurden nicht beschönigt – Es wurde genau erzählt was passierte und welches Ausmaß es annahm und diese Berichterstattung deckt sich mit den Eindrücken Brandts:

„Kassel stand unter keinem günstigen Stern. Die Polizei war der Aufgabe, die ihr zugemutet wurde, nicht gewachsen. Einige tausend Nazis – und solche, die sich gebärdeten, als seien sie welche – waren im Zeichen der Aktion Widerstand zusammengezogen worden; ihre Plakatparolen ‚Brandt an die Wand‘ wurden so ergänzt, daß der Gast aus Ostberlin sich nicht ignoriert zu fühlen brauchte. [...] Das Auto, mit dem wir vom Bahnhof zum Schloßhotel fuhren, wurde tätlich angegriffen. Fanatisierte Jugendliche holten vor dem Hotel die DDR-Flagge herunter.“³³⁵

Auch Brandt berichtet ähnlich schonungslos über die Demonstrationen und vermittelt so das gleiche Bild, das auch die Zeitungen den Leserinnen und Lesern vermittelten. Auch in der Sekundärliteratur werden im Zusammenhang mit Kassel vor allen Dingen die Demonstrationen erwähnt, wie beispielsweise:

„Hier waren rechtsextreme Demonstranten, die gleich zu Beginn die ‚Spalterflagge‘ herunterholten und verbrannten. Später, zum Teil im Kampf mit kommunistischen Demonstranten, schufen sie ein Chaos, das Brandts und Stophs gemeinsame Kranzniederlegung für die Opfer des Faschismus verhinderte [...].“³³⁶

Aber nicht nur die Demonstrationen, sondern auch die von den Zeitungen kritisierte „sture“ Haltung Stophs deckt sich mit den Aussagen Brandts:

³³⁵ Brandt, Erinnerungen, 228.

³³⁶ Bender, Neue Ostpolitik, 182.

„Anders als im Vieraugengespräch schlug Stoph am Verhandlungstisch einen ziemlich scharfen Ton an und bleib dabei: Zum Vertrag könne es überhaupt nur kommen, wenn dieser auf völkerrechtliche Grundlagen gestellt werde.“³³⁷

Diese Aussage Brandts weist darauf hin, dass Stoph mit ihm allein, weit ab von Presse und Öffentlichkeit, einen anderen Ton angeschlagen und unbefangener gesprochen hätte. So berichtet auch Brandt von einer scharfen und vor allen Dingen sturen Haltung Stophs in der Öffentlichkeit: Er bestand auf die völkerrechtliche Anerkennung, ohne auch nur auf das von Brandt vorgelegte 20-Punkte-Programm einzugehen. Somit entspricht das Ergebnis der Medienanalyse in diesem Teil den Erinnerungen und Empfinden Brandts, der sich über dieses Verhalten auch nach dem Treffen noch einmal vor dem Bundestag äußerte:

„Die Öffentlichkeit in West und Ost wird, bei nüchterner Betrachtung, zu unterscheiden wissen, wer hier starre und wer bewegliche Politik in Richtung auf eine europäische Friedensordnung zu treiben sich bemüht.“³³⁸

Mit dieser Aussage spielt Brandt nicht nur auf die Sturheit Stophs an, sondern er spricht auch der Öffentlichkeit die Fähigkeit zu, dieses Treffen und die Positionen der beiden Staaten richtig zu beurteilen – Eine Tatsache, die sich auf jeden Fall durch die Berichterstattung in der Bundesrepublik bestätigte.

Aber Brandt betonte in dieser Rede auch genau das, was die Zeitungen danach urteilten: Kassel sei, zusammen mit Erfurt, wieder nur ein weiterer Schritt:

„Ich möchte trotzdem noch einmal vor falschen Hoffnungen warnen. Der Weg zu vertraglichen Regelungen zwischen den beiden deutschen Staaten wird lang und schwierig sein.“³³⁹

Insgesamt lässt sich also auch beim zweiten Gipfeltreffen feststellen, dass sich Inhalt und Aussagen der Zeitungen sowohl mit den Memoiren Brandts, als auch mit der Sekundärliteratur decken: Die Demonstrationen spielten eine große Rolle, Stoph verharrte in der Öffentlichkeit auf seinem Standpunkt und war zu keiner Diskussion bereit und im Endeffekt war Kassel trotz allem wieder ein wichtiger Schritt auf einem langen Weg.

³³⁷ Brandt, Erinnerungen, 228.

³³⁸ Brandt, Der Wille zum Frieden, 250.

³³⁹ Brandt, Der Wille zum Frieden, 250.

5.4 Der Moskauer Vertrag

Wie es die *Süddeutsche Zeitung* mit einem Satz aus Brandts Fernsehansprache zitierte:

„[...] mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war.“³⁴⁰

Die Gedanken hinter diesem wichtigen Satz Brandts lassen sich in seinen Memoiren finden.

„Welch ein schwieriges Datum! Welch ein wichtiger Vertrag! Vor der Last, die er vielen noch bedeuten mußte, konnte und wollte ich mich ohnehin nicht drücken. Das Ergebnis des Hitlerkrieges war nicht ungeschehen zu machen, seine Auswirkung zu mildern aus patriotischer Sicht ebenso geboten wie aus europäischer Verantwortung. Meinen Landsleuten sagte ich aus Moskau, der Vertrag gefährde nichts und niemanden; er solle mithelfen, den Weg nach vorn zu öffnen.“³⁴¹

In diesem Absatz seiner Memoiren findet sich viel Inhaltliches: Nicht nur dass Brandt sich der Wichtigkeit dieses Vertrages bewusst war, er war sich auch bewusst, dass der „Jahrestag“ des Mauerbaus zu dieser Zeit ein wichtiges und schwieriges Datum für diesen Besuch darstellten, was er auch dadurch bewies, dass er in Moskau an diesen Tag erinnerte, wie auch die Zeitungen berichteten. Die Wichtigkeit dieses Vertrages als „erster Türöffner“ kam in den Zeitungen auf diese Art und Weise nicht so zum Tragen, dass sie dennoch Tatsache war zeigt sich auch in den Memoiren Bahrs:

„Man vereinbarte nicht nur, sich jährlich einmal zu treffen, sondern installierte, statt des ‚Drahtes‘, einen vertraulichen ‚Kanal‘ zwischen den politischen Spitzen beider Länder.“³⁴²

Diese wichtige Entwicklung war für die Zeitungen natürlich nicht greifbar, da es sich, wie gesagt, um einen vertraulichen Kanal handelte, von dessen Existenz die Berichterstattung nichts wusste und den sie demnach auch nicht würdigen hätte können.

³⁴⁰ Brandt, Der Wille zum Frieden, 252.

³⁴¹ Brandt, Erinnerungen, 196.

³⁴² Bahr, Zu meiner Zeit, 331.

Der Grund für die Entwicklung dieses Kanales lag in der Sympathie, die zwischen Brandt und Breschnew herrschte, wie Bahr berichtet:

*„Brandt empfand eine Sympathie für Breschnew, die er zu Nixon nie entwickelte. Ohne die Neigung zu Brandt hätte Breschnew in der späteren Entwicklung nicht Ulbricht und Honecker beschwindelt. [...] Das Vertrauen in die Person Willy Brandts ließ beide Kanäle blühen.“*³⁴³

Auch diese Sympathie zwischen den beiden Männern lässt sich in der Berichterstattung nicht finden. Ganz im Gegenteil lässt sich im Zuge der späteren Berichterstattung aus Warschau doch lesen, dass das Verhältnis in Warschau sehr viel lockerer und freundschaftlicher sei, als das steife Treffen in Moskau. Zu beurteilen, woher die Unterschiede zwischen der Berichterstattung und Bahrs Memoiren kommen, lässt sich schwer, und dennoch erscheint als der wahrscheinlichste Grund, dass die Presse dieses Verhältnis zwischen Brandt und Breschnew nicht dementsprechend beurteilen konnte, da sie nicht so viel Einblick in die Treffen und Gespräche der beiden hatte, wohingegen sie in Warschau bei zwei Treffen dabei sein konnte.

In der Beurteilung der Haltung der CDU/CSU deckt sich die Beurteilung der Presse, die dieses Verhalten als veraltet ansah und nicht nachvollziehen konnte, mit den Memoiren Brandts:

*„Wie also konnte ein prominenter Unionspolitiker wie Rainer Barzel noch Jahre später behaupten, wir hätten uns durch die Ostverträge verpflichtet, ‚von Wiedervereinigung nicht mehr zu sprechen‘?“*³⁴⁴

Auch in dieser Aussage Brandts über Barzel lässt sich dessen Unverständnis über die Beurteilung des Vertrages finden und bezieht er sich hiermit auch direkt auf Barzel, so spricht dessen Haltung als „prominenter Unionspolitiker“ doch auch für die seiner ganzen Partei.

Jedoch lässt sich bei der Auswertung ein großer Unterschied erkennen: Die beiden wichtigsten Themen für die beiden Zeitungen, sowohl die frühzeitige Veröffentlichung

³⁴³ Bahr, „Das musst du erzählen“, 97.

³⁴⁴ Brandt, Erinnerungen, 199.

des Vertrages durch den Springer-Verlag, als auch das Desinteresse oder die Ruhe der Moskauer Bevölkerung, spielen in den Memoiren Brandts und Bahrs keine Rolle.

Jedoch spricht in beiden Fällen das Nicht-Erwähnen der Bevölkerung für diese Ruhe, die von der Moskauer Bevölkerung ausgegangen sein muss, berichteten sonst doch beide über Menschenmengen, Demonstrationen oder Ähnliches.

Warum die frühzeitige Vertragsveröffentlichung bei beiden keine Rolle spielt, lässt sich nur vermuten. Es könnte so sein, dass diese Tatsache für beide im Nachhinein kein großes Gewicht hatte, da sie im Endeffekt (glücklicherweise) nicht geschadet hat.

Das Urteil der Sekundärliteratur für diesen Vertrag heute ist unumstritten:

„Für die Bundesrepublik wurde der Moskauer Vertrag zum Tor nach Osteuropa. Er ermöglichte alles, was ihr später östlich der Elbe gelang; sie fand sogar, wenn ihre Ostpolitik stockte, im Kremleinen stillen Verbündeten [...] Entscheidend war: Zwar bleiben die Toten im Gedächtnis, auch Zweifel und Mißtrauen minderten sich nur langsam – aber die Westdeutschen erschienen nicht mehr als Feind, sondern als Partner.“³⁴⁵

Die Zweifel und das herrschende Misstrauen konnten die Zeitungen zu dieser Zeit auch in der Bevölkerung spüren und sie berichteten darüber, aber natürlich war es ihnen zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung unmöglich die Bedeutung des Vertrages zu erkennen und zu beurteilen. Mit ihrer Haltung, dass sich die Bedeutung der Ostverträge erst in einer gewissen Zeit beurteilen lassen würde, lagen sie damals absolut richtig, denn dass dieser Vertrag damals wirklich das Tor zum Osten öffnen konnte, lag auch an diesem „Kanal“, der sich entwickelt hatte und durch den die beiden Staaten im Sinne des Vertrages zusammenarbeiteten.

5.5 Warschauer Vertrag

Die quantitativ hohe Berichterstattung zum Warschauer Vertrag hat sicherlich viel mit der schmerzhaften Vergangenheit für beide Seiten zu tun: Sowohl die Polen, als

³⁴⁵ Bender, Neue Ostpolitik, 175.

auch die Deutschen erlitten durch Hitler und den Zweiten Weltkrieg hohe Verluste, die sie in ihrer Geschichte miteinander verbunden haben.

Somit war es für Brandt bei dieser Vertragsunterzeichnung wichtig, nicht nur dem Unrecht an den Polen, sondern auch dem an den Deutschen zu gedenken und dieses in das Bewusstsein aller zu rufen, wie er es bei seiner Fernsehansprache aus Warschau auch tat:

„Wir dürfen nicht vergessen, daß dem polnischen Volk nach 1939 das Schlimmste zugefügt wurde, was es in seiner Geschichte hat durchmachen müssen. Dieses Unrecht ist nicht ohne Folgen geblieben. Doch Leid traf auch unser Volk, vor allem unsere ostdeutschen Landsleute. Wir müssen gerecht sein: Das schwerste Opfer haben jene gebracht, deren Väter, Söhne oder Brüder ihr Leben verloren haben. Aber nach ihnen hat am bittersten für den Krieg bezahlt, wer seine Heimat verlassen mußte.“³⁴⁶

In der Berichterstattung selbst lässt sich nach der Analyse jedoch sagen, dass auch wenn das Leid der ostdeutschen Bevölkerung erwähnt wird, das Augenmerk doch darauf liegt, die Gefühlswelt und die Lage der Polen zu vermitteln und zu erklären. Dies mag dadurch erklärt sein, dass hierin ein größerer Aufklärungsbedarf gesehen wird und natürlich war es für Bahr und Brandt wichtig, sich dessen sowohl bei den Verhandlungen, als auch bei der Unterzeichnung bewusst zu sein, wie sich auch in den Memoiren zeigt:

„Es war eine ungewöhnliche Last, die ich auf meinem Weg nach Warschau mitnahm. Nirgends hatte das Volk, hatten die Menschen so gelitten wie in Polen. Die maschinelle Vernichtung der polnischen Judenheit stellt eine Steigerung der Mordlust dar, die niemand für möglich gehalten hatte.“³⁴⁷

In diesen Gefühlsempfindungen könnte auch der Schlüssel zu der vorrangigen Berichterstattung über das Leiden und die Gefühlslage der Polen liegen: Man ist sich bewusst, dass das Leiden der Polen von „unserer“ Nation ausging, dass man hier als Nation eine Schuld trägt, für die es so keine Worte gab und von der es nötig war, sie den Menschen der Bundesrepublik aus Sicht der Polen näher zu bringen, um mit

³⁴⁶ Brandt, Der Wille zum Frieden, 254.

³⁴⁷ Brandt, Erinnerungen, 214.

Hilfe von Aufklärung und Empathie dafür zu sorgen, dass die Geschichte aufgearbeitet werden kann.

Dies sieht auch Bahr in seiner Beurteilung des Ereignisses:

„Da hatte einer, der frei von geschichtlicher Schuld war, geschichtliche Schuld seines Volkes bekannt. Mehr musste nicht gesagt werden.“³⁴⁸

Aus dieser Gefühlsschilderung Brandts ergab sich wohl auch sein berühmter Kniefall in Warschau: Sie ergab sich aus diesem Gefühl der Schuld der Nation und dem Wissen über den Schrecken und die Brutalität, die diese Bevölkerung durch die eigene Nation erfahren hatten. Und genau aus diesen Gefühlen heraus ergibt sich auch im Nachhinein Brandts eigene Erklärung für diesen Kniefall:

„Ob sie etwa geplant gewesen sei? Nein, das war sie nicht. [...] Ich hatte nichts geplant, aber Schloß Wilanow, wo ich untergebracht war, mit dem Gefühl verlassen, die Besonderheit des Gedenkens am Ghetto-Monument zum Ausdruck bringen zu müssen. Am Abgrund der deutschen Geschichte und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Sprache versagt.“³⁴⁹

Diese Aussage Brandts erklärt vielleicht gleichzeitig die Art der Berichterstattung der Zeitungen. Wie die Analyse ergab berichteten sie nur kurz über dieses Ereignis und taten es meist, um darüber zu berichten, dass Brandt hier Gefühle gezeigt hatte, die man so von ihm nicht gewohnt war. Die Tragweite und die Bedeutung dieses Kniefalls waren den Journalisten damals noch nicht bewusst, auch wenn die Bilder um die Welt gingen, aber sie waren fasziniert über den Ausdruck von Gefühlen, der da von Brandt ausging; Sie waren im Endeffekt fasziniert, dass jemand einmal solch ein Gefühl von Bedauern und Reue zeigte, wie es niemand vor ihm getan hatte.

Doch niemand hat wohl damals ahnen können, welcher symbolische Wert dieser Geste in der heutigen Bewertung zugemessen wird:

„[...] zum Vertrag kam die Geste, zur Realität das Symbol. Durch den Vertrag fand die Bundesrepublik sich damit ab, daß Deutschland den Zweiten Weltkrieg verloren

³⁴⁸ Bahr, Das musst du erzählen, 105.

³⁴⁹ Brandt, Erinnerungen, 214.

hat und fast ein Viertel des ehemaligen Reichsgebiets für alle Zukunft polnisch bleibt. Mit dem Kniefall bekundet Brandt, daß Deutschland den Krieg begonnen und durch systematische Massenvernichtung und Versklavung von Juden und Polen eine Schuld auf sich geladen hatte, die ohne Beispiel ist in der neueren Geschichte Europas.[...] Das Bild vom Kniefall ging um die Welt und zeigte ein Deutschland, das man nicht kannte. Für einen Augenblick war die Moral zur politischen Kraft geworden.“³⁵⁰

Die von den Zeitungen jedoch so ausführlich berichtete freundschaftliche Beziehung zwischen den beiden Delegationen und die Ausgelassenheit lassen sich nicht wirklich mit den Memoiren Brandts und Bahrs rückschließen – Wohl ein Zeichen dafür, dass die Journalisten etwas mehr herein interpretierten, als dort war, oder ein Zeichen dafür, dass die Lockerheit überbewertet wurde, denn von einer solchen Lockerheit berichtete auch Bahr:

„Dabei bleibt die Atmosphäre erstaunlich. Das oft langweilige Verlesen vorbereiteter Tischreden empfindet Kliszko als unangemessen; er reich Cyrankiewicz einen entsprechenden Zettel zu und bringt ihn aus dem Takt der hölzernen Sätze.“³⁵¹

So empfand Bahr, ebenso wie die Journalisten, die Atmosphäre wohl auch als locker und damit als eine erstaunliche und für Staatsbesuche ungewöhnliche und angenehme Atmosphäre. Jedoch gingen die Journalisten dann danach in ihrer Interpretation, dass sich daraus ein besonders freundschaftliches Verhältnis der deutschen und polnischen Delegation ergab, das sehr viel herzlicher sein, soll als das in Moskau, wohl etwas zu weit.

Und auch wenn weder Brandt noch Bahr über den Rückhalt in der Bevölkerung schreiben, so sprechen doch die Wahlergebnisse von 1972 für sich und auch in der Sekundärliteratur lässt es sich rückschließen:

„Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik befürwortete ein Abkommen mit Polen in zunehmendem Maße, selbst wenn das die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie bedeutete.“³⁵²

³⁵⁰ Bender, Neue Ostpolitik 179.

³⁵¹ Bahr, Zu meiner Zeit, 342.

5.6 Der Grundlagenvertrag

Die Medienanalyse zeigte, dass die Berichterstattung über den Grundlagenvertrag insgesamt kürzer und knapper ausfiel, als die über den Moskauer und den Warschauer Vertrag und vor allen Dingen lässt sich auch ein großer Unterschied zur Berichterstattung über die Gipfeltreffen in Kassel und Erfurt finden: Sie ist quantitativ geringer, besitzt kaum Berichte und Kommentare und fällt auch wesentlich emotionsloser aus.

Hierfür lassen sich verschiedene mögliche Gründe finden.

Zum Einen ist es nicht der Bundeskanzler Brandt, der zur Vertragsunterzeichnung reist, sondern „nur“ Egon Bahr – Es gibt also nichts über eine Staatsreise des Kanzlers zu berichten, wie es bei Kassel und Erfurt noch der Fall war.

Andererseits wurden vor der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages noch andere Abkommen zwischen der DDR und der Bundesrepublik, wie das Transitabkommen beispielsweise, unterzeichnet und somit ist diese Vertragsunterzeichnung vielleicht nicht mehr so spektakulär.

Auch lässt sich ein weiterer möglicher Grund in der Tatsache finden, dass die Kritik der Opposition an diesem Vertrag zum Teil wohl gute Ansätze hat, denn dieser Vertrag erreicht nicht so viel, wie man es sich erträumt hatte und stellt damit für die Öffentlichkeit vielleicht keinen so essentiellen Schritt dar. Dieses Argument lässt sich wohl am besten mit der Aussage Bahrs selbst unterstreichen:

„Bisher hatten wir keine Beziehungen, jetzt werden wir schlechte haben, und das ist der Fortschritt.“³⁵³

Bahr war sich bei der Vertragsunterzeichnung also dieser Tatsache bewusst. Er wusste, es würde immer wieder Probleme geben und dieser Vertrag sei nicht das glorreiche Endergebnis, aber dieser Vertrag war für ihn ein Anfang – Der, der durch die Anerkennung der Realität eines Tages zur Wiedervereinigung führen könnte:

„Nur langsam und mühsam würde sich das Räderwerk zwischen den beiden deutschen Staaten in Gang setzen lassen, es würde quietschen, vielleicht

³⁵² Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 260.

³⁵³ Bahr, Zu meiner Zeit, 424.

*stehenbleiben zeitweilig und sorgsame Wartung verlangen, aber der Rahmen bis zu Einheit war geschaffen.*³⁵⁴

Wie schon in der Medienanalyse zu Tage trat, wurde die Haltung der Opposition kritisiert und als falsch bewertet, wie bei den anderen Ostverträgen zuvor auch, doch sah man diesmal in ihrer Kritik einige Punkte, die sie zu Recht angesprochen hatte, die aber aus Sicht der Zeitung deswegen nicht gegen den Vertrag an sich sprachen, aber wichtig für die künftigen Debatten und weiteren Vorgehensweisen wären. Doch an die Kritik und „Anti“-Haltung der Opposition hatten sich wohl nicht nur die Zeitungen oder die Öffentlichkeit, sondern auch Brandt schon gewöhnt:

*„Die Opposition bemängelte, wie es sich eingebürgert hatte, daß ‚zu hastig‘ verhandelt worden sei.*³⁵⁵

Die Zeitungen beurteilten die Anerkennung der DDR als eine Anerkennung der Realität, einer Tatsache, die so wohl auch in der Öffentlichkeit gesehen wurde und somit ein weiterer Grund für die kürzere Berichterstattung gewesen sein könnte: Dieser Vertrag stellte nichts Neues für die Bevölkerung dar, sondern war in allererster Linie eine Anerkennung der Realität, mit der sie zu leben gelernt hatte.

Nichtsdestotrotz hatte dieser Vertrag sein Möglichstes getan, stellte eine Art abrundenden Schritt der Ostverträge dar und bewirkte dann doch viel, wie auch Willy Brandt später urteilte:

„Anfang der siebziger Jahre war gewiß nicht mehr zu erreichen, als wir erreicht haben. Die Mauer konnten wir nicht wegzaubern. Eine Lösung für das ganze Berlin hatte sich nicht finden lassen. [...] Wie in einem Prozeß der sich neu zusammenfindenden Teile Europas die deutschen Fragen beantwortet werden würden, mußte ungewiß bleiben. Doch war für mich kein Zweifel daran, daß beide deutsche Staaten in der Pflicht stünden, Frieden und Ausgleich im Herzen Europas zu stärken. Ein solcher Dienst in Europa wäre eine späte Wiedergutmachung für das Unheil, das von deutschem Boden ausgegangen war. Eine

³⁵⁴ Bahr, Zu meiner Zeit, 424.

³⁵⁵ Brandt, Erinnerungen, 233.

*Verantwortungsgemeinschaft gibt es auch in der Trennung, und es schien nicht mehr unmöglich, die Trennung erträglicher zu machen.*³⁵⁶

Dieses Zitat Brandts zeigt alle Seiten des Vertrages: Der Vertrag war auch seiner Meinung nach sicherlich nicht das Optimum, aber doch das Beste, was man zu diesem Zeitpunkt erreichen konnte. Er konnte die Trennung zwar nicht aufheben, sondern erkannte sie stattdessen an und machte es so möglich, die Trennung für die Menschen erträglicher zu machen. Dennoch verbindet die beiden deutschen Staaten immer ihre gemeinsame Vergangenheit, deren Verantwortung sie tragen und die sie in Europa wieder gutmachen wollen. Er stellt damit vielleicht die Weichen für eine gemeinsame Zukunft.

Und diese Beurteilung Brandts deckt sich auch mit denen der Sekundärliteratur, die den Grundvertrag als einen der letzten erfolgreichen Schritte Brandts in seiner Ostpolitik sehen, der eine wichtige Weiche für die Zukunft gestellt hatte:

*„Auf diese Weise erreichte Brandt eines der Hauptziele der Ostpolitik: die Normalisierung der Beziehungen zur DDR über die faktische, aber die Anerkennung de jure, um auf diese Weise Verbesserungen in den menschlichen Beziehungen über die Grenze hinweg zu erreichen und dadurch den ‚Bestand der Nation zu wahren‘.*³⁵⁷

5.7 Die KSZE

Die Medienanalyse ergab, dass bei der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki, diese durch die Medien nicht in Bezug zu der erfolgreichen Ostpolitik der Regierung Brandts und Scheels gesetzt wurde.

Dies lässt sich sicherlich dadurch erklären, dass die Öffentlichkeit es durch ihre Nähe zum Geschehen, dem sich nur langsam entwickelnden Frieden und der Entspannung in Europa und vor allen Dingen durch die kurze Zeitspanne, in der dies alles passiert war, noch nicht beurteilen konnte. Es fehlte die Zeit, um gesehen zu haben, dass die

³⁵⁶ Brandt, Erinnerungen, 233.

³⁵⁷ Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 291.

Ostpolitik von Erfolg gekrönt war und natürlich konnte noch niemand wissen, dass sie tatsächlich zur Wiedervereinigung führen würde.

Die Tatsache, dass die KSZE ohne die Entspannung zwischen der BRD und dem Osten und vor allen Dingen mit der DDR wohl nicht hätte stattfinden können, vor allen Dingen nicht im Beisein der BRD und DDR, sollte jedoch auch damals schon ersichtlich gewesen sein. Jedoch fehlte vielleicht einfach die Objektivität, oder besser gesagt das Selbstvertrauen, um diese Wertung vorzunehmen, denn die Tatsache, dass die BRD an dieser Konferenz teilnehmen durfte, war Fortschritt und Erfolg genug.

Doch schaut man heute auf diese Konferenz zurück, ist dieser Zusammenhang zwischen der Ostpolitik der BRD und der Schlussakte von Helsinki unumstritten:

„Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1975 zog die Summe aus den Erfolgen und Erfahrungen der neuen Ostpolitik, dem europäischen Vertragswerk und der Entspannung zwischen den Westmächten [...] Die Konferenz von Helsinki wurde zum Höhepunkt der ersten großen Entspannungsphase nach dem zweiten Weltkrieg.“³⁵⁸

6 Die Ergebnisse der Forschung

Die Ergebnisse dieser Arbeit sind vielfältig, teilweise entsprechen sie den zuvor aufgestellten Hypothesen, teilweise nicht.

6.1 Die Ergebnisse bezüglich der Haltung der beiden Zeitungen

Zunächst einmal lässt sich in Bezug auf die beiden Zeitungen zusammenfassend sagen, dass sie mit ihren Leitartikeln und Nachrichten um eine objektive und sachliche Darstellung der Tatsachen bemüht waren und diese ihnen zum großen Teil auch gelang.

³⁵⁸ Uschner, Die Ostpolitik der SPD, 105.

Aber beide Zeitungen haben sich auch durch ihre Berichte und vor allen Dingen durch ihre Kommentare zu vielen Themen geäußert, sowohl positiv, als auch negativ und oftmals kritisch, und haben dadurch sicherlich zur Diskussion beigetragen und die öffentliche Meinung stark beeinflusst.

In den Berichterstattungen über die Friedensnote nehmen beide Zeitungen die gleiche Position ein: Die Friedensnote sei ein zu aggressiver und auf der anderen Seite ein zu passiver Versuch, um eine wirkliche Verbesserung des Verhältnisses mit dem Osten herbeizuführen.

Innerhalb der Berichterstattung über die Ostpolitik Brandts ähneln sich die Zeitungen in vielen Punkten und unterscheiden sich dann doch in kleinen, aber gewichtigen Aspekten.

Während beide Zeitungen noch emotional und positiv über die Gipfeltreffen von Erfurt und Kassel berichten, so nimmt diese Emotionalität während der Berichte über die Ostverträge ab und es zeigen sich auch die Unterschiede zwischen den beiden Zeitungen.

Die *Süddeutsche Zeitung*, die den Anspruch einer liberalen und sozialen Berichterstattung hat, unterstützt die Ostpolitik Brandts und Scheels während der ganzen Zeit. Im Zuge der Berichterstattung aus Moskau stehen drei Punkte im Vordergrund: die positive Bewertung des Vertrages, die Kritik an der „veralteten Haltung“ der CDU/CSU und die Kritik am Springer-Verlag aufgrund der vorzeitigen Veröffentlichung. Hierbei wird also dem positiven, fortschrittlichen Vertrag der Regierung mit Moskau, die veraltete Haltung der Opposition gegenübergestellt.

Auch im Zuge der Unterzeichnung und Ratifizierung des Warschauer Vertrages unterstützt die Zeitung die Ostpolitik Brandts und beschreibt, wie dieser Vertrag dazu beitragen könne, das Verhältnis der beiden Länder langsam zu verbessern.

Der Grundlagenvertrag zeigt, als letzter der Ostverträge, am deutlichsten die Unterstützung der Zeitung. Denn auch wenn darüber berichtet wird, dass dieser Vertrag nur kleine Fortschritte bringen könne, berichtet sie doch darüber, wie wichtig diese seien, wie sehr sie jetzt schon zur Verbesserung beitragen würden und vor allen Dingen, dass es dieser Vertrag sei, der die Fesseln der Vergangenheit lösen werde.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* hingegen steht schon redaktionell gesehen auf einem anderen Standpunkt, da sie politisch eigentlich gemäßigt rechts einzusortieren ist. Dies heißt nicht, dass nicht auch dieses Blatt die Ostpolitik Brandts unterstützte, das tat sie sehr wohl, aber nicht in dem gleichen bedingungslosen Ausmaß, wie die *Süddeutsche Zeitung*.

Im Zuge der Berichterstattung aus Moskau zeigen sich diese Unterschiede jedoch noch nicht sehr deutlich, denn auch hier stehen der positive Inhalt und auch die Kritik am Springer-Verlag im Vordergrund. Die Kritik der Opposition wird auch hier beschrieben und es werden die Standpunkte einzelner Politiker dargestellt, jedoch wird sie hierbei nicht so stark kritisiert, wie im anderen Blatt. Als weiterer kleiner Unterschied ist hier noch zu bemerken, dass über die Kritik des *Bundes der Vertriebenen* an dem Moskauer Vertrag berichtet wird – Ein Punkt, der im anderen Blatt nicht zur Sprache kommt.

Bei den Berichten aus Warschau zeigt sich dann ein weiterer Unterschied, denn auch wenn hier der Vertrag als positiv und als eine Anerkennung der Tatsachen bewertet wird, stellt die Zeitung auch das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Polen und das Unrecht, das nicht nur den Polen, sondern auch den Deutschen widerfuhr, als einen zentralen Punkt dar und erinnert so an das Unrecht, das beiden Völkern zugestoßen ist.

Am deutlichsten zeigt sich der andere Standpunkt jedoch in der Berichterstattung über den Grundlagenvertrag, denn dieser wird in dieser Zeitung härter bewertet als in der anderen. Allein die beiden Kommentarüberschriften „Ernüchternd“ und „Kein Anlass für Glanz und Gloria“ zeigen deutlich, dass dieser Vertrag nicht an den Erfolg der anderen beiden Verträge anknüpfen kann. Und auch zeigt sich in diesem Punkt die politisch gemäßigt rechte Einstellung des Blattes, denn auch wenn sie an der Enthaltung der CDU/CSU Kritik übt, so unterstreicht sie doch, dass einige Kritikpunkte der Opposition durchaus gerechtfertigt sind und unterstreicht, dass es für die Bundesrepublik wichtig sei, dass die CDU/CSU sich in die Diskussionen um die Ostpolitik und das Verhältnis zur DDR mit einbringt, um in diesem Punkt Fortschritte erreichen zu können.

So lässt sich also zusammenfassend sagen, dass, auch wenn beide Zeitungen die Ostpolitik Brandts im Großen und Ganzen positiv unterstützten, die Unterstützung

der *Süddeutschen Zeitung* immer gegeben war, denn auch wenn sie Schwächen einzelner Schritte aufzeigt, so überwog doch die positive Bewertung, während die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die Schwächen deutlicher darstellte, die Kritik, vor allen Dingen in Bezug auf den Grundlagenvertrag, deutlicher äußerte und auch die Wichtigkeit der Kritik der Opposition unterstrich.

6.2 Die inhaltlichen Ergebnisse

Betrachtet man die Quantität der Berichterstattung bei der Friedensnote 1966, so lässt sich ein immenser Unterschied zu der Berichterstattung ab 1970 feststellen: Die Anzahl der Artikel stieg mindestens um das Dreifache und ließ dann auch nicht mehr nach – Ein Zeichen dafür, dass die Ostpolitik immer wichtiger wurde, nicht nur in der Politik, sondern auch im öffentlichen Interesse.

Das größte mediale und wohl auch öffentliche Interesse fand sich in den Gipfeltreffen Brandts und Stophs in Erfurt und Kassel. Bei diesen beiden war die Berichterstattung quantitativ am höchsten, wenn sie insgesamt auch nur geringfügig höher war als beim Moskauer, Warschauer oder Grundlagenvertrag. Bei diesen Ereignissen wurde am meisten über die Reaktionen der Öffentlichkeit in Ost und West berichtet. Die Menschen standen fast mehr im Mittelpunkt als Brandt und Stoph selbst und die Berichte und Kommentare greifen die Emotionen auf, die sich während dieser Treffen in den Straßen fanden.

Auch beim Abschluss des Moskauer und Warschauer Vertrages wird über die Reaktionen, beziehungsweise das Verhalten der Menschen in Moskau und Warschau berichtet und es wurde versucht, ein Bild dieser Menschen, ihrer Sorgen und Ängste, aber auch ihrer Hoffnungen, also ihre Emotionen zu vermitteln und so deren Welt den Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern näher zu bringen. Hierbei ist die Emotionalität in der Berichterstattung nicht mehr so groß wie in Kassel oder Erfurt, aber es lässt sich festhalten, dass sich vor allen Dingen in Warschau auch eine andere Art von Emotion zeigte: Man war sich der nationalen Schuld bewusst, die man dieser Nation gegenüber hatte. Dies schien in den Berichten und Kommentaren durch.

Die Berichterstattung bei der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages war dann ziemlich frei von Emotionen: Auch in den wenigen Kommentaren und Berichten ließ sich weniger Emotion erkennen als zuvor, was, wie zuvor schon angedacht, daran gelegen haben könnte, dass es sich bei der Unterzeichnung dieses Vertrages für die Menschen um eine Anerkennung der Realität handelte.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die Zeitungen ein positives Bild der Ostpolitik vermittelten und dass die Reaktionen und Haltungen der Opposition, die gegen sie war, oft kritisiert wurden. Und auch wenn man ab und zu Kritik an den Verträgen anbrachte, so war es zumeist jene, die sich darauf bezog, dass man sie nicht überbewerten dürfe, dass sie nur einen kleinen Schritt darstellten und dass sich die Menschen keinen Illusionen hingeben sollten. Man versuchte die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger auch über die Reaktionen des Auslandes und vor allen Dingen auch über die der betroffenen Bevölkerung der anderen Länder zu informieren und ihnen somit ein möglichst breites und weites Verständnis über die Ostpolitik zu vermitteln.

6.3 Die Ergebnisse verglichen mit den Hypothesen

Somit lässt sich in Bezug auf die voraus gegangenen Hypothesen sagen, dass die Berichterstattung von 1965 bis 1975 quantitativ enorm zunimmt, aber dass sie nicht unbedingt immer positiver wird sondern man muss eher sagen, gleich positiv bleibt, denn von Anfang an wurde sie von beiden Zeitungen unterstützt und positiv bewertet.

Die Hypothese, dass es sich zumeist um eine emotionalere Berichterstattung handeln würde lässt sich nur zum Teil bestätigen. Auch wenn bei vielen Ereignissen emotional und subjektiv aus Moskau, Warschau, Kassel oder Erfurt berichtet wurde und es viele Kommentare gab so hatten beide Zeitungen jedoch immer gleichzeitig sehr sachliche und beschreibende Leitartikel und Nachrichten und druckten auch fast alle wichtigen Verträge, Erklärungen und Reden ab, so dass die Bürgerinnen und Bürger diese im Wortlaut und ohne Beeinflussung lesen und sich selbst ein Urteil bilden konnten.

Und auch die Annahme, dass die Ereignisse, die mit der DDR in Zusammenhang stehen, das größte Interesse finden würden, lässt sich nur bezüglich Kassel und Erfurt bestätigen, in Bezug auf den Grundvertrag war das Interesse geringer und vor allen Dingen auch viel sachlicher und emotionsloser als beispielsweise zuvor in Warschau.

6.4 Die Zusammenfassung des Forschungsergebnisses

Es lässt sich also ein zusammenfassendes Forschungsergebnis dieser Arbeit folgendermaßen formulieren:

Beide Blätter unterstützten die Ostpolitik Brandts, die *Süddeutsche Zeitung* zeigte zwar in ihren Nachrichten Schwächen und Kritik durch andere Politiker auf, doch sie unterstütze Brandt im Zuge der Kommentare und Berichte immer, während hingegen die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zwar auch objektive Nachrichten veröffentlichte und die Ostpolitik im Großen und Ganzen unterstützte, jedoch in der Darstellung der Kritikpunkte deutlicher war und, vor allen Dingen bei Abschluss des Grundlagenvertrages, auch die Kritik der Opposition unterstützte und die Wichtigkeit der Opposition betonte.

Dennoch zeigten beide Blätter, die die Meinungsbildung und die Diskussionen in der Bundesrepublik unterstützten, bezüglich der Öffentlichen Wahrnehmung ein ähnliches Bild:

Der anfängliche vorsichtige Wandel der Ostpolitik wurde von der Öffentlichkeit wahrgenommen, aber erst mit der Regierung Brandts und Scheels und den Gipfeltreffen in Erfurt und Kassel wuchs das öffentliche Interesse an der Ostpolitik. Ein Großteil der Bevölkerung stand hinter dieser Außenpolitik, wie sich auch durch den Wahlsieg der SPD 1972 bestätigte, und empfand den Abschluss der Verträge als richtig, wichtig und, in Bezug auf die DDR, als eine Anerkennung der Realität. Die Öffentlichkeit war sich zumeist bewusst, dass diese Treffen und die Verträge immer nur kleine aber wichtige Schritte auf dem Weg in eine friedliche Zukunft waren, die die Schrecken und Verbrechen der Vergangenheit versuchen sollten aufzuarbeiten und waren bereit, die Realität eines geteilten Deutschlands anzuerkennen ohne den

Glauben daran zu verlieren, dass Brandts Ostpolitik den Wandel durch Annäherung und vielleicht in ferner Zukunft, die Wiedervereinigung ihrer Nation bringen könnte.

7 Literaturverzeichnis

7.1 Primärquellen

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Süddeutsche Zeitung

Beide Zeitungen jeweils in den Zeiträumen:

24.-28.03.1966

18.-22.03.1970

20.-23.05.1970

12.-14.08.1970

07.-09.12.1970

17.-19.05.1972

21.-23.12.1972

11.-13.05.1973

01.-05.08.1975

7.2 Sekundärliteratur

Dieter *Bingen*, Westverschiebung Polens und Revisionsanspruch der Bundesrepublik Deutschland. Die polnische Westgrenze als Stein des Anstoßes in den polnisch-deutschen Beziehungen. In: Othmar Nikola *Haberl* (Hg.), *Unfertige Nachbarschaften. Die Staaten Osteuropas und die Bundesrepublik Deutschland* (Essen 1989).

Egon *Bahr*, „Das musst du erzählen“ (Berlin 2013).

Egon *Bahr*, *Zu meiner Zeit* (München 1996).

Peter *Bender*, *Die Ostpolitik Willy Brandts oder Die Kunst des Selbstverständlichen* (Hamburg 1972).

Peter *Bender*, *Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau zum Moskauer Vertrag* (München 1986).

- Peter *Bender*, Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung (München 1995).
- Peter *Borowsky*, *Deutschland 1969 – 1982* (Hannover 1987).
- Willy *Brandt*, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960- 1975 (Hamburg 1976).
- Willy *Brandt*, Der Wille zum Frieden (Hamburg 1971).
- Willy *Brandt*, Erinnerungen (München 2003).
- Willy *Brandt*, Friedenspolitik in Europa (Frankfurt a.M. 1986).
- Wilfried von *Bredow*, *Die deutsch-deutschen Beziehungen – ein Sonderfall*. In: Othmar Nikola *Haberl* (Hg.), *Unfertige Nachbarschaften. Die Staaten Osteuropas und die Bundesrepublik Deutschland* (Essen 1989).
- Hans-Jürgen *Bucher*, Pressekommunikation (Tübingen 1986).
- Ute *Caumanns*, Dirk von *Laak*, *Normalität einer Nachbarschaft? Skizze der Abschlußdiskussion „Osteuropa und die Bundesrepublik Deutschland“*. In: Othmar Nikola *Haberl* (Hg.), *Unfertige Nachbarschaften. Die Staaten Osteuropas und die Bundesrepublik Deutschland* (Essen 1989).
- Fritz *Csoklich*, Bericht in der Zeitung. In: Heinz *Pürer* (Hg.), *Praktischer Journalismus* (Salzburg 1984).
- Fritz *Csoklich*, Nachricht in der Zeitung. In: Heinz *Pürer* (Hg.): *Praktischer Journalismus* (Salzburg 1984).
- Frank *Fischer*, *Im deutschen Interesse* (Husum 2001).
- Fü, Frankfurter Allgemeine Zeitung. In: Axel *Schildt* (Hg.), *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon* (München 2005).
- William E. *Griffith*, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland (Stuttgart 1981).
- Christine *Kruse*, Der Kniefall von 1970 – Ein symbolischer Durchbruch (Norderstedt 2006).
- Wilfried *Loth*, *Die Bundesrepublik Deutschland und Osteuropa. Rückblick auf einen Lernprozeß*. In: Othmar Nikola *Haberl* (Hg.), *Unfertige Nachbarschaften. Die Staaten Osteuropas und die Bundesrepublik Deutschland* (Essen 1989).
- Richard *Löwenthal*, *Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik* (Stuttgart 1974).
- Ludwig *Maaßen*, Die Zeitung: Daten-Deutungen-Porträts (Heidelberg 1986).

Gerhard *Maurer*, Meinung in der Zeitung. In: Heinz *Pürer* (Hg.), Praktischer Journalismus (Salzburg 1984).

Gerhard *Neureiter*, Interview in der Zeitung. In: Heinz *Pürer* (Hg.), Praktischer Journalismus (Salzburg 1984).

Frank R. *Pfetsch*, Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992 (München 1993).

Manfred *Uschner*, Die Ostpolitik der SPD. Sieg und Niederlage einer Strategie (Berlin 1991).

Benno Zündorf, *Die Ostverträge. Die Verträge von Moskau, Warschau, Prag, das Berlin-Abkommen und die Verträge mit der DDR* (München 1979).

7.3 Online- Quellen

Geschichte des Süddeutschen Verlages, online unter: <http://www.sueddeutscher-verlag.de/info/facts/geschichte> (09.03.2014).

Willy *Brandt* in seiner Fernsehansprache an die Bevölkerung nach der Vertragsunterzeichnung des Moskauer Vertrags, 12.08.1970, online unter: http://www.willy-brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Zitate_von_Willy_Brandt_120608.pdf (05.03.2014).

Davide *Brocchi*, Die Presse in Deutschland. In: cultura21, 06.12.2008, online unter <http://magazin.cultura21.de/kultur/wissen/die-presse-in-deutschland.html> (09.03.2014).

8 Anhang

8.1 Tabelle 1³⁵⁹

Entwicklung der verkauften Auflage der F.A.Z. 1950 - 2013

Jahr	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Durchschnitt
1950					42.040
1951					48.239
1952					69.905
1953					92.704
1954					119.971
1955					145.475
1956					159.028
1957					177.603
1958					195.274
1959					206.895
1960	212.535	218.749	225.152	220.755	219.298
1961	224.239	230.425	238.154	230.573	230.853
1962	230.434	232.885	235.230	230.018	232.142
1963	230.076	234.482	236.290	229.682	232.633
1964	238.062	243.816	244.330	233.754	239.991
1965	238.107	245.653	248.548	240.030	243.080
1966	240.038	246.495	239.978	234.844	240.338
1967	238.239	246.209	249.016	240.041	243.265
1968	245.908	255.099	257.778	247.377	251.298
1969	251.277	261.492	258.864	253.166	256.200
1970	251.549	254.357	255.044	255.128	254.020
1971	255.266	255.353	255.685	255.778	255.521
1972	253.736	259.203	270.299	261.899	261.284
1973	262.798	267.621	270.439	265.963	266.705
1974	271.442	278.152	280.008	276.344	276.487
1975	276.800	286.239	287.007	287.750	284.449
1976	288.320	292.888	300.088	293.885	293.795
1977	295.281	297.443	300.310	294.195	296.807
1978	290.180	297.811	300.319	294.814	295.781
1979	298.403	299.587	305.197	300.894	301.020
1980	305.923	310.564	317.090	312.242	311.455
1981	320.661	324.115	328.080	316.021	322.219
1982	325.302	324.372	324.372	320.842	323.722
1983	321.988	332.670	332.670	325.869	328.299
1984	326.623	325.533	340.258	316.209	327.156
1985	319.615	328.038	340.562	327.310	328.881
1986	327.370	341.287	342.755	339.984	337.849
1987	354.823	355.929	361.611	351.993	356.089
1988	354.939	357.302	353.965	352.826	354.758
1989	354.795	361.956	367.512	360.835	361.275
1990	381.448	382.168	381.009	385.881	382.627
1991	393.860	391.738	377.130	391.270	388.500
1992	385.877	387.544	381.926	398.291	388.410
1993	391.013	394.760	383.684	392.559	390.504
1994	393.761	393.390	384.314	395.088	391.638
1995	391.561	395.574	387.147	390.596	391.220
1996	400.210	402.349	383.588	391.473	394.405
1997	400.389	403.931	395.502	396.059	398.970
1998	400.417	404.036	404.359	400.307	402.280
1999	416.499	411.988	404.386	400.771	408.411
2000	407.097	407.772	405.204	400.554	405.157
2001	407.415	408.641	405.617	400.821	405.624
2002	390.726	397.666	400.219	384.353	393.241
2003	379.101	381.318	388.465	388.507	384.348
2004	386.196	379.714	377.720	377.262	380.223
2005	373.425	375.772	377.483	367.076	373.439
2006	370.777	363.465	362.579	365.484	365.576
2007	364.525	361.541	360.915	368.470	363.863
2008	368.671	366.478	366.844	373.393	368.847
2009	369.051	369.690	367.535	370.406	369.171
2010	367.983	365.939	362.387	363.620	364.982
2011	362.460	360.859	360.677	360.446	361.111
2012	355.260	354.311	354.317	353.010	354.225
2013	338.478	334.263	334.928	329.705	334.344

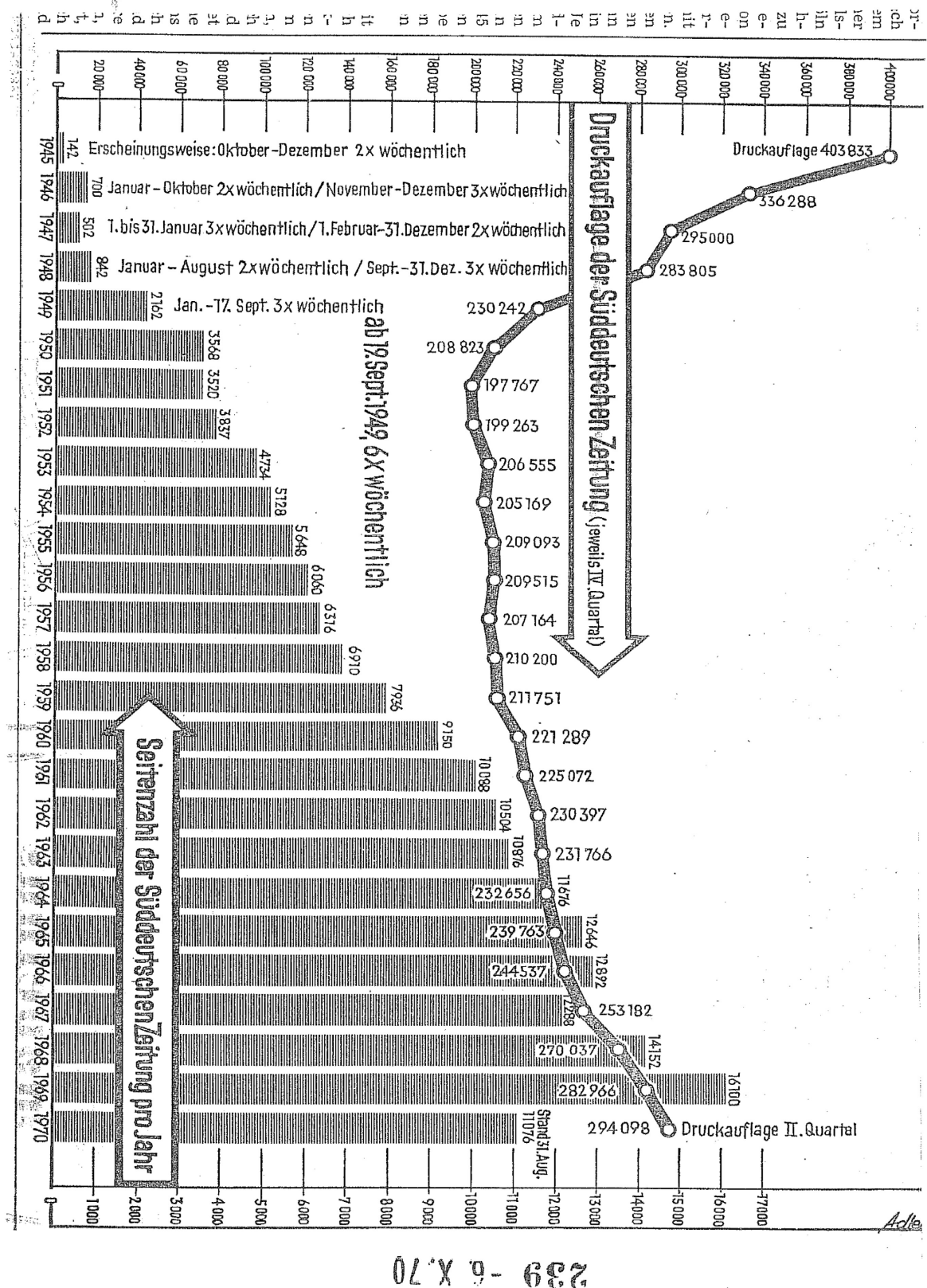
F.A.Z. Media Service

Tabelle 144: Entwicklung F.A.Z. Auflage, 1950-2013

15.01.2014

³⁵⁹ Mittelung von Christoph Bahn, Media Solutions Media Service Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.02.2014

8.2 Tabelle 2³⁶⁰



³⁶⁰ Mitteilung von Michael Langgärtner, SZ-Archiv Leitung Redaktionsrecherche vom 13.02.2014

Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich damit, wie sich der Wandel der Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1965 und 1975 in der öffentlichen Wahrnehmung niederschlug.

Es wird hierbei den Fragen nachgegangen, welche Ereignisse der Ostpolitik besonderes Interesse in der Medienberichterstattung und somit in der Öffentlichkeit fanden, wie diese bewertet wurden und wie groß die emotionale Nähe zu den Ereignissen war aber auch wie die Haltung der beiden Zeitungen zu der Ostpolitik war.

Ziel ist es zu klären, wie die unterschiedlichen Ereignisse zur Bildung der öffentlichen Meinung beitrugen und wie sehr sich die öffentliche Wahrnehmung im Zuge der zehn Jahre wandelte.

Die Fragestellungen werden zunächst durch eine kommunikative Medienanalyse der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Süddeutschen Zeitung* in verschiedenen Untersuchungszeiträumen, rund um wichtige Ereignisse der Ostpolitik, untersucht, und deren Ergebnisse werden dann später mit der Fachliteratur und der Memoiren ausgewertet.

Im Ergebnis zeigt sich, dass beide Zeitungen die Ostpolitik unterstützten, auch wenn die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* deutlicher Kritik an manchen Ergebnissen aufzeigte und auch die Opposition in manchen Kritikpunkten unterstützte.

Beide Blätter zeigten in Bezug auf die öffentliche Wahrnehmung auf, dass der anfängliche vorsichtige Wandel der Ostpolitik von der Öffentlichkeit zwar wahrgenommen wurde, aber erst mit der Regierung Brandts wuchs dieses Interesse wirklich an. Ein Großteil der Bevölkerung stand hinter dieser Außenpolitik und empfand den Abschluss der Ostverträge als Schritt in eine friedliche Zukunft und sie war bereit, die Realität eines geteilten Deutschlands anzuerkennen ohne den Glauben an Brandts Politik des „Wandels durch Annäherung“ und somit an ein geeinigtes Deutschland zu verlieren.

Lebenslauf

Persönliche Daten:

Name: Yessica Weidner

Schulische Ausbildung:

1994 - 1998 Volksschule Wehretal, Deutschland

1998 – 2007 Hölderlin Gymnasium, Nürtingen Deutschland(Abschluss: Abitur)

Unterbrechung der Schul- und Studienzeiten

September 2007- Juni 2008: Auslandsaufenthalt Neuseeland und Australien: Travel and Work

Studienverlauf

Oktober 2008-2009: Bachelorstudium Biologie

Oktober 2010: Beginn des Lehramtsstudium Geschichte, Sozialkunde, Politische Bildung

Oktober 2011: Beginn des Lehramtsstudiums Spanisch und Französisch

September 2013: Beginn der Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit: Der Wandel der Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der öffentlichen Wahrnehmung – Eine Medienanalyse zweier deutscher Printmedien 1965-1975